

# skolast

der fahrende skolast-zeitschrift der südtiroler hochschüler-dezember 1977-22.jahrgang

nummer 3

SCHULBUCHVERORDNUNG  
SÜDTIROL NACH DEM PAKET  
SYMPATHISANTENHATZ  
LESERBRIEFE  
SH-INTERNA  
USW.



**Stricker / Innerhofer**

**Die Rolle der Kirche  
in Südtirol**

Es mag sich jemand vielleicht erwartet haben, daß diese Nummer des SKOLAST zum größten Teil der letzten Studientagung über „Jugend in Südtirol“ gewidmet würde. Man hat jedoch darauf verzichtet und es vorgezogen, dazu eine monographische Schrift herauszugeben, die Studientagung also in einer Broschüre zusammenzufassen. Die Arbeiten hierfür sind bereits im Gange.

Diese Nummer des SKOLAST enthält an erster Stelle zwei Beiträge zum Thema „Kirche in Südtirol“. Es handelt sich um einen Fragenkomplex, der nach wie vor großen Bezug zur Gegenwart besitzt und gerade eben Südtirol, als ein Land mit tiefer und verbreiteter katholischer Tradition, eng berührt. Die Haltungen und Positionen der Kirche sind gerade wegen ihres Gewichtes auf allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine obligate Überlegungsebene für jeden, der sich mit unserer Gesellschaft irgendwie auseinandersetzt. Mit der Veröffentlichung dieser zwei Beiträge soll die Beschäftigung mit diesem Thema möglichst nicht als erschöpft betrachtet werden. Es ergoht daher die Einladung an alle, die zu diesem Aspekt etwas auszusagen haben glauben, den SKOLAST für eine Ausweitung der mit dieser Nummer begonnenen Diskussion zu nutzen.

Weitere Schwerpunktthemen beschäftigen sich mit schulischen Problemen (Lanthaler) und mit der Situation Südtirols nach dem Paket (von Hartungen).

Ein paar Hinweise in eigener Sache: Aufgrund terminlicher Schwierigkeiten wird der zweite Teil des Beitrages von Elisabeth Höglinger zum Thema „Deutschunterricht“ zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Vielfach wurde auch gewünscht, in jeder Nummer des SKOLAST bereits das Rahmenthema der nächsten Ausgabe bekanntzugeben. Wir betrachten dies als einen guten Vorschlag, vor allem weil damit der Vorteil verbunden ist, daß das Schreiben erleichtert wird, indem bereits ein inhaltlicher Bezugspunkt geschaffen ist. Natürlich ist das kein Hindernis für all jene, die zu einem selbst bestimmten Thema schreiben wollen. Für die nächste Nummer haben wir uns auf den Problembereich „Institutionelle und institutionalisierte Macht in Südtirol“ geeinigt. Redaktionsschluß ist 1. Jänner 1978, Abgabeort SH Bozen, Walltherhaus.

Die Redaktion bittet aufgrund des Platzmangels, Buch- und Plattenbesprechungen, literarische Erzeugnisse usw. auf Südtirol oder Südtirol Betreffendes zu beschränken.

Guido Denicoli  
Klaus Menapace

1	<i>Josef Stricker:</i> Die Kirche in der Südtiroler Gesellschaft
5	SKOLAST-Gespräch mit Dr. Josef Innerhofer
6	Dissertationsbeihilfe
7	<i>Christoph von Hartungen:</i> Südtirol im Wandel?
10	An die Südtiroler Maturanten
11	<i>Franz Lanthaler:</i> Die Schulbuchverordnung der Südtiroler Landesregierung
13	c.a.: Hans Dierl
14	<i>Richard Gasser:</i> Der politische Terrorismus und die Verteidigung des Rechtsstaates
15	<i>Alfons Gruber:</i> Südtirol unter dem Faschismus
17	<i>Günther Pallaver:</i> In eigener Sache
18	<i>Pepi Tinkhauser:</i> Vereinnahmt
19	Tätigkeitsbericht des Vorstandes
21	Tätigkeitsprogramm des Vorstandes
23	<i>thias:</i> Ernst Bloch Promotionen

**Mitarbeiter dieser Nummer:**

- Matthias ABRAM  
DED, Montes 535, Quito/Ecuador
- Christian ALTON  
39012 Meran, Franziskusstraße 3
- Richard GASSER  
6020 Innsbruck, Dr.-Stumpf-Str. 45/47
- Dr. Alfons GRÜBER  
39100 Bozen, Pencgalstraße 21
- Christoph von HARTUNGEN  
39040 Seis, Alstergasse 3
- Dr. Josef INNERHOFER  
39100 Bozen, Guntzschnastraße 35
- Dr. Franz LANTHALER  
39012 Meran, Klostersgasse 49
- Günther PALLAVER  
39051 Branzoll, Schwarzadlerstraße 7
- Josef STRICKER  
39100 Bozen, Kapuzinergasse 20
- Pepi TINKHAUSER  
39031 Bruneck, Tennisweg 3

**Inge Gualtieri**

39012 Meran, Manzonistraße 11  
Tel. (0473) 3 33 11 Büro  
Tel. (0473) 2 31 10 Priv.

übernimmt Reinschrift von  
Doktorarbeiten

2 Schriftbilder und 2 Farbbänder  
(Nylon oder Polyäthylen) zur  
Auswahl.

*Setzt die Armen, die sich im Kampf gegen ihre Unterdrücker mobilisieren. denn sie werden nicht — wie ihre Väter — mit dem Himmelreich betrogen werden.*

Bernad Fäschle

## Die Kirche in der Südtiroler Gesellschaft

Im folgenden bringt der SKOLAST einen Beitrag von Josef Stricker und ein Interview mit Josef Innerhofer. Beide Beiträge haben, in unterschiedlicher Form, die Rolle und die Meinung der katholischen Kirche in unserem Lande zum Inhalt.

Josef Stricker ist Arbeiterpriester und Sekretär der Südtiroler Metallarbeitergewerkschaft (GVM/TLM) und zählt zur Bewegung „Christen für den Sozialismus“. Dr. Josef Innerhofer ist Direktor der Diözesanrektung „Katholisches Sonntagsblatt“ und somit sicherlich repräsentativ für den offiziellen Katholizismus Südtirols.

Ich schicke voraus, daß ich nicht als Außenstehender an dieses Thema herangehe, sondern nicht nach wie vor als Glied der Kirche betrachte und — wenn auch unkonventionell — an ihrer Erneuerung mitarbeite. Die von mir an der Lokalkirche und ihrer Rolle in der Südtiroler Gesellschaft vorgebrachte Kritik ist weder Selbstzweck noch soll diese Kritik antikleikal sein, auch dann nicht, wenn Exponenten oder Institutionen dieser Ortskirche für eine Reihe von sehr bedenklichen Entwicklungen in der Südtiroler Gesellschaft mitverantwortlich gemacht werden.

Die jüngsten Äußerungen des Bischofs, die Christen übten die Kommunisten links überhöhen und seine Klage, daß viele Geistliche noch stark vom kapitalistischen Weltbild geformt seien, lassen darauf schließen, daß er sich verstärkt den sozialen Problemen zuwenden möchte. Wird ein solches Engagement aber auch von den kirchlichen Institutionen, von Klerus und Laien, begrüßt und mitvollzogen? Zeichnen sich am kirchlichen Horizont in Südtirol neue Konturen ab? Die Beantwortung dieser Fragen soll ansatzweise versucht werden an Hand:

- a) einer Analyse einiger auf der letzten Diözesansynode zutage getretener Tendenzen;
- b) der Auseinandersetzung zum Thema Arbeiterpriester
- c) einer kritischen Beurteilung der traditionellen katholischen Soziallehre
- d) einer Einschätzung zweier katholischer Verbände
- e) einer Untersuchung der Kirchenpresse.

### 1. Diözesansynode

Wohl an keinem anderen Ereignis der letzten Jahre läßt sich der Bewußtseinsstand der Kirche deutlicher ablesen als an der Diözesansynode, welche zu Beginn der siebziger Jahre stattfand. Wenngleich die 155 teils gewählten, teils ernannten Synodalen sicher

nicht ohne Vorbehalte als repräsentativer Querschnitt des Kirchenvolkes gewertet werden können, trat auf der Synode der Bewußtseinsstand von Klerus und Laien in Südtirol doch sehr deutlich zutage.

Es ist hier notwendig, auf die gesamte Problematik der Diözesansynode im Detail einzugehen. Ich beschränke mich daher auf jene Probleme, an denen die Standorte der einzelnen, die Spannungen und Widersprüche innerhalb der Ortskirche am klarsten sichtbar werden; und dies war, wie können es anders sein, das Verhältnis der Kirche zur Welt der Arbeiter oder allgemeiner das Verhältnis zu sozialen und politischen Problemen. Dieser Fragenkomplex wurde am ausgiebigsten diskutiert. Er erreizte die Gemüter und lieferte Stoff für Redeschlachten in der Kommission wie in den Vollversammlungen. Gleich zu Beginn der Synode wurde eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Dokumentes zum Thema „Kirche in der Welt der Arbeiter“ unter Berücksichtigung folgender Richtlinien betraut: a) Zuhören auf das, was das Wort Gottes zur Welt der Arbeit sagt; b) die Lebensbedingungen der Arbeiter untersuchen; c) die Haltung der Kirche zur Arbeiterwelt erkunden; d) praktische Vorschläge zur Seelsorge in der Welt der Arbeiter erstellen. Die Kommission machte sich an die Arbeit und erstellte in relativ kurzer Zeit ein Dokument. Es war ein durch aus kirchliches Dokument, das — wenn auch in allgemeinen Formulierungen — nicht mehr, aber auch nicht weniger, enthielt als etwa die neuesten Sozialzyklen oder einige vom Konzil verabschiedete Dokumente (z. B. Gaudium et spes). In diesem Dokument findet man Sätze wie z. B. folgender: „Die Sozialisierung erscheint eine der derzeitigen Formen zu sein, die die soziale Funktion der Erdengüter eher gewährleisten als das Privateigentum“, oder „den biblischen Aussagen gegenüber hat sich unsere Gesellschaft schwer vermindert, auch die Christen, auch bei uns“, oder „es ge-

fügt nicht, bloß am liturgischen Leben teilzunehmen, die Bereitschaft zu Gerechtigkeit und Solidarität muß vorausgesetzt“. Als dieses Dokument erstmals in der Vollversammlung zur Debatte stand, löste es einen Sturm der Enttäuschung aus. Die schärfsten Angriffe kamen erwartungsgemäß aus Unternehmerkreisen und sogleicherweise auch aus den Reihen der Ordensleute und Facharbeiter. Sie erhoben energischen Protest gegen die „Manipulation des Wortes Gottes“. Jemand bezeichnete das Dokument als die Siegeslist auf den Klassenkampf. Einer verstieg sich zur Behauptung, die Armen der Bibel seien in erster Linie nicht jene, die bei der Verteilung der irdischen Güter zu kurz kommen, sondern jene, die in ihren geistigen und materiellen Nöten nicht von dieser Welt, sondern einzig und allein vom Herrn Hilfe hoffen. Die gegen das Dokument vorgebrachten Kritiken und Angriffe waren, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, oberflächlich und unqualifiziert und standen hinter den in den einschlägigen Konzilsdokumenten zum selben Problemkreis gemachten Anmerkungen weit zurück. Die mit der Neufassung des Dokumentes beauftragte Synodenkommission schwächte nun die wesentlichen Aussagen der ersten Vorlage deutlich ab und versuchte das neue Dokument dem Bewußtseinsstand der Synodalen anzugleichen. Damit war eine Minderheit in der Kommission allerdings nicht einverstanden. Sie kam mit einem eigenen Dokument heraus und forderte diese die Synode auf, über allgemeine Formulierungen hinauszukommen und zu konkreten Problemen wie z. B. die Kompromittierung der Lokalkirche durch die Machenschaften der „Atheisten“ Stellung zu nehmen und insgesamt für das Handeln der Diözesankirche eine neue Praxis einzuleiten. Diesem Wunsch wurde von der Synode nicht Rechnung getragen; ihr weiterer Verlauf, aber auch die Entwicklung der Kirche nach der Synode, bestätigt dies. Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus dem oben Dargelegten?

1. Die Bemühungen der Synode müssen zumindest unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses der Kirche zu den sozialen und politischen Gegebenheiten als ein Schlag ins Wasser bezeichnet werden. Ein solches dürfte auch für Südtirol klar geworden sein, daß eine alternative kirchliche Praxis und alternative Formen christlichen Glaubens nicht in den bisherigen akademisch-theologischen Zentren entwickelt werden können, sondern in konkret engagierten christlichen Gruppen, die am Kampf der „Armen“ teilhaben.

2. Wir müssen lernen, diesen Kampf und seine jeweiligen historischen Formen zu verstehen; begründen, wogegen er sich richtet; analysieren, wie Armut entsteht, genauer von wem sie produziert wird. Wir müssen fragen, wie kommt es eigentlich, daß heute immer mehr Menschen (auch in Südtirol) die kapitalistischen, religiösen und ideologi-

sehen Maskeraden hinweglegen und für ihre Befreiung aus versklavenden Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen? Nicht etwa deshalb, weil sie von Agenten des Weltkommunismus zuvor indoktriniert worden sind (so sieht es etwa Magagnoli, wenn er sagt: der Generalangriff der Kommunisten auf Südtirol hat begonnen!) oder von ausländischen Terroristen verführt worden wären, sondern weil sie die Bedingungen und Ursachen ihrer Situation in einem langen und mühsamen Prozeß eigener Bewußtwerdung erkennen. Wie verhält sich die Kirche in diesem Prozeß? Was hat sie aus ihrer Geschichte zu diesem Problem zu lernen? Was bedeutet es für die religiöse und politische Praxis der Kirche, wenn sich die „Armen“ heute weniger denn je mit ihrer Lage abfinden? Solche Fragestellungen sind der Kirche in Südtirol noch weitgehend fremd. Sie ist noch zu stark alten, überholten Vorstellungen verhaftet, die den Blick auf neue Fragen nicht freigeben.

## II. Arbeiterpriester

In Südtirol geht das Experiment der Arbeiterpriester auf das Jahr 1968 zurück. Damals wurden zum erstenmal in verschiedenen Fabriken der Bozner Industriezone Arbeitseinsätze organisiert und durchgeführt. Dieselbe Form des Einsatzes wurde im Sommer 1969 wiederholt. Im Herbst desselben Jahres wurde mit Beschluß des Priesterrates zwei Geistlichen (darunter dem Schreiber dieser Zeilen) die Erlaubnis erteilt, für längere Zeit (zunächst etwa ein Jahr) als Fabrikarbeiter tätig zu sein. Sie hatten jedoch Schwierigkeiten bei der Aufnahme. Nach längerem Hin und Her erklärte sich die Lancia bereit, die beiden mit einem zeitlich begrenzten Vertrag anzustellen. Nach Ablauf der viermonatigen Frist wurde der Vertrag auf Drängen der beiden nochmals (aber, so wurde ihnen von der Lancia erklärt, unwiderruflich) um 3 1/2 Monate verlängert. Als auch diese Frist um war, flogen sie aus der Lancia raus. Da sie nicht gewillt waren aufzugeben, klopfen sie in den folgenden Jahren die größeren Betriebe in der Bozner Industriezone des öfteren nach einer Arbeitsstelle ab. Die Antwort der Konzernherren war aber immer negativ. Schließlich gelang es in zwei kleineren Betrieben, als Geistliche zunächst anerkannt, einen Arbeitsplatz zu bekommen und bis heute zu erhalten. Die Gründe für die Ablehnung seitens der Konzerngewaltigen sind vielfältig. Natürlich ist ihnen eine Kirche und ein Klerus lieber, der etwa anlässlich der Grundsteinlegung oder Fertigstellung eines Fabrikbaues Weihwasser draufspritzt und Segensworte spricht, oder einmal im Jahr in der Vorhalle eine Messe liest, bei der er sich möglichst unverständlicher Texte bedient und tage Kommentare spricht. Arbeiterpriester, die sich bewußt auf die Seite der Arbeiter stel-

len, an Streiks und Kundgebungen teilnehmen, in der Öffentlichkeit breitgetretene Parolen wie Partnerschaft, sozialer Friede usw. auf Grund ihrer oft bitteren Erfahrung als Hängespäße entlarven, sind den Bossen natürlich ein Gränel.

Die offizielle Kirche in Südtirol hat das Experiment Arbeiterpriester anfänglich mit einem gewissen Interesse verfolgt. Sie glaubte darin einen Versuch zu erblicken, zumindest Teile der Arbeiterschaft für die gegenwärtige Kirche zu gewinnen oder zumindest den Arbeitern glaubwürdig zu erscheinen. So begrifflich dieser Versuch auch war und ist, so notwendig ist er in der augenblicklichen Lage zum Scheitern verurteilt. Viele, besonders klassenbewußtere Arbeiter, sehen mit Recht in der gegenwärtigen Kirche eine Verbündete des herrschenden Systems und in ihren Einrichtungen und Lebensformen eine bürgerliche Schöpfung. Eine solche Kirche den Arbeitern bringen, hieße deshalb — den Judenchristen ähnlich, die den Heidenchristen das jüdische Zeremonialgesetz auferlegen wollten — den Arbeitern das Gesetz der bürgerlichen Lebensform auferlegen.

Heute wird in Kirchenkreisen Südtirols das Experiment Arbeiterpriester zu Unrecht als gescheitert betrachtet und totgeschwiegen, weil die Entwicklung nicht jenen Gang genommen hat, den man sich erhoffte. Die Verbindung mit der Welt der Arbeiter kann nur um einen Preis erkauft werden, über den acht von zehn der heutigen Christen verwundert, wenn nicht gar entsetzt wären. Dieser Satz, den der französische Arbeiterpriester Henri Perrin vor über 25 Jahren geschrieben hat, gilt auch heute noch. Wer glaubt, das „heilige Land Tirol“ bilde wieder einmal eine Ausnahme, gibt sich Illusionen hin. Er übersieht, wie mitten im sozialen Umbruch unseres Landes die Kirche in beängstigendem Ausmaße zu Folklore und Brautötium wird. Natürlich gibt es in Südtirol Leute, welche an einer solchen Entwicklung interessiert sind und sie nach Kräften fördern. Im bunten Reigen der folkloristischen Organisationen darf auch eine folkloristische Kirche nicht fehlen. Eine solche Kirche fügt sich nahtlos in das Bestehende ein; sie darf mitfahren, ohne die Fabrikrichtung zu bestimmen. Die Strumentalisierung ist perfekt. Daneben aber gibt es die sogenannten Geheimwaffen wie z. B. die Fabrik. Da gehören Priester nicht hinein, sagen die Bossen und auch viele Kleriker. Sie wissen schon, wie gefährlich Arbeiterpriester in die verborgene Wirklichkeit der Fabrik einzudringen und ihren Mechanismus zu durchschauen vermögen. Deswegen sind Arbeiterpriester nicht nur in der Fabrik unbequem, sondern auch in der Kirche. Das war immer schon so. Ihr Verhältnis zu Episkopat und Klerus ist gespannt. Trotzdem betrachten sie sich als Kirche und verstehen ihren Einsatz als Sendung.

## III. Die katholische Soziallehre

Die katholische Soziallehre ist durch eine Reihe kirchlicher Dokumente (die wohl wichtigsten sind: Rerum novarum 1891 und Quadragesimo Anno 1931) grundgelegt. Das wesentliche Merkmal der katholischen Soziallehre ist ohne Zweifel die Harmonisierung, der Ausgleich der Gegensätze; sie ist weiter gekennzeichnet durch eine tiefe Aversion gegen den Klassenkampf, weil dieser angeblich mit dem Gesetz der Liebe, dem Grundgesetz des Christentums, nicht vereinbar sei.

Die katholische Soziallehre geht nicht — und das ist ein grundlegender Irrtum — von einer wissenschaftlichen Analyse der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus, sondern von abstrakten Prinzipien, aus denen sie konkrete Imperative für sozialerthisches Handeln ableitet. Sie verkennt dabei, daß die Ethik der christlichen Liebe, sofern sie biblisch verstanden wird, Anklage erhebt: — gegen eine Gesellschaftsordnung, die bewußt und grundsätzlich auf dem wirtschaftlichen und politischen Egoismus aufgebaut ist; — Anklage erhebt, gegen den grundsätzlichen Egoismus der Gliederung der Gesellschaft nach Klassen, durch welche der Klassenkampf notwendig verewigt wird; — Anklage erhebt gegen eine Wirtschaftsordnung, in welcher die Produktion möglichst vieler Luxusgüter für einzelne und nicht die Produktion von notwendigen Lebensgütern für alle das sittliche Ziel der Wirtschaft ist; — Anklage erhebt gegen den grundsätzlichen Egoismus der Profitwirtschaft, die ihrem Wesen nach ein Kampf aller gegen alle ist.

Unter den in der katholischen Soziallehre gebräuchlichen Sozialprinzipien sind wegen ihrer politischen Relevanz besonders das Solidaritätsprinzip und das Subsidiaritätsprinzip zu nennen. Das Solidaritätsprinzip bezeichnet die wechselseitige Verbundenheit und Verantwortungsbereitschaft zwischen Gemeinschaft und einzelnen. Es soll wohl gegen „Individualismus“ wie gegen „Kollektivismus“ schützen. Das Subsidiaritätsprinzip betont, es würde gegen die Gerechtigkeit verstoßen „das, was die kleineren und die untergeordneten Gemeinschaften leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen“ (Quadragesimo anno 1931). Weiterhin hat die Gemeinschaft in dem Bereich, für den sie zuständig ist, alle Hilfen zu gewähren, die das Einzelinteresse braucht. Diese beiden Prinzipien heißen übersetzt in die Sprache des kapitalistischen Alltags: Gewinne sind privat, Verluste werden sozialisiert. Bei einer so konzipierten Lehre ist es nicht verwunderlich, wenn in allen Teilen der Welt konservative Parteien, die sich gerne das Prädikat „christlich“ zulegen, die katholische Soziallehre strumentalisieren. Sie und die hinter ihnen stehenden Kräfte sind ja

die Nutznießer des bestehenden Systems mit all den Vorteilen, die es ihnen bietet. Karopflös können sie ihre Privilegien nicht reiten, so greifen sie zum Klassenkampf, den sie bei anderen verpöhen. Der Klassenkampf ist keine Erfindung von Marx, wie von vielen Katholiken fälschlicherweise geglaubt wird. Marx hat den Klassenkampf auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt. Dem Klassenkampf selbst gibt es, seitdem es in der Gesellschaft Klassen gibt: Herren und Sklaven im Altertum, Adelige und Leibeigene im Mittelalter, Bourgeoisie und Arbeiter in der Neuzeit.

Je deutlicher die Kirche den klassenversöhnenden Standpunkt aufgibt und den revolutionären Charakter der christlichen Botschaft in den Vordergrund rückt, desto sicherer wenden sich die Nutznießer des bestehenden Systems wie überall in der Welt so auch in Südtirol von ihr ab. Das 2. Vatikanische Konzil fördert „neue Menschen, Baumcister einer neuen Welt“ (Gaudium et spes Nr. 30). Das Gebot der Liebe wird zum Aufbruch, die Welt aktiv und radikal zu verändern und den Menschen aus allen Formen der Selbstentfremdung zu befreien. Die Verschmelzung von Liebe zu Gott und Liebe zu den Mitmenschen, welche der Kern der christlichen Botschaft ist, wird zur Verschneizung von Religion und Befreiung des Menschen, von Religion und Revolution. „Die Substanz des Christentums gewinnen wir nicht durch eine statische Interpretation der biblischen Texte, sondern nur auf dem Wege einer schöpferischen Evolution. Nur so gelangen die ursprünglichen Forderungen des Evangeliums in das Bewußtsein des modernen Menschen und gewinnen aktuellen Sinn. Es geht nicht darum, die anfängliche Christengemeinde zu restaurieren, sondern im Geiste des Anfangs von damals eine grundsätzliche neue Bewegung in Gang zu setzen. Diese dynamische Auffassung von Christentum macht begreiflich, daß heute viele Christen die Formeln in Frage stellen, mit denen sie groß geworden sind und spüren, daß sie nur dann Christen sein können, wenn sie Revolutionäre werden“ (Girardi).

„Und wer meint, daß die Wohlthätigkeit, Almosen und Verwundetenpflege die einzigen Mittel seien, in dieser Welt dem Geist der Liebe zum Durchbruch zu verhelfen, der hat die Bewegung der Geschichte verschlafen und weiß nicht, welches die Gegenwartsforderung des Geistes Christi ist: Weltgestaltung nach der Idee der Gerechtigkeit um der Liebe willen. Darum sieht der Christ das Almosen nicht als einen Beweis der Liebe an, sondern als ein Zeichen der Ungerechtigkeit, die ihm vorenthalten hat, was ihm zukam und ihm nun schenkt, was ihm nach höherem Recht gehört. Dieses höhere Recht durchzusetzen, ist jetzt die Forderung der Liebe“ (Paul Tillich).

In Südtirol wird die traditionelle (ihrer revolutionären Kraft beraubte)

katholische Soziallehre mehr und mehr zum ideologischen Breigbügelhalter für alle Verfechter der Sozialpartnerschaft (Wirtschaftsverbände, SVP, ASGB, KVW...). Letzten Endes geht es diesen Herren bei der Einführung der Sozialpartnerschaft, dann, einer mündig gewordenen Arbeiterschaft Stand in die Augen zu stoßen, sie zu beschwichtigen und die alte „Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Damit sind wir wieder bei den Nutznießern des Systems angelangt.

Aus reinem Egoismus machen sie sich verbal die christliche Soziallehre zu eigen, weil diese ihnen zur Festigung ihrer Macht gelegen kommt. Sie können sich in ihrem Vorhaben auf alles, aber ganz sicher nicht auf die Ethik berufen. Sie gibt ihnen für derlei Manöver keine Schützenhilfe.

#### IV. Katholische Verbände

Unter der Vielzahl der katholischen Organisationen, welche sowohl in ihrer Bezeichnung als auch in ihrem Programm sich ausdrücklich auf die katholische Lehre berufen, möchte ich bloß zwei herausgreifen.

a) der KVW. Er ist 1948 entstanden und national sehr lose an die ACLI angegliedert. Bei der Gründung des KVW ist der Gedanke Pato gestanden, die Südtiroler Arbeiter vor der kommunistischen Überflutung abzusichern. In den fünfziger Jahren entwickelte der KVW eine sehr rege Informations- und Vortragstätigkeit und leistete besonders durch sein Patronat, die Arbeiterbetreuungsstelle und die Heimatlernstelle auch eine Menge praktischer Arbeit. In den damaligen Jahren bezeichnete er sich gerne als das soziale Gewissen der Heimat und geriet dabei recht oft in Konflikte mit der von den Wirtschaftsverbänden beherrschten Volkspartei. Gerade letztere betrachtete die Arbeit des KVW, sofern sie nicht parteikonform ging, immer schon mit Argwohn, schreckte aber vor offenen Angriffen zurück, weil dies möglicherweise zu einer Kraftprobe mit der Kirche geführt hätte, was man aus taktischen Gründen vermeiden wollte.

Als der KVW in den sechziger Jahren den Entschluß faßte, bei Landtagswahlen eigene Kandidaten auf der SVP-Liste kandidieren zu lassen, begann für den KVW eine tragische Wende. Hatte er bis dahin einigermaßen seine Selbstständigkeit bewahren können, geriet er nun zusehends unter die Kontrolle der Partei. Innerlich wurde der KVW in seiner Tätigkeit weitgehend gelähmt durch das Fauzieren und Intrigenspiel all jener, die um jeden Preis ein gut honoriertes Landtagsmandat erreichen wollten und den Verband als Sprungbrett in den Landtag mißbrauchten. Regelmäßig vor den Landtagswahlen artem die Sitzungen des Landesausschusses, des für die Nominierung der Kandidaten zuständigen Organs des KVW in

Chaos aus. Mit dem Köder von zwei Landtagsmandaten trug die SVP geschickt zur Schwächung des KVW bei. Parteipolitisch ist der KVW und seine Kontrollfunktion über die Südtiroler Arbeiter heute für die SVP weit weniger interessant als in den vergangenen Jahrzehnten. An seine Stelle sind andere Einrichtungen getreten wie die „ethnische Gewerkschaft“, die „Arbeitnehmer in der SVP“, die „Junge Generation“ usw., welche zuverlässiger als der KVW die politische und ideologische Kontrolle der Partei über die deutschen Arbeiter garantieren sollen.

Ideologisch ist die Entwicklung des KVW zumindest in den letzten Jahren gekennzeichnet durch einen nahezu völligen Mangel an innerer Dialektik, wobei gerade dieser Mangel eine der Hauptursachen für die gegenwärtige Stagnation des KVW und sein ihm drohendes Absinken in die gesellschaftspolitische Bedeutungslosigkeit ist.

b) der Katholische Familienverband: Anders als beim KVW fehlt dem Katholischen Familienverband, der in den sechziger Jahren aus der Taufe gehoben wurde, die soziale Dimension. Der bürgerliche Einfluß ist im Familienverband weit größer als in allen anderen katholischen Organisationen. Praktische Familienpolitik etwa für minderbemittelte Schichten, z.B. Häuser- und Wohnungsprobleme, Sanierung von Altwohnungen, Errichtung von Mensen, Berufstätigkeit der Frau, kritische Durchleuchtung der Familienpolitik der Landesregierung, wird nicht betrieben. Der Einsatz des Familienverbandes erfolgt vorwiegend auf ideologischem Gebiet. Massiv war die Kampagne und die Unterstützung der Scheidungsgegner anläßlich des Referendums. Oberflächlich und unqualifiziert sind die Angriffe auf Gruppen, welche Unterschriften zur Abhaltung des Referendums bezüglich Abtreibung sammelten. Unter dem Slogan, wir dürfen die Tötung menschlichen Lebens nicht zulassen, versteckt sich eine starke Portion Heuchelei, denn dieselben Leute schweigen recht schamhaft, wenn Menschen und Natur durch einen fragwürdigen technischen Fortschritt in einem Ausmaße ver Gewaltigt werden, daß das menschliche Leben wie nie zuvor bedroht ist. Der Familienverband ist eines der Sprachrohre des konservativen Bürgertums. Ihm wird heute auch kirchlicherseits keine große Bedeutung beigemessen.

#### V. Die Kirchenpresse

Seit der Schaffung der Diözese Bozen-Brixen im Jahre 1964 kommen in Südtirol wöchentlich zwei Kirchenzeitungen heraus: das „Katholische Sonntagsblatt“ in deutscher und „Il Segno“ in italienischer Sprache.

Dem aufmerksamen Beobachter fällt die grundlegende Verschiedenheit zwischen beiden Kirchenblättern auf, was Inhalte, Themenauswahl und Gestal-

lung betrifft. Il Segno kann mit Recht als hauptsächlich sowohl im kirchlichen als auch im politischen Bereich angesehen werden. Er greift brennende politische Themen von lokalem und nationalem Interesse auf, Arbeitskonflikte, so etwa die Auseinandersetzung um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Smeil, Ceiba, Filiale Fiat usw. nehmen breiten Raum ein und werden durchaus arbeitertreuehaft dargestellt. Gewerkschaftliche Aktionen in Südtirol werden aufmerksam beobachtet und kommentiert. Volkstum-politisch sieht „Il Segno“ seine Aufgabe darin, den auch auf italienischer Seite tief verwurzelten Nationalismus abzubauen und durch gezielte Informationen den italienischen Lesern zu einem besseren Verständnis der Südtiroler Realität zu verhelfen. Bei aller Treue zu kirchlichen Dokumenten und päpstlichen Verlautbarungen wird in dieser Zeitung kein plumper Antikommunismus gepredigt.

Während „Il Segno“ somit eine offene und alles in allem fortschrittliche Haltung an den Tag legt, kann dies von seinem deutschen Gegenstück, dem „Katholischen Sonntagsblatt“, nicht gesagt werden. Dort wird unter dem Deckmantel eines Fassadenjournalismus konservatives Gedankengut tonneuweltlich angeboten. Seitdem in Südtirol von der herrschenden Clique zur Ablenkung von wichtigen Problemen die Kommunistenjagd in Szene gesetzt wurde, vergeht kaum eine Woche, wo nicht auch das „Katholische Sonntagsblatt“ seine Hunde dieser Freijagd zur Verfügung stellt. Als bevorzugter Mäher vor der kommunistischen Gefahr taucht immer häufiger Otto von Habsburg auf. Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus (sic wäre katholischerseits längst fällig und sie wird anderswo auch sachlich und konstruktiv betrieben) erfolgt im „Katholischen Sonntagsblatt“ ungefähr im Stile der jungen Generation in der SVP: Angst machen, Emotionen wecken, Berichte über Gehirnwäsche und Fottererlagen im Osten; was im Westen geschieht, wird verschwiegen.

Den Anspruch christlich zu sein, kann eine solche Bedeckungsart nicht erheben. Christlich wäre es, konkrete Probleme, deren es in Südtirol haufenweise gibt, aufzugreifen und in Verwirklichung eines echten Pluralismus politische Gegeninformation zu betreiben.

Offen bleibt die Frage nach dem Warum des so drastischen Unterschiedes zwischen den beiden Kirchenzeitungen: Ist es Taktik? Würden die italienischen Leser den primitiven Antikommunismus von vornehmlich ableben und ist deswegen ihr Kirchenblatt offener und aufgeschlossener? Oder liegt es vielleicht daran, daß das „Katholische Sonntagsblatt“ dem Athesiakonzern gehört und sich folglich der dort herrschenden Fiberoaktive unterordnet muß?

## Vf. Schlußbemerkungen

Die Verbindungen zwischen Kirche und den in Südtirol Mächtigen sind immer noch groß und vielfältig. Sie erfassen nahezu alle Bereiche. Die Mächtigen werben um die Gunst der Kirche. Beweis dafür ist der von vielen Organisationen geleistete Offenbarungseid, sie wären dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Unter diesem Deckmantel verstecken sich gerade in letzter Zeit alle möglichen Geister und treiben ihr Unwesen. Die Kirche sieht latentlos zu und läßt sich strukturealisieren. Man gewinnt leider mehr und mehr den Eindruck, daß der weitaus größte Teil von Klerus und Laien an der Schwelle der vielen Probleme, die ihnen von der Welt der Arbeiter gestellt werden, zurückzucken und trotz aller schönen Worte, die manchmal ganz aufrichtig sein mögen, sich weigern, sich mit dieser Welt einzulassen und sich auf Wege zu begeben, die sie verpflichten könnten. Ihr Bündnis mit den oben angeführten Kräften zu revidieren. Würden sie dies tun, wären Konflikte unvermeidbar. Sollte allerdings die Kirche sich von der Umklammerung durch ihr wesenstrennde Elemente befreien, wäre sie nicht mehr ein Garant der bestehenden Machtverhältnisse und sie würde in die Südtiroler Gesellschaft ein Element der Kritik hineinbringen. Heute ist es noch nicht soweit. Wird es jemals dazu kommen?

Südtirol soll nach dem Willen der in diesem Land Herrschenden zu einer Drehscheibe der internationalen Reaktion unter Führung von Bayerns CSU-Chef H.C. Strauß werden. Bekenntnis Ziel dieser Kreise ist die Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ gegen die Angriffe des Kommunismus. Dahinter verbirgt sich die Heiligensprechung des kapitalistischen Systems, das seinem Wesen nach wahrlich gottlos ist. Wo Konflikte entstehen und der „soziale Frieden“ bedroht ist, werden kommunistische Drahtzieher vermutet. Anstatt Konflikte austragen zu helfen, wird eine antikommunistische Kampagne vom Zaun gebrochen. Es ist einfach freivolhaft, Menschen, die ihr ganzes Leben lang vor die einfachste Existenzfrage gestellt sind, des Materialismus und des Atheismus zu beschuldigen, wenn der Kampf um ihre Existenz alles andere in ihnen erdrückt. Ich meine, daß die Kirche diese Lage des Proletariates (das gibt es noch, auch und gerade in Südtirol!) verstehen muß und ihr daraus die Kraft erwachen muß, gegen eine Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die mit Notwendigkeit immer neuen Menschen den Sinn eines vollen Menschenlebens raubt. Wo die Religion zur Dienerin der herrschenden Klassen geworden ist, ist sie schon nicht mehr Religion, sondern — so Paul Tillich — diäronischer Mißbrauch des Heiligen und wer immer gegen solchen Mißbrauch kämpft, steht in der ersten

prophetischen Linie der Religion selbst.

Eine Neubestimmung des Standortes der Kirche in Südtirol und die damit verbundene Rückführung auf ihre biblischen Grundlagen wäre wünschenswert. Ein erster Schritt in dieser Richtung wäre eine objektive Analyse der Klassenstruktur der Südtiroler Gesellschaft und der Rolle der Kirche in dieser Gesellschaft. Eine solche Analyse würde ergeben, daß in Südtirol von den jeweils Herrschenden — zuerst oder zweiter offen — immer schon Klassenkampf betrieben wurde, die Einführung der Sozialpartnerschaft ist nur der neueste Ausdruck dafür.

Eine kritische, an den Bibel orientierte Überprüfung der „christlichen Soziallehre“ würde ergeben, daß diese gar nicht so christlich ist und in der Tat immer wieder die ideologische Grundlage für allerlei reaktionäre Manöver darstellt, hinter denen sich nackte Gruppeninteressen verbergen. Neubestimmung des Standortes der Kirche heißt auch, den durch das Land pilgernden antikommunistischen Hitzepredigern den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihnen klar zu sagen, daß die Kirche aus Treue zu Christus sich nicht vor den antikommunistischen Karren spannen läßt. Neubestimmung des Standortes der Kirche bedeutet heute, die Auseinandersetzung, den Dialog mit dem Marxismus zu wagen. Ich habe nie verstanden, warum man sich kirchlicherseits vor einer solchen Auseinandersetzung drückt. Hat man vielleicht zu wenig Argumente? Es ist einfach zu billig, sich hinter der Behauptung, Christentum und Marxismus seien unvereinbar, zu verstecken. Warum sollten denn beide unvereinbar sein? Irgendwo weil der Marxismus angeblich kein Verhältnis zur Transzendenz hat? Hat denn der Kapitalismus eine bessere Beziehung zur Transzendenz?

## Ereica

*Zwischen den konservativ-bürgerlichen Kortschern und den bürgerlich-liberalen Schlandersern herrscht eine fröhliche und befruchtende Rivalität, gleich den Kontrapunkten in der Musik, bei denen die selbständig geführten Stimmen im Verhältnis von Spannung und Entspannung einander gegenübergestellt und aufeinander abgestimmt werden.“*

(Baldani) Haissepp, Festschrift  
900 Jahre Schlanders)

# SKOLAST-Gespräch mit Dr. Josef Innerhofer

**SKOLAST:** Herr Dr. Innerhofer, zur Eröffnung der Diözesansynode hat Bischof Gargitter in seiner Ansprache folgendes gesagt: „Die Kirche darf an keinem Ort, bei keiner geschichtlichen Form und in keiner Zeit stehenbleiben. Die Kirche ist nämlich mehr als Leibmann Christi, den wir wie eine vererbungs-würdige Reliquie zu bewahren haben; sie ist vielmehr der lebendige Leib Christi in seinem geschichtlichen Wachstum. Deshalb muß in ihr immer Bewegung, Neuerung und Sorge um gestandnes Wachstum sein.“

Heißt dies, daß die Kirche nicht konservativ sein kann? In welchem Maße, glauben Sie, ist diese Auffassung des Bischofs tatsächlich zur Basis für das Verhalten der Katholiken, besonders der Katholiken in verantwortlichen Positionen, der Pfarrer und Religionslehrer, geworden?

**Innerhofer:** Ich möchte sagen, daß die Kirche zugleich fortschrittlich und konservativ sein muß und ist. Konservativ in dem, was ihr vom Stifter als Auftrag gegeben wurde, nämlich die Verkündigung des Evangeliums. Der Inhalt der Botschaft bleibt immer der gleiche. Ändern muß sich die Form, in der dieser Inhalt in die Gesellschaft hineingetragen wird. Dies ist der fortschrittliche Aspekt der kirchlichen Aktion.

Was den zweiten Punkt betrifft, so muß ich sagen, daß ich die konkrete Situation in den einzelnen Gemeinden nicht genau kenne. Wohl aber kann man sagen, daß in der Kirche Südtirols ein großer Pluralismus herrscht. Es gibt Gläubige, die mehr im Osten verhaftet sind, also an der Tradition hängen, und andere, die hingegen mehr auf das Morgen blicken. Die Kirche übt diesbezüglich große Toleranz, und das ist auch richtig so.

**SKOLAST:** Das Synodaldekret „Dienste in der Diözese Bozen-Brixen“ schreibt unter dem Punkt „Das Leben in der Gemeinde“ unter anderem: „Die christliche Gemeinde soll sich besonders hüten vor ... der Versuchung, sich unkritisch an die Macht anzuschließen oder sich von ihr mißbrauchen zu lassen.“ Wie sieht es nun damit bei uns konkret aus, in einem Land, in Gemeinden, wo eine für europäische Verhältnisse einzigartige Machtkonzentration besteht?

**Innerhofer:** Auch hier kann ich zu den einzelnen Gemeinden nichts sagen. Dort gibt es sicherlich manchmal Spannungen, beispielsweise zwischen Pfarrer und Bürgermeister, die jedoch vielfach auf persönliche Differenzen hinauslaufen. Zur Haltung der Kirche auf Diözesanebene möchte ich folgendes sagen. Die Diözese sucht einerseits die konstruktive Zusammenarbeit mit der Landesregierung, steht ihr aber in manchen spezifischen Fragen auch kritisch gegenüber. Denken Sie an das Kindergartengesetz. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß diese Haltung typisch für die Regierung Gargitter ist. Ich erinnere an die Hirtenbriefe, in denen viele Hinweise auf die politische Verantwortung der Kirche in Südtirol zu finden sind. Beson-

ders im Hinblick auf das Zusammenleben der Volksgruppen, von denen gesagt wird, daß sie „gemeinsam zum Volke Gottes gehören“. Ich denke aber auch an die Äußerung Gargitters im Fernsehen, gegen den Kommunismus zu sein, aber nicht Arm in Arm mit der Partei gehen zu wollen.

**SKOLAST:** Besondere Aufmerksamkeit scheint die Kirche heute allgemein den Arbeitern zu schenken. Das Dokument „Kirche in der Welt der Arbeit“ war eines der meistbenutzten des gesamten Synode. Darin heißt es unter anderem: „Die Gesellschaft hat die Voraussetzungen zu schaffen, daß jeder Mensch Arbeit findet. Dabei ist die volle Würde des einzelnen, seine körperliche Unversehrtheit und ein echtes Mitbestimmungsrecht in den Belangen, die ihn betreffen, zu gewährleisten.“ Was ist konkret verwirklicht worden? Halten Sie den sozialpolitischen Einsatz der Kirche Südtirols in dieser Hinsicht für ausreichend und tut die Kirchenpresse hier voll ihre Pflicht?

**Innerhofer:** In diesem Bereich tut man immer zu wenig, sowohl die Kirche wie auch ihre Presse. Gewisse Situationen sind nicht von heute auf morgen zu verändern. Allerdings hat die Kirche einiges initiiert. Das soziale Anliegen wird bei kirchlichen Entscheidungen groß geschrieben. Die wichtigste Aufgabe ist es, einen Bewußtseinsprozeß einzuleiten, und zwar in doppelter Hinsicht: einerseits den Klerus zu schulen, andererseits das soziale Gewissen der Gläubigen zu schärfen. Was die Kirchenpresse betrifft, so kann ich sagen, daß ich vor zehn Jahren Thesen vertreten habe, für die ich mehrfach angefeindet worden bin. Heute hingegen regen sie niemanden mehr auf. Die wichtigste Aufgabe ist jedoch immer die Bewußtseinsbildung, denn die Kirche in Südtirol ist nicht so begütert, daß sie materiell viel beitragen könnte.

**SKOLAST:** Sie haben vorhin die Begriffe „gestern“ und „morgen“ gebraucht. Können Sie uns diese näher erläutern?

**Innerhofer:** In religiöser Hinsicht heißt dies, daß ein Teil der Kirche noch an den alten Formen hängt und gewisse Neuerungen des Konzils nicht nachvollzogen hat, während andererseits einigen die Neuerungen des Konzils noch zu wenig sind.

In sozialer Hinsicht bedeutet dies Konflikt zwischen Erhaltung der alten Strukturen und deren Überwindung.

**SKOLAST:** Heißt das, daß die Kirche dies bezüglich mit der SVP als Sammelpartei in Konflikt kommen kann?

**Innerhofer:** Ich glaube, daß die Kirche in der Problematik der Sammelpartei noch keine klare Entscheidung getroffen hat. Dafür ist sie auch nicht zuständig, weil dies ihre Kompetenz überschreitet. Es hat verschiedentlich Spannungen und Mißverständnisse ge-

geben. Auf keinen Fall kann sich die Kirche mit der Sammelpartei identifizieren.

**SKOLAST:** Kommt wir nun zur Presse in Südtirol, zur Kirchenpresse im besonderen. Ein Synodaldekret sagt, tiefgreifende Ungerechtigkeit herrsche auch dort, wo die freie Meinungsäußerung aus persönlichen Gründen oder aus Gruppeninteressen unterbunden oder behindert und Informationsmanipuliert werden. Welche Haltung ergibt sich für die Kirche, gerade aus diesen Grundsätzen heraus, gegenüber der besonderen Pressesituation in unserem Lande?

**Innerhofer:** Das Katholische Sonntagstageblatt ist zwar im Besitze der Athesia, aber redaktionell unabhängig. Es geht seinen eigenen Weg, der auch zu Spannungen mit dem Verlag führte. Das „Sonntagsblatt“ hat also seine eigene Linie, versteht sich aber nicht in absichtlicher Opposition zur „Dolomiten“, da es in erster Linie eine Kirchenzeitung ist.

**SKOLAST:** Es scheint, daß sich die Linie des „Sonntagsblattes“ seit den letzten Parlamentswahlen am einiges geändert hat.

**Innerhofer:** Dies geschieht nicht erst seit diesem Zeitpunkt, tritt hier allerdings etwas stärker hervor. Ich verstehe mich als Gegner des Eurokommunismus. Denn ich habe verschiedene kommunistische Länder kennengelernt und kam dem Eurokommunismus nicht traun. Außerdem steht heuer die Auseinandersetzung „Marxismus — Glaube“ auf dem Jahresprogramm der Katholischen Bewegung, wobei ich glaube, daß wir uns künftig stärker mit dem Problem „Marxismus-Atheismus“ als „Kommunismus-Kirche“ beschäftigen werden. Das soziale Anliegen des „Sonntagsblattes“ steht aber nach wie vor im Vordergrund.

**SKOLAST:** Zur Kirchenzeitung schreibt ein anderes Dokument der Synode, sie sei „ein Forum des Dialogs zwischen Kirche und Welt“. Glauben Sie, diesem Auftrage gerecht zu werden, glauben Sie Dialog zu führen mit der Welt, die ja nicht nur katholisch ist? Wir meinen hier wirklich Dialog, nicht Monolog zur reinen Darstellung der eigenen Position.

**Innerhofer:** Ich glaube, daß der Dialog nicht so geführt wird, wie ich möchte und wie er geführt werden sollte. Ich selbst allerdings habe hier als erster versucht, diesbezügliche Zeichen zu setzen, wie z.B. die Leserbriefseite im Katholischen Sonntagstageblatt, die auch auf Widerstand kirchlicher Kreise gestoßen ist. Jedoch bin ich sowohl aus wirtschaftlichen Gründen (Abonnements), als auch zwecks Rücksicht auf die Lesergemeinde zu Konzessionen gezwungen.

**SKOLAST:** Es gibt in unserer Diözese zwei Kirchenzeitungen: das „Katholische Sonntagstageblatt“ und „Il Segno“. Dazu hat die Synode beschlossen, daß „jedes in der Mehrheit der betreffenden Volksgruppe geschrieben werden soll“, daß aber trotzdem eine „grundsätzlich gemeinsame Linie“ gewährleistet sein muß. Ist das der Fall? Es wird gesagt, daß „Il Segno“ nur einmündig beschlossen sei als Ihre Zeitung so gerade in der Auseinandersetzung mit Marxismus und Sozialismus. Ist das Mentalitäts-

sache oder vielleicht politische Entscheidung und ist es überhaupt tragbar, daß zwei Zeitungen der gleichen Kirche oft so verschiedenen Ton anschlagen?

**Innerhofer:** Die Zusammenarbeit mit „Il Segno“ ist ausgezeichnet. Verschiedenste Sachen werden gemeinsam getragen. Allerdings steht „Il Segno“ in sozialen Fragen oft viel weiter links als das Katholische Sonntagsblatt. Das hängt einerseits von Mentalitätsfragen ab, andererseits von der Person Don Giorgios, der aus der Arbeiterbewegung kommt und in sozialen Fragen immer noch mein Lehrer ist.

**SKOLAST:** Bei der Überreichung des Preispreises 1975 hat Bischof Gerdinger gesagt: „Das Zusammenleben von Volksgruppen ist ja nicht nur von Konflikten gekennzeichnet, sondern kann auch eine große Bereicherung bedeuten.“ Was tut das Katholische Sonntagsblatt angesichts einer Politik, die wohl auf Erhaltung, aber auch auf Trennung der Volksgruppen sich ausrichtet, konkret dafür, daß diese Überlegungen des Bischofs verwirklicht werden?

**Innerhofer:** Das Katholische Sonntagsblatt versucht konsequent, Spannungen nicht anzuhetzen, sondern auf Verständnis hinzuarbeiten. Es versucht, über Vorgänge im anderen Lager zu informieren und ist gegen eine rigorose Trennung der Volksgruppen.

**SKOLAST:** Man hat den Eindruck, daß Ihre Zeitung beschlossen hat, in Zukunft ebenfalls den ASGB als die alleinige Südtiroler Gewerkschaft anzuerkennen und sie als solche öffentlich zu unterstützen. Stimmt dieser Eindruck?

**Innerhofer:** Dies ist nicht meine Absicht, den ASGB als Alleingewerkschaft anzuerkennen. Allerdings habe ich in letzter Zeit die Position des ASGB mehr geteilt. Außerdem bin ich gegen politische Streiks in einer derartigen wirtschaftlichen Situation. Eine einmische Gewerkschaft wäre dann notwendig, wenn die Interessen der deutschen Arbeiter in den staatlichen Gewerkschaften zu wenig vertreten würden oder wenn ihre Mentalität nicht berücksichtigt wird.

**SKOLAST:** Was verstehen Sie unter Mentalität der Südtiroler Arbeiter?

**Innerhofer:** Die Südtiroler neigen grundsätzlich nicht zur Radikalität.

**SKOLAST:** Impliziert dies, daß die nationalen Gewerkschaften radikal sind und wenn ja, in welcher Hinsicht?

**Innerhofer:** Sie sind zu schnell mit Streiks da. Sie vertreten nicht nur soziale, sondern auch politische Interessen. Der Zweck eines Streiks sollte sein, soziale Schwierigkeiten zu beseitigen.

**SKOLAST:** Das Experiment „Arbeitermeister“ hat vor einigen Jahren einen wesentlichen Teil der kirchlichen Arbeiterschaft ausgemacht. Inzwischen ist es darum still geworden. Ist das Experiment gescheitert?

**Innerhofer:** Man kann nicht sagen, daß dieses Experiment gescheitert ist. Es ist etwas still darum geworden,

weil es bei uns zu wenig vorbereitet wurde und die Kirche auch dadurch einige Priester verloren hat. Es wird nicht abgebrochen, aber man müßte versuchen, eine solidere Basis zu finden. Man hat die Priester in den Arbeitsplätzen allein gelassen. Man müßte ihnen einen zusätzlichen Rückhalt geben, indem man sie in eine Gemeinschaft einbezieht. Das Experiment müßte, neu überdacht, weitergeführt werden.

**SKOLAST:** Wie stellen Sie zum Dokument „Situation der Industriearbeiter“, das bei der Synode vorgelegt wurde?

**Innerhofer:** Ich beurteile es grundsätzlich positiv, weil es einen Auslöß zur Diskussion gegeben hat. Allerdings würde ich es nicht anstandslos unterschreiben, es sollte, meiner Meinung nach, ausgewogener sein.

**SKOLAST:** Noch kurz zur Auseinandersetzung mit Marxismus und Sozialismus in Südtirol. Sind Sie der Meinung, daß die antikommunistische Propaganda, wie sie die SVP und ihre Junge Generation betreibt, alle Aspekte der Problematik erschöpfend behandelt und daher im Ton und in der Substanz richtig ist?

**Innerhofer:** Nein. Man sollte mehr auf die Thematik eingehen und weniger hetzen.

**SKOLAST:** Abgesehen davon, daß sich Marxismus und Christentum als philosophische Systeme wahrscheinlich nicht verstehen (aber das gilt auch für andere Philosophien), kann ein Christ das wirtschaftliche und sozialpolitische Programm des Sozialismus als Gesellschaftslehre unterschreiben?

**Innerhofer:** Vor einigen Jahren hat der französische Kardinal Daniélou in einem Zeitungsinterview (Courier Français) auf die Frage, ob er sich einen christlichen Sozialismus vorstellen könne, geantwortet: „Man kann die Frage mit Ja beantworten unter drei Voraussetzungen. Dies sind: eine gerechtere Verteilung des Eigentums, die Garantie einer gewissen Form des Privateigentums und die Ermöglichung menschlicher Freiheit.“ Ich hatte kürzlich Gelegenheit, in Budapest (Ungarn) Gespräche mit kirchlichen Vertretern zu führen. Auch diese erklärten mir, sie akzeptierten die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gegebenheiten im Lande. Was sie aber wünschen ist, daß sich die Kirche frei entfalten kann und daß alle Bürger des Staates die Möglichkeit haben, ihr Leben nach ihrem Gewissen zu gestalten.

**SKOLAST:** Sie haben im „Sonntagsblatt“ vom 11. Jänner 1976 in Ihrem Editorial anlässlich der Gemeindevahlen in Rom geschrieben: „Schon im heutigen Jahr haben die Bürger der Ewigen Stadt Gelegenheit zu beweisen, wenn sie mehr Vertrauen schenken: der KPI oder der Kirche.“ Herr Dr. Innerhofer, ist das nicht gerade ein Beleg für jene tragische, so folgenschwere Verwechslung zwischen Christdemokraten und Kirche, im besonderen zwischen Kirche und DC? Wollten Sie nicht konkrakterweise schreiben müssen, daß der Lenz die Wahl zwischen KPI und DC und noch einigen anderen Parteien hatte? Ist nicht gerade diese verlässige Identifikation und folglich

die nicht erfolgte Distanzierung der Kirche von erwiesener christdemokratischer Mißwirtschaft (genauso in Rom) der Hauptgrund für das schwindende Vertrauen vieler Kreise in die Kirche, deren Aufgabe es eben wäre nicht der Versuchung zu erliegen, „sich unkeulich an die Macht anzulehnen“? Was sagen Sie heute, ein Jahr nachdem „die Bürger der Ewigen Stadt“ der KPI das Vertrauen geschenkt haben?

**Innerhofer:** Zum ersten Teil muß ich Ihnen leider recht geben. Allerdings ist dieser Artikel unter großem Zeitdruck entstanden. Zur jetzigen Situation in Rom kann ich Ihnen nichts sagen, da ich darüber nicht informiert bin.

**SKOLAST:** Vielfach wird von kirchlicher Seite gesagt, der Sozialismus sei nichts für Gläubige, da ihm jedes Verhältnis zur Transzendenz fehle. Hat der Kapitalismus mehr Verhältnis zum Transzendenten?

**Innerhofer:** Ich glaube nicht.

**SKOLAST:** Herr Dr. Innerhofer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

## DISSERTANTENBEIHILFE FÜR DAS AKADEMISCHE JAHR 1977/78

Die Südtiroler Landessparkasse schreibt für das Schuljahr 1977/78 einen Wettbewerb zur Vergabe von Dissertantenbeihilfen aus. Es werden 10 Beihilfen einmalig bewährt, wobei jede Beihilfe mit 300.000 Lire bemessen ist.

Die Beihilfen sind jenen Hochschülern vorbehalten, die bei der Erstellung ihrer Dissertation sind und ohne Beihilfe ihre Arbeit aus finanziellen Gründen nur schwer fortsetzen könnten.

Hochschülern, die in Österreich oder Deutschland inskribiert sind, wird die Beihilfe ab dem 9. Semester gewährt, vorausgesetzt, daß alle Vorprüfungen im 8. Semester abgelehrt worden sind.

Hochschülern, die in Italien studieren, wird die Beihilfe ab dem 5. Studienjahr gewährt, vorausgesetzt, daß nicht mehr als vier Prüfungen zur „Laurea“ fehlen.

Die Gesuche und die entsprechenden Unterlagen werden von drei Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft und drei Vertretern des Südtiroler Kulturinstitutes überprüft. Diese Kommission schlägt auch die Kandidaten, denen die Beihilfe gewährt werden soll, der Südtiroler Landessparkasse vor, welche dann die Beihilfen nach eigenem Ermessen verleiht.

Die Gesuche müssen innerhalb 15. März 1978 an das Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Wälderhaus, gesandt werden. Die Gesuche sind an die Südtiroler Landessparkasse, 39100 Bozen, Sparkassestraße 12 b zu richten und mit folgenden Unterlagen zu belegen:

1. Erklärung über das Einkommen der Eltern im Jahr 1976, ausgestellt vom Steueramt
2. Familienbogen
3. Erklärungen
- a) über laufende Stipendien
- b) besondere Bedürftigkeit
- c) Beschreibung der Doktorarbeit
4. Prüfungsbescheinigungen
5. Bestätigung des Professors über das Dissertationsthema
6. Aufstellung der erforderlichen Sonderausgaben
7. Alle weiteren Dokumente, die vom Bewerber für die günstige Beurteilung seiner Situation als nützlich erachtet werden.

DIÖ. SÜDTIROLER HOCHSCHÜLERSCHAFT  
Der Vorsitzende  
Günther Pallaver



# Südtirol im Wandel?

## Die Verdrängung sozialer Problembereiche als Folge einer erstarrten Volkstumspolitik: Südtirol seit dem „Paket“

Unter diesem Titel erschien Juni 1971 im zweiten Heft der „Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft“ (Europa-Verlag, Wien) ein Forschungsbericht der Innsbrucker Pädagogen Peter Seidl, Elisabeth Brugger und Eva Köckels-Stangl. Wegen der interessanten und teilweise überraschenden Ergebnisse erachten wir es für nötig, eine gestürzte Fassung dieses Artikels auch in Südtirol zu veröffentlichen und dadurch eine etwaige Diskussion in der Öffentlichkeit anzuregen.

### 1. Die selektive Problemdefinition in der Phase der Verteidigung zentraler ethnischer Interessen

In einer sprachlich und ethnisch homogenen Gesellschaft sind nationale Rollen latente Rollen, das heißt der Normalbürger wird sich ihrer nur in Ausnahmefällen bewußt. Wo jedoch zwei oder mehrere ethnische Gruppen auf engem Raum zusammenleben, ist der Rekurs auf die Volksgruppenzugehörigkeit eine alltägliche Angelegenheit, vor allem dann, wenn es zu einem politischen Konflikt kommt, in dem die Rechte einer Gruppe durch eine andere mächtige Gruppe bedroht oder beschnitten werden.

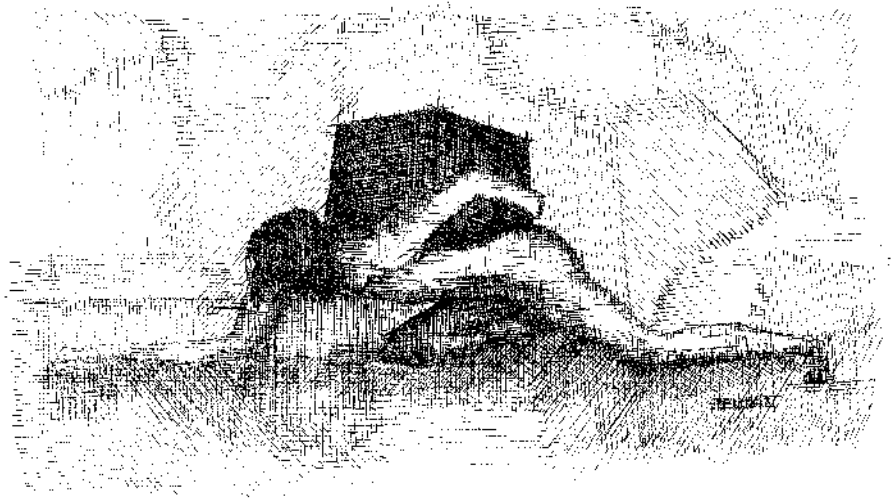
In Zeiten einer manifesten Bedrohung zentraler Interessen einer Minderheit wird die politische Führung dieser Gruppe zu einer größeren Geschlossenheit tendieren. Auftauchende Probleme unterliegen einer kollektiven Definition, die vorrangig auf den Schutz der eigenen Volksgruppe ausgeht. Viele Themen, die in Zeiten ohne Volkstumskampf die Öffentlichkeit und die politische Führung beschäftigen würden, erlangen gar nicht den Status allgemein anerkannter Probleme.

In Südtirol besteht diese Situation seit dem Ende des ersten Weltkrieges, jedoch sind auf der Basis des 1971 beschlossenen Autonomiestatuts nun erstmals die Voraussetzungen dafür geschaffen, sich Problemen zuzuwenden, die nach dem Auftauchen in der öffentlichen Diskussion wieder verdrängt wurden oder überhaupt keine öffentliche Anerkennung erfahren haben. Natürlich wird die nationale Rolle in einem gemischtsprachigen Gebiet immer stärker sein, jedoch ergibt sich für die Bewohner solcher Gebiete die Möglichkeit, sich die Fähigkeit adäquaten Rollenhandelns in einer Vielzahl unterschiedlicher Kontakte anzueignen, was damit mehr Chancen

zur Entfaltung der Persönlichkeit enthält. Bei einem auf Offenheit und Entspannung aufbauenden Verhältnis zur anderen Volksgruppe haben solche Personen die Möglichkeit der ethnischen Zuordnung auf Grund einer freien Entscheidung oder können in bestimmten Situationen in Rollen und Funktionen agieren, die ansonsten Mitgliedern der anderen ethnischen Gruppe vorbehalten sind, ohne deshalb die Möglichkeit zu verlieren, die ihnen ihre eigene Volksgruppe bietet. Dies käme einer Erweiterung des persönlichen Freiheitsspielraumes gleich und würde die selbständige Gestaltung der sozialen Beziehung erleichtern. Die Voraussetzung dafür ist allerdings eine gesamtpolitische Situation, in der sich die Mitglieder der einzelnen Gruppen nicht zu einer defensiven Identifikation mit der eigenen Volksgruppe verpflichtet sehen, sondern eine pro-

pe an der Gesamtbevölkerung in Südtirol 62,2%, zehn Jahre später 62,9%, während der Anteil der italienischen Gruppe von 34,3 im Jahre 1961 auf 33,3% im Jahre 1971 gefallen ist. Die Trendumkehr ist auf die höheren Geburtenzahlen innerhalb der deutschen Bevölkerung zurückzuführen.

Ein großes Auseinanderklaffen der beiden Volksgruppen ist jedoch in der sozio-ökonomischen Struktur anzutreffen, die sich auf Grund der politischen und ökonomischen Verhältnisse in Südtirol herausgebildet hat. Die Folgen der Verdrängungspolitik während der Zeit des Faschismus und des Nationalsozialismus sind vor allem aus dem niedrigen Anteil der Deutschen in der öffentlichen Verwaltung ersichtlich. Noch 1971 ist der Anteil der in der öffentlichen Verwaltung Tätigen an der Gesamtgruppe der Italiener dreimal so hoch als der in der öffentlichen Verwaltung tätigen Deutschen an ihrer Gesamtgruppe (20,0% zu 6,3%). Dafür sind 29,9% der erwerbsfähigen Deutschen in der Landwirtschaft tätig gegenüber nur 2,7% Italienern. In den anderen Bereichen, z.B. Baugewerbe, Handel, Handwerk oder Dienstleistungen halten die Volksgruppen annähernd das Gleichgewicht, was auch noch auf eine ziemlich ungesunde Erwerbsstruktur schließen läßt, da



Die Last

gressive, auf der Offenheit zur anderen Gruppe aufbauende Identifikation als möglich erachten

### 2. Die ethnischen Beziehungen in Südtirol

#### a) Zusammensetzung der Bevölkerung in Südtirol

Nach der forcierten Einwanderung von Italienern in der Zwischenkriegszeit und unmittelbaren Nachkriegszeit hat sich seit 1961 eine Stagnation bzw. sogar eine Trendumkehr zugunsten der deutschen und ladinischen Bevölkerung eingestellt. Im Jahr 1961 betrug der Anteil der deutschen Grup-

pe doch der deutsche Bevölkerungsanteil mit zwei Dritteln weitaus der stärkste ist.

Wie immer man Sozialschicht definiert, bei jedem Vergleich schneiden die Italiener wesentlich besser ab als die Deutschen. Wenn man in der Sozialstruktur eine Trennlinie zwischen den unteren Schichten und der Mittel- und Oberschicht zieht, so gehören in der deutschen Gruppe 28% zur Mittel- und Oberschicht, in der italienischen Gruppe jedoch 43%. Ähnliche Differenzen sind auch im Ausbildungsstand anzutreffen. Lediglich einen Volksschulabschluß haben in dieser Generation 87% der deutschen und 62% der italienischen Väter. Akademiker oder zu-

mindest Maturanten sind hingegen 19% der italienischen, aber nur 3% der deutschen Väter.

#### b) Interethnische Kooperationsbereitschaft unter der Decke der offiziellen Volkstamspolitik

Auf Grund der Durchsetzung des Autonomiestatus konnte man endlich daran denken, andere Problembereiche in den Vordergrund der politischen Debatte zu stellen. War bis dahin das Konzept einer Sammelpartei leicht zu vertreten (geschlossenes Auftreten aller Südtiroler gegen die Übergründung des italienischen Staates), so mußte jetzt geklärt werden, ob sich die verschiedenen Interessengruppierungen innerhalb einer Partei zusammenfassen lassen oder nicht. Diese Frage wurde vor allem durch die beiden sozialdemokratischen Parteien (SPP, SPS) in die politische Diskussion gebracht.

Die SVP stellt dem erneut die nationale Problematik entgegen, obwohl auch sie den Beweis einer direkten Bedrohung seitens des italienischen Staates schuldig bleiben mußte. Getreu dem Wahlslogan von 1972 „Und jetzt erst recht... SVP“ appellierte diese an die deutsche Bevölkerung, soziale Probleme im Rahmen ihrer Partei auszuhandeln. Bei den Landtagswahlen von 1973 konnte sich dieses Konzept gegen die Herausforderung der sozialdemokratischen Oppositionsparteien voll durchsetzen (SVP 132.177 Stimmen; SPP 4.014; SPS 12.056). Dieses Ergebnis ist ein sicherer Beweis, daß die große Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung eine Vertretung der ethnischen Interessen gegenüber der italienischsprachigen Gruppe im Vergleich zur Vertretung der Interessen der sozial benachteiligten Gruppen gegenüber den privilegierten als vorrangig einschätzt.

Dieses Wahlergebnis sagt jedoch nichts darüber aus, ob sich nicht bereits unter der Decke der generellen ethnozentrierten Normen ein anderes Selbstverständnis entwickelt hat, das sich aus den konkreten Beziehungen zu den Italienern im alltäglichen Kontakt und der Nähe der italienischen Kultur in Rundfunk, Fernsehen und in den Zeitungen ergibt. In diese Richtung weisen Untersuchungen im Rahmen des Projekts „Bildungsforschung in Südtirol“. Hierbei fällt zunächst das hohe Ausmaß an Akzeptierung globaler Behauptungen auf, die in sehr starkem Maße an die nationalen Gefühle der Jugendlichen appellieren; es handelte sich dabei um Fragen, die der einzelne nicht aus seinem Erfahrungshorizont heraus beantworten kann. Die abstrakt formulierten Zielsetzungen, mit einem deutsch-nationalen Tenor scheinen aber die Ebene der konkreten Wirklichkeit kaum mehr zu beeinflussen. Wo nämlich Bereiche angesprochen werden, die die Jugendlichen aus ihrem Erfahrungsräum heraus eigenständig beurteilen

können, ist bei dem größten Teil der Jugendlichen keine unitalienische Haltung zu registrieren. Die Ablehnung nimmt ab mit zunehmender Intelligenz, Bildung, höherer sozialer Herkunft. Mädchen haben Italienern gegenüber eine etwas positivere Einstellung als Burschen, die Einstellung italienischer Schüler ist noch um einiges positiver als umgekehrt.

Auch Lehrer stimmen in der Mehrzahl globalen Formulierungen wie „Volksgruppenerhaltung“ als wichtige Unterrichtsziele zu, lehnen aber die Forderung nach Abschirmung der Kinder vor italienischen Medien und italienischer Kultur überwiegend ab. Auch bei den Eltern ist eine aggressive und ängstliche Haltung gegenüber den Italienern im Schwinden. Nur noch sehr wenige Eltern (17%) sind der Auffassung, daß Heiraten zwischen Deutschen und Italienern eine Schande sind, 29% der deutschen Eltern (und sogar 80% der italienischen Eltern) befürworten sogar ausdrücklich Ehen über die Sprachgruppe hinweg.

### 3. Verdrängte Problembereiche

In der nun weitgehend abgeschlossenen Epoche der Südtiroler Geschichte sind es vor allem die ethnischen Probleme gewesen, die die Politiker beschäftigt haben. Da mit dem Autonomiestatut diese einer für alle Betroffenen annehmbaren Lösung zugeführt werden sollen, kann auch an die Behandlung weiterer Probleme gedacht werden, die bisher entweder nicht aufgetaucht sind oder aber von der politischen Tagesordnung wieder verdrängt wurden.

#### A) Proporz gegen Leistungsprinzip

Die Rolle der deutschsprachigen Bevölkerung hängt nicht zuletzt von ihrem Bildungsstand ab; denn der Proporz in den öffentlichen Stellen führt zwangsläufig zu Problemen, wenn die Qualifikationsmerkmale der deutschen Bevölkerungsgruppe geringer sind als die der Italiener. Der Ausgang des Wettkampfes um die Rolle, die die Südtiroler in Zukunft in ihrem Land einzunehmen werden, hängt in erheblichem Maße von den Anstengungen ab, die in die Verringerung des Bildungsdefizits der deutschen Minderheit und in die Reform und in den Ausbau des Bildungssystems investiert werden.

Zu Beginn der siebziger Jahre schienen zahlreiche SVP-Politiker geneigt, diesen Weg zu gehen, doch hat die Tendenzwende im Bildungssektor, als Folgerscheinung der wirtschaftlichen Krise, auch Südtirol erreicht. Den Ausschlag zu diesem Umschwung gab eine Untersuchung vom Referat 8 der Tiroler Landesregierung, der zufolge ab 1981 in Südtirol kein Akademikermangel mehr zu verzeichnen wäre. Als Vergleichsobjekt wurde das Bundesland Vorarlberg herangezogen (dessen

Bildungsstand gesamtösterreichisch gesehen weit unter dem Durchschnitt liegt). Südtiroler Politiker haben diese Anregungen gerne aufgegriffen, so der Assessor für öffentlichen Unterricht und Kultur, was die Ausbildungsbereitschaft der Jugendlichen zu bremsen u. durch selektionsorientierte Maßnahmen zur Einschränkung der Bildungsaspirationen in den einzelnen Schulen anzuregen. Wenn aber der Anteil an italienischen Maturanten immer noch als „unnatürlich hoch“ angesehen wird (fast 50% der Maturanten bei nur einem Drittel der Bevölkerung), andererseits die Bildungsaspirationen der deutschen Volksgruppe gedrosselt werden, so wird die praktische Durchführung des Propozes eine Reihe von Problemen für die deutsche Bevölkerungsgruppe schaffen. Wenn den Deutschen eine besser qualifizierte italienische Gruppe gegenübersteht, so wird eine Posten- und Kompetenzverteilung, die den Italienern rund ein Drittel des Einflusses in den öffentlichen Stellen sichert, auf der Ebene einzelner Organisationen nicht konfliktlos durchsetzbar sein. Neue ethnische Spannungen, wenn viele in Südtirol geborene Italiener keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Beruf im Lande finden, wohl aber weniger qualifizierte Deutsche, wären durchaus denkbar. Selbst wenn es innerhalb der Verwaltung zu einem ausgeglichenen Verhältnis käme, so würde sich die besser ausgebildete italienische Jugend in den Betrieben außerhalb der öffentlichen Verwaltung den größten Teil an führenden Positionen sichern, daß also der Qualifikationsvorsprung in einem Überhang an Einfluß und Macht zu Buche schlägt.

#### b) Isolation

Obwohl auf der Ebene konkreter Beziehungen große Offenheit und Bereitschaft zu Zusammenarbeit herrscht, so bauen doch viele institutionelle Strukturen, die aus der Zeit des Volkstumskampfes stammen, auf dem Prinzip der strikten Trennung auf, z. B. das Bildungssystem. Führt aber nun die Bedrohung für eine Gruppe weg, so erhebt sich die Frage, ob ein durch rigide Demarkationslinien getrenntes Bildungssystem in einer Zeit sinnvoll ist, in der das Erlernen der anderen Sprache und eine kooperative Bewältigung der Probleme notwendig geworden ist.

Die Frage einer ethnischen Integration der Kindergärten und der Primar- und Sekundarschulen ist in letzter Zeit nicht öffentlich diskutiert worden, wohl aber das Problem der Errichtung einer doppelsprachigen Universität in Bozen. Die Südtiroler Hochschülerschaft versuchte zweimal, das Problem aufzuzuleben, durch eine Studientagung im Herbst 1970 und eine weitere im Herbst 1974. Beide Male lehnte die SVP eine solche Institution ab: „Ein Universitätsbetrieb im eigenen Lande könnte... zu einem

gefolgten Provinzialismus führen mit allen negativen Auswirkungen auch hinsichtlich eigener Bewußtseinsfärbung bei der geistig-kulturellen Zugehörigkeit eines Großteils der Bevölkerung des Landes zum deutschen Kulturraum". Ablehnung der SVP, obwohl sich 1973 bei einer Umfrage des Instituts für empirische Sozialforschung (Wien) 75% der befragten deutschsprachigen Südtiroler für eine zweisprachige Universität in Bozen aussprachen.

Neben dem Fehlen eines eigenständigen universitären Zentrums und der starren Trennung der Schulen nach ethnischen Gruppen treten immer wieder Minderwertigkeitsgefühle hinsichtlich der Beherrschung der deutschen Sprache und Klagen über das Fehlen einer eigenständigen zeitgenössischen Literatur und Kunst als Folgen dieser Isolation auf. Die Klagen über einen kulturellen und sprachlichen Provinzialismus in Südtirol stehen in einem nichtwichtigen Gegensatz zu dem von der SVP gegen die Universitätsgründung vorgebrachten Argument, geistiger Provinzialismus könne in Südtirol dadurch überwunden werden, daß die Jugend (nur) an ausländischen bzw. italienischen Universitäten Studiemöglichkeiten habe.

e) Kinder aus Mischheim: ungeliebte Gäste?

Trotz ethnischer Abschirmungspolitik und daraus folgender Vordrängung des Problems in den vergangenen Jahrzehnten, kommt es immer wieder zu Ehen zwischen den Angehörigen beider Sprachgruppen. Als direkt Betroffene können die Kinder aus diesen Ehen angesehen werden, bei denen eine klare Zuordnung zu einer ethnischen Gruppe nicht mehr möglich ist. Das betrifft z. B. beim Jahrgang 1959 volle 8% der Jugendlichen, ein Prozentsatz, der sich vermutlich erhöhen wird, da Mischheim immer weniger als Schande empfunden werden.

Die Probleme entstehen aber im Moment der Eingliederung solcher Kinder in das rigide einsprachige Schulsystem. Die Sprache, die ein Elternteil als Muttersprache spricht, wird in der Schule als Fremdsprache unterrichtet. Eine solche Schule verlangt von den Eltern und Kindern eine fixe Identitätsdefinition, die erhebliche innerpsychische und sozialpsychologische Konsequenzen nach sich zieht. Unorthodoxe Identitätsdefinitionen sind nicht vorgesehen, wiewohl eine kleine Minderheit sich mit der Frage, sich entweder der Deutschen oder der italienischen Volksgruppe zuzuordnen, nicht einverstanden erklärte (z. B. Volkszählung 1971).

Die Frage, ob Kinder aus Mischheim keine Sprache gut erlernen und auch gute Anpassungsschwierigkeiten haben, wie oft behauptet wird (vergleiche Egger), wird sich solange aus Ver-

mutungen und Untervstellungen nähren, als die entsprechenden Untersuchungen zu dieser Problematik fehlen. In unseren Untersuchungen die dieses Problem nur am Rande berührten, stellte sich heraus, daß die Kinder aus Mischheim die zweite Sprache erheblich besser beherrschen als die übrigen Schüler, während sie die erste Sprache fast ebenso gut beherrschen wie ihre Schulkollegen.

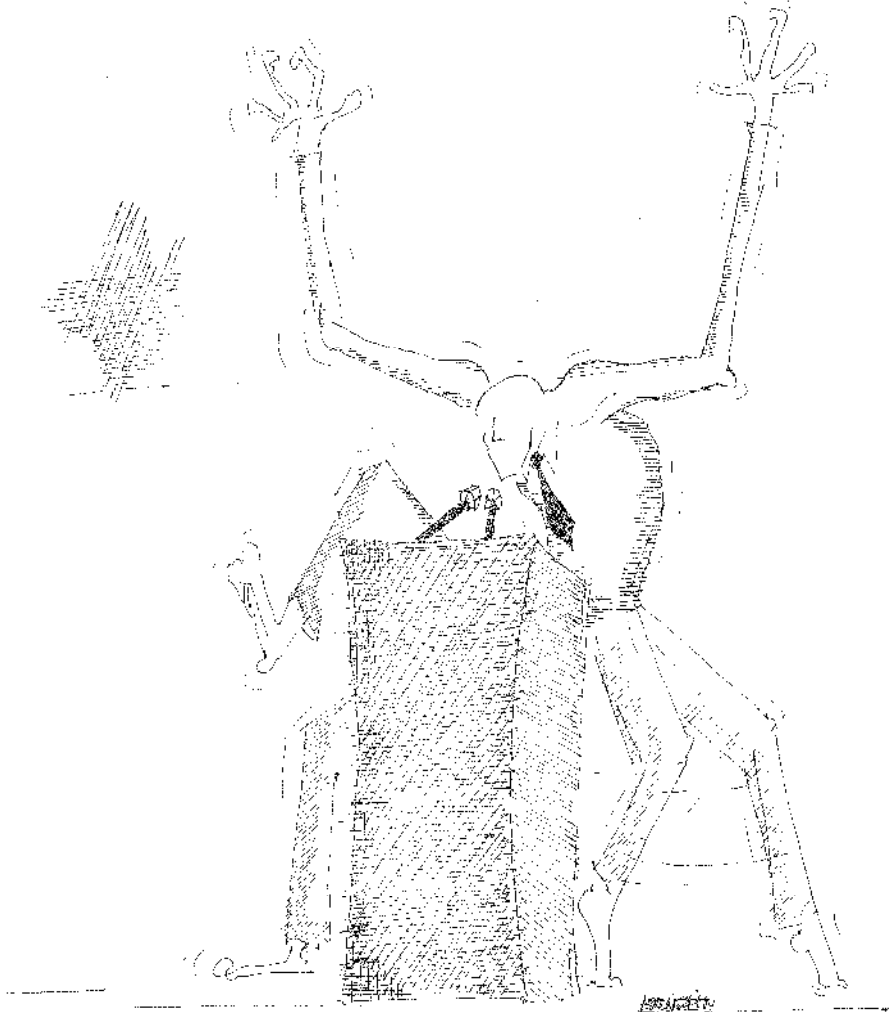
d) Sozialer Wandel und Interessenvertretung der Arbeiter

Durch die Reduktion des Autokraties, die sich aus dem Autonomiestatut ergibt, und den sozialen Wandel, der sich in den letzten drei Jahrzehnten abgespielt hat, sind jedoch auch in Südtirol die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß soziale Fragen in Zukunft stärker in den Vordergrund treten können als bisher. Die Probleme der Arbeitnehmer in Südtirol, von SFP, SPS, dem Arbeitnehmerflügel in der SVP und vom Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund thematisiert, wurden bisher von der Politik der Verteidigung der ethnischen Interessen überschattet. Man hat sich daher immer bemüht, Kapital aus der BRD nach Südtirol zu bringen, vor allem durch die Verlockungen eines niedrigen Lohnniveaus, finanzieller Vergünstigungen von sel-

ten der Landesregierung und die Ausschließung auf politische Stabilität in Südtirol:

„Der Standort Vinsl bietet den deutschen Unternehmen unübertroffenen Vorteil. Die aus der Landwirtschaft stammenden Arbeiter sind, was ihre Rechte gegenüber dem Unternehmer betrifft, nicht immer genau informiert. Sie sind glücklich, dauernd beschäftigt zu sein, und kümmern sich wenig um Gewerkschaft und Sozialgesetzgebung. Die Industriearbeiter Vinsls sind in ihrer Mentalität kleine Bauern geblieben. Sie denken nicht daran, eine Partei zu wählen, die vor allem den Arbeiterstand vertritt“ (Tiroler Tageszeitung, 25. I. 1973).

Auch die Gewerkschaftspolitik wird nationalen Interessen unterworfen, obwohl eine über die Volkstumsgrößen hinausgreifende Interessenvertretung der Arbeiter effektiver wäre als die ethnisch segregierte Gewerkschaftspolitik des ASGB, im auffälligen Gegensatz zum Industriellenverband, der nicht ethnisch aufgespalten ist. Die Volkstumpolitik der SVP erfährt in der letzten Zeit eine Schwerpunktverlagerung. Nicht mehr die Gefahr der Italianisierung, sondern die Angst vor aus Italien kommenden Ideen bestimmt die Politik. Vor allem die Abgrenzung von den Kommunisten auf allen Ebenen wird dekretiert, eventuell unterstrichen durch die



Beschwörung des Volkstums vor Mikrofon

Drohung des Selbstbestimmungsrechtes falls den Kommunisten die Machtübernahme in Italien gelänge, obwohl von allen Seiten zugegeben wird, daß die Kommunisten die Autonomiebestrebungen in Südtirol bisher befürwortet und unterstützt haben. Dies alles ist längst keine Volkstumspolitik mehr, weil sie sich ja hauptsächlich gegen Linke in der eigenen Bevölkerungsgruppe richtet und dabei immer mehr zu einem Bündnis mit der DC führt.

#### e) Intransparenz der Entscheidungsstrukturen

In der Zeit der Bedrohung zentraler Interessen der deutschen Volksgruppe wurden viele Initiativen Privaten überlassen, um sie so besser vor dem Zugriff der Staatsgewalt zu schützen. Die Folge war aber, daß wichtige Einrichtungen der Südtiroler Bevölkerung nur in einem geringen Ausmaß der öffentlichen Kontrolle unterstellt sind. Diese Intransparenz ist aber auch von der Abhängigkeit vieler kultureller Institutionen von ausländischen Finanzquellen bedingt. Geldgeber sind vor allem das Land Tirol, das österreichische Bundesministerium für Unterricht und Kunst, sowie einige private Vereine aus der BRD wie die „Stille Hilfe für Südtirol“ und das „Kulturwerk für Südtirol“.

Diese Gelder machen Südtirol von den ideellen Konzepten der Geldgeber abhängig, was zur Folge hat, daß große Summen zur Traditions- und Brauchthumpflege ausgegeben werden, während für andere Projekte, etwa solche zum Abbau des Bildungsdefizites, Geldmittel nicht aufzutreiben sind. Auch als Druckmittel sind solche Geldmittel denkbar gut geeignet, etwa im Falle der Südtiroler Hochschüler, deren Beitrag vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst wegen Divergenzen in der Universitätsfrage 1972 von 60.000 S auf 20.000 S gekürzt wurde. In den meisten Fällen dürfte eine Art Einverständnis zwischen ausländischem Geldgeber und dem Assessorat für öffentlichen Unterricht und Kultur herrschen. Die Einrichtung des Südtiroler Bildungszentrums allerdings wurde jedoch von österreichischen Stellen gegen den expliziten Widerstand Assessor Zelgers vorgenommen.

Der Volkstumskampf, der alle Gegensätze in der deutschen Bevölkerung zusammenschmiedete, führte zu einer streifen Pflege der Tradition und einer kulturellen Abkapselung. Beispielgebend sei hier auf das Bücherwesen hingewiesen. Die Landesregierung hat hier nicht nur bedeutend weniger als das Trentino investiert (84 Millionen im Vergleich zu 600 im Jahre 1976), sondern auch vor allem Pfarrbüchereien subventioniert (von insgesamt 299 Leihbüchereien der deutschen und ladinischen Volksgruppe werden 226 von der katholischen Kirche geführt, die nur eine beschränkte inhaltliche Auswahl anbieten).

#### 4. Die politische Struktur von morgen: Sammelpartei oder Mehrparteiensystem?

Für die Zukunft in Südtirol ist die grundsätzliche Einstellung der politischen Funktionäre zur Rolle und Struktur der Minderheitenpolitik entscheidend. Wenn die gegenseitige Entkrampfung und eine progressive Lösung der ethnischen Problematik stärker zum Ausdruck kommen, dürfte jene politische Gruppe an Bedeutung gewinnen, die sich diesen Tendenzen gegenüber öffnet. Es ist nicht vornehmlich auszuschließen, daß die SVP diesen Wandel leichter durchführen kann als die Oppositionsparteien. Vielleicht ist der Übergang zu einer für das Gros der deutschen Bevölkerung vorteilhafteren Politik durch einen Wandel innerhalb der Sammelpartei gegenwärtig leichter zu bewerkstelligen als durch Verfestigung der Oppositionsparteien.

Aufgrund der in diesem Artikel aufgezeigten Entwicklungen und Zusammenhänge darf abschließend angenommen werden, daß eine Politik ängstlicher Abkapselung der deutschen Sprachgruppe, ein Ignorieren oder gar Bremsen der stattfindenden sozialen und intellektuellen Entwicklungen für die deutsche Bevölkerung Südtirols und auch für die Erhaltung der deutschen Sprache in diesem Land nur Nachteile brachte. Wenn die Vorstellung abgebaut wird, daß institutionelle Kontakte erfahrenen Politikern und anderen Eliten vorbehalten bleiben müssen, weil sie für die breiten Bevölkerungsschichten gefährlich sind, könnte man sich aus dem Fortschreiten einer erstarrten Volkstumspolitik lösen. Die durch das Wohnen in einem gemischtsprachigen Gebiet viel leichter als anderswo erwerbbarere Kenntnis zweier Kulturen und Sprachen könnte dann zu einem Privileg der meisten Südtiroler werden.

## An die Südtiroler Maturanten

### Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Wenn Dir heute zum ersten Mal der SKOLAST ins Haus fliegt, so betrachte das bitte nicht als Werbung für die SH. Aus der Überlegung heraus, daß zwischen Oberschülern u. Universitätsstudenten ein viel zu geringer Gedankenaustausch besteht, stellt die Südtiroler Hochschülerschaft schon seit Jahren den Maturanten ein SKOLAST Jahresabonnement gratis zur Verfügung. Der SKOLAST will Dir nützliche Informationen über Probleme, die mit einem Hochschulstudium zusammenhängen, geben und Dich an einer Diskussion innerhalb der Südtiroler Hochschülerschaft teilnehmen lassen. Die SH versteht sich als unabhängige und weltanschaulich ungebundene Organisation der Südtiroler Studenten, setzt sich ein für studentische Belange im weitesten Sinn und fühlt sich mitverantwortlich in Sachen Kultur-, Schul- und Hochschulpolitik in Südtirol. Du solltest bereits jetzt vertraut werden mit den Tragen, die sich Dir auf diesem Gebiet stellen bzw. stellen werden, wenn Du im nächsten Jahr ein Universitätsstudium aufzunehmen gedenkst.

Du wirst in unserer Zeitschrift auch Artikel finden, die sich nicht unmittelbar mit Studentenproblemen belassen. Wir nehmen diese Artikel nicht auf, weil wir etwa zu wenig andere zur Verfügung hätten, sondern weil wir davon überzeugt sind, daß es gefährlich ist, wenn Studenten nur mehr über sich selbst nachdenken und auf gesellschaftspolitisches Engagement verzichten.

Jeder Artikel gibt die Meinung des

Autors wider, die sich nicht unbedingt mit der der SH decken muß.

Wir hoffen, Dir durch den SKOLAST einige Anregungen geben zu können und würden uns freuen, auch von Dir Kritik und Anregungen zum SKOLAST und zu unserer Arbeit in der SH zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Günther Pallaver  
Vorsitzender der SH

### Verfassungsschutz

*„Der Sturm auf die deutsche Schule ist kein Nächstenliebeweis italienischer Eltern, kein Umschwenken auf deutsche Kultur. Seit den Tagen Mussolinis hält sich von staats- und volkswegen (!) eine Linie durch: Südtirol muß italienisch werden, allen Beleuerungen zum Trotz und ungeachtet des Verfassungsartikels 6 zum Schutz der Minderheit.“*

(Pohl - Profil 3)

### Böllernwerk

*„Lassen wir uns unser schönes Land, unsere gesunde Einstellung zum Leben und zur Arbeit nicht versenken. Bilden wir junge Südtiroler ein Bollwerk gegen den Kommunismus, ein Bollwerk gegen Diktatur und Staatsklaverei, ein Bollwerk für unsere Freiheit...“*

(Peterlini - Profil 5)

# Die Schulbuchverordnung der Südtiroler Landesregierung

Am 1. Juni dieses Jahres veranstalteten die in Südtirol vertretenen konföderierten Schulgewerkschaften — außer der SINASCHEL, bei der die meisten deutschsprachigen Südtiroler Volksschullehrer eingeschrieben sind — zusammen mit der Südtiroler Mittelschulgewerkschaft einen Protestmarsch zum Landhaus, um dem für diesen Tag ausgerufenen Streik mehr Nachdruck zu verleihen. Darüber wurde auch in der Presse berichtet; da jedoch in der darauffolgenden Argumentation dem Landesrat für Schule und Kultur sowie Vertretern des Familienverbandes und einzelnen Eltern und Lehrern, die sich von der Haltung der Gewerkschaften distanzieren, in der deutschen Südtiroler Tagespresse viel Raum zur Verfügung stand, die Stellungnahmen der Gewerkschaften jedoch nicht veröffentlicht wurden, scheint es nicht ganz überflüssig zu sein, wenn wir noch einmal auf einen wesentlichen Grund dieses Konfliktes zurückkommen, nämlich den Erlass des Landeshauptmannes vom 1. April 1977 über die Einführung von Schulbüchern.

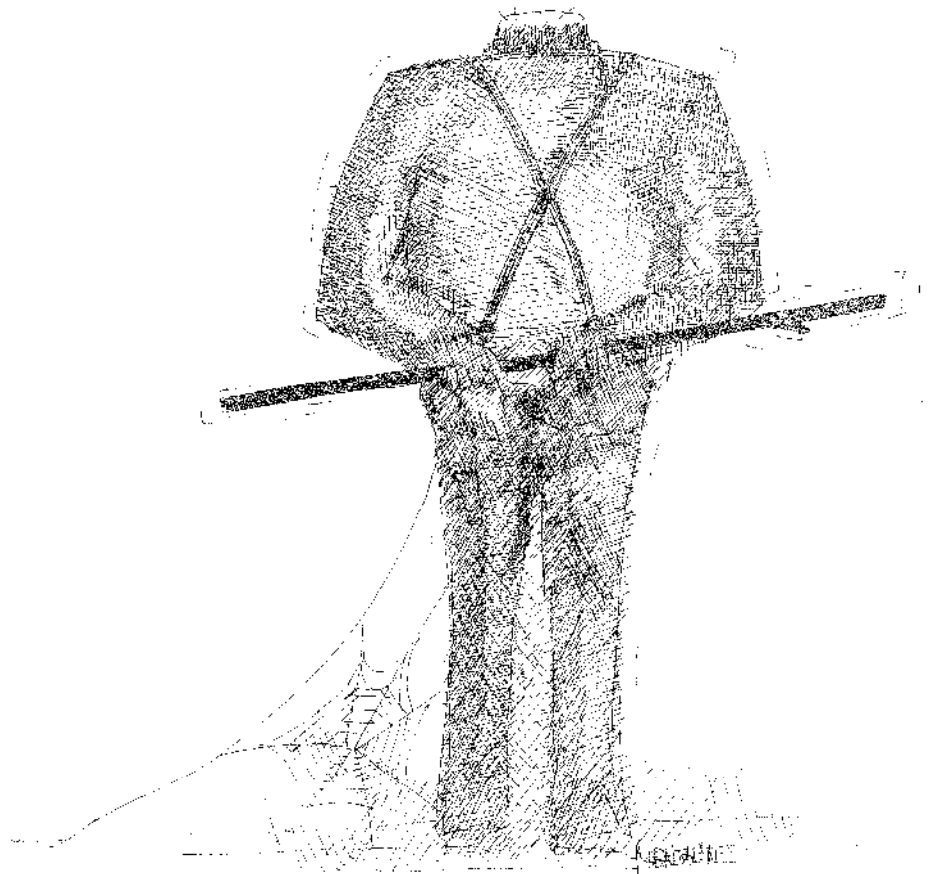
Am 24. Mai 1976 verabschiedete der Südtiroler Landtag ein Gesetz (Nr. 15), dessen Artikel 6 vorsieht, daß der Landesauschuß Richtlinien für die Auswahl von Schulbüchern zu erlassen habe. Dies wurde zuerst kaum beachtet; nur einige Vertreter der Schulgewerkschaften, die inzwischen über die Vorgangsweise der Landesregierung Bescheid wissen, wurden skeptisch und begannen sich zu erkundigen, wie man sich in Kreisen der Schulverwaltung und der Landesregierung solche Richtlinien denn vorstelle. Die Antworten waren sehr beruhigend: nachdem die Provinz autonome Kompetenzen auf dem Sektor habe, wolle man in Ergänzung zum Landesgesetz vom 5. September 1975, Nr. 49 (Mitbestimmungsgremien in der Schule) technische Richtlinien erlassen. Dies werde auch nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg geschehen; man werde eine Kommission einsetzen usw. Durch solcherlei Antworten beruhigt, ließen die Lehrgewerkschaften den Dingen ihren Lauf, bis dann im Spätherbst endlich diese Kommission ernannt wurde. Da der Kommission ausschließlich Direktoren und Beamte der Landesregierung angehörten, erkundigte sich eine Gewerkschaftsdelegation, der auch ich angehörte, bei einer Aussprache mit dem Schulamtsleiter während der Weihnachtsferien 1976 nochmals über den Zweck der Bestimmungen. Sie wurden im Sinne der oben zitierten Äußerungen wiederum beruhigt, wobei der Schulamtsleiter betonte, daß es sich um rein technische Bestimmungen handeln werde, wie etwa die Kostentrage usw. Wiederum gaben wir uns zufrieden, obwohl uns natürlich hätte klar sein müssen, daß es auf einem solchen Gebiet keine rein technischen Vorschriften ohne inhaltliche Implikationen geben kann.

Am Ostersonntag erhielt ich am späten Abend noch einen Telefonanruf, in dem man mir mitteilte, die Landesregierung wolle am folgenden Dienstag eine Verordnung über die Auswahl der Schulbücher erlassen. Diese werde

einige mehr als bedenklliche Bestimmungen enthalten, wie etwa eine Neuauflage eines faschistischen Artikels vom Jahre 1924, der vorsah, daß der Minister in besonderen Fällen ein vom Lehrkörper eingeführtes Buch verbieten konnte, und ein Verrecht der El-

tern kurz nach den Schulferien mit unangenehmen Erlassen konfrontiert werden sind.

Die Verordnung vom 12. April 1977 legt in neun Artikeln fest, wie die Auswahl der Schulbücher zu erfolgen habe, wobei sie sich im ersten Artikel auf das schon zitierte Gesetz Nr. 15 (Art. 6), ferner auf Artikel 1 des D.P.R. vom 31. Mai 1974, Nr. 417, auf Artikel 12 des Landesgesetzes vom 31. August 1974, Nr. 7 sowie auf Artikel 4 des Landesgesetzes vom 5. August 1975, Nr. 49 bezieht. Hierbei ist der Hinweis auf den Artikel des Dekretes Nr. 417 besonders wichtig, denn dieser befaßt sich mit der Lehrfreiheit. Der hier bemühte zweite Absatz des Artikels lautet folgendermaßen: „Das Bildungsbeurteilen (der Lehrer) vollzieht sich in Beachtung des sittlichen und staatsbürgerlichen Bewußtseins der Schüler“. Der zitierte Artikel des Gesetzes Nr. 49 sagt unter Absatz d) folgendes: „Es (das Lehrerkollegium) trifft nach Anhörung der Klassenkonferenzen oder Klassenräte die Auswahl der Schulbücher und wählt die Lehrmittel im Rahmen der vom



Der Lehrer

temvertreter. Was sollte man dagegen tun? Die Kollegen waren über die Feiertage nicht zu erreichen. Ein Telegramm sollte das Schlimmste verhindern. Tatsächlich wurde der oben erwähnte Artikel fallengelassen, aber was die Verordnung sonst noch enthält, war mehr als ausreichend, die Lehrer in Abmahnung zu versetzen. Dies war übrigens nicht das erste Mal, daß die Lehrer während oder

Schulrat des Sprengels oder der Anstalt zur Verfügung gestellten Geldes aus.“

Die Vorschriften, die die Verordnung, angeblich im Sinne und in Beachtung der zitierten Artikel bringt, sehen nun folgendermaßen aus.

Artikel 1 enthält neben den schon rezipierten Hinweisen die Vorschriften, daß die Lehrer die Schulbücher unter

Wahrung des in der Verfassung verankerten Rechtes der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder“ auszuwählen haben. Artikel 2, daß der Inhalt der Schulbücher dem Lehrplan entsprechen muß. Artikel 3, daß ein einmal eingeführtes Buch für die Dauer von drei Jahren beibehalten werden muß, und daß die Vertreter der Eltern und Schüler, wenn sie einstimmig gegen ein Buch sind, die Einführung eines Buches verhindern können; ferner daß Arbeitsbücher nur in der Grundschule verwendet werden dürfen. Artikel 4 bestimmt, welche Bücher in der Grundschule verwendet werden dürfen. Artikel 5 legt fest, wie viele Bücher desselben Typs eingeführt werden dürfen, wobei die Auswahl sehr eingeschränkt wird, wenn es etwa heißt: „In den Parallelklassen der Sekundar- und Kunstschulen innerhalb einer Anstalt kann nicht mehr als ein einziges Buch für jeden Buchtyp eingeführt werden.“ Artikel 6 bestimmt, daß ein einzuführendes Buch gründlich erprobt sein muß, und zwar durch Verwendung für die Dauer des gesamten laufenden Schuljahres. Ferner müssen Lehrer, die ein Buch einführen wollen, einen erläuternden Bericht verfassen, „wobei ein Urteil über die Übereinstimmung mit den Lehrplänen, über die Sprache, Methodik, Aufteilung des Lehrstoffes und die Schwerpunkte geäußert wird sowie die Geistesströmungen, deren Ausdruck das Buch ist, aufgezeigt werden“. Artikel 7 besagt, daß bei gleichwertigen Büchern das billigere eingeführt werden muß, und daß mehrbändige Werke erst nach Erscheinen des gesamten Werkes eingeführt werden können. Artikel 8 und 9 legen die Zeiten fest, wobei noch die Vorschriften zu achten ist, daß das Protokoll der Sitzung des Lehrerkollegiums, bei der die Bücher ausgewählt wurden, an das zuständige Schulamt zu schicken ist.

Abgesehen von den vielen Ungereimtheiten, die in dieser Verordnung enthalten sind -- wie soll man ein Buch ein ganzes Schuljahr mit den Schülern im Unterricht erproben, wenn man es nicht vorher eingeführt hat, was man nun wiederum nicht kann, weil es ja vorher erprobt sein muß? -- sind hier vor allem drei Punkte enthalten, die von der Lehrerschaft energisch zurückgewiesen wurden: 1. Das Vetorecht der Elternvertreter (bzw. Eltern- und Schülervertreter in der Oberstufe), 2. die überaus enge Beschränkung der Bücherwahl (ein- und dasselbe Buch für alle Parallelklassen der Mittel- und Oberstufe), 3. die Auflage an den Lehrer, die „Geistesströmungen“ der vorgeschlagenen Bücher anzugeben.

1. Der zweite Absatz von Artikel 3 der Verordnung sagt: „Wenn bei der Auswahl der Schulbücher die Vertreter der Eltern und der Schüler in der Klassenkonferenz oder im Klassenrat einstimmig gegen die Einführung eines bestimmten Schulbuches sind, so ist in Anwendung des im zweiten Ab-

satz von Artikel 1 des D.P.R. vom 31. Mai 1974, Nr. 417, geäußerten Grundsatzes für Gutachten für das Lehrerkollegium bindend.“ Aus einem obligatorischen Gutachten des Klassenrates ist hier das Vetorecht einer Komponente dieses Gremiums geworden. Der erste Teil des zitierten Artikels von D.P.R. 417 wird hier weitweislich unterschlagen, nämlich die Garantie der Lehrfreiheit sowie deren Verständnis, wie es dort hervorgeht, wenn es heißt: „Die Ausübung dieser Freiheit ist dahin ausgerichtet, mittels einer offenen Auseinandersetzung kultureller Standpunkte die gesamte Heranbildung der Persönlichkeiten der Schüler zu fördern.“ Die Bestimmungen der Verordnung sind also nur so zu verstehen, daß man die Ablehnung eines Schulbuches von seiten der Eltern- und Schülervertreter von vornherein als juristisch wirksamen Beweis dafür erachtet, daß das stützliche und staatsbürgerliche Gewissen der Schüler durch das Buch verletzt wurde. Man macht es sich hier sehr leicht. Sicher ist der Landesausschuß auch juristisch nicht so naiv, daß er den Unterschied zwischen Antragspflicht und Vetorecht nicht unterscheiden könnte. Man muß schon eine Ader für Zynismus haben, wenn man solche Manöver mit Hilfe des Lehrwahrheitsartikels bewerkstelligt.

Aufgrund der Reaktionen, die dieses Vorgehen auslöste, rechtfertigte der zuständige Assessor die Bestimmung am 26. Mai in einem „Colloquio“-Artikel, der mit dem Datum des darauffolgenden Tages auch als Rundschreiben an alle Schulen ging. Jetzt wurde zwar der ganze Artikel 1 von D.P.R. 417 zitiert, die Argumentation blieb aber dieselbe; man betonte eben nur den zweiten Absatz (er ist gesperrt gedruckt). Die ganze Argumentation baut auf das primäre Erziehungsrecht der Eltern auf, denn es heißt dort (S. 4): „Die Schule soll und muß in der Erziehung lediglich helfen, das heißt die elterliche Erziehung aufgreifen, ergänzen, erweitern und vertiefen.“ Das ist nicht nur primäres Erziehungsrecht, sondern „absolutes“. Von einer offenen Auseinandersetzung verschiedener kultureller Standpunkte kann hier keine Rede mehr sein. Daher auch das Vetorecht, das diese ja verhindern soll. Assessor Zeiger hat sich zwar gegen diesen Terminus gewehrt, aber wie kann man ein bindendes negatives Gutachten, das nicht begründet zu werden braucht, anders nennen als ein Veto? Es wird in diesem Rundschreiben weiter ausgeführt, daß die Eltern ein Instrument in der Hand haben müßten, das ihnen erlaubt, ihr „primäres“ Erziehungsrecht durchzusetzen. „Auf die Wahl der Schulbücher bezogen, kann dies aber nur heißen, daß den Eltern, wenn sie einvernehmlich und geschlossen (an den höheren Schulen zusammen mit den Schülern) im Klassenrat (einbezogen alle Parallelklassen) sowie nach reiflicher Überlegung ein von Lehrper-

sonne vorgeschlagenes Lehrbuch (auch Skripten) ablehnen, das Revon eingebracht werden muß, diesen Revon wählen in der Vororkundzation, daß ihre willensäußerung für das Lehrerkollegium bindend wird.“ Diese Fassung ist in mehrfacher Hinsicht demagogisch. Zum ersten ist in der Verordnung nicht die Rede von Einstimmgkeiten in den Klassenräten aller Parallelklassen; zweitens ist zugunsten die Rede von reiflicher Überlegung, etwa in Form einer offenen Konfrontation mit den Lehrern oder einer schriftlichen Begründung (der Lehrer muß seine Verantwortliche schriftlich begründen); drittens wird hier aus einer Komponente eines Gremiums nach Gesetz Nr. 49 sozusagen ein neues Gremium. Der Assessor wundert sich sehr darüber, wie Lehrer hier von einer Verzerrung der Lehrfreiheit reden können, „nur deshalb, weil bei der Besprechung eines neu einzuführenden Buches Eltern konnten, nach welcher Prinzipien und auf welche Ziele hin sie bisher ihre Kinder erziehen haben und ihre Bedenken gegen ein Buch äußern, das diesen Grundsätzen widerspricht“. Man beachne „Kundzation“ und „Bedenken äußern“ für ein Veto! Aber es geht noch weiter: „Wenn Lehrer ihrer Berufsaufgabe gerecht werden wollen, sollten sie für diesen Hinweis dankbar sein.“ (Man beachne „Hinweis“ für ein Veto!) „Liegt ihnen wirklich an echter Erziehung der ihnen anvertrauten Kinder, so können sie nicht im Namen einer falsch verstandenen Lernfreiheit andere Ideale und Werte den Kindern andidringen, als diese dahau kennengelernt haben.“ Ist sich der Autor einer solchen Argumentation der Tatsache bewußt, daß er hier nicht nur der Perpetrierung des Überkommnen das Wort redet, sondern eventuell auch der Anarchie, dem völligen Verzicht auf den Staat?

Sicher ist der Begriff „Lehrfreiheit“ nicht leicht zu fassen, noch schwerer aber scheinen die Begriffe „sittliches und staatsbürgerliches Bewußtsein“ faßbar zu sein.

Aber auch andere Artikel schränken die Lehrfreiheit ein, nicht etwa nur in den Inhalten, sondern vor allem in der Methode. So etwa die Beschränkung auf einen Buchtitel pro Buchtyp für alle Parallelklassen. Der Staat ist hier viel großzügiger. Ein Ministerialrundschreiben vom 17. Jänner 1976, Nr. 15 (für Beveit in einem telegraphischen Zirkular bestätigt) sagt zur Einführung neuer Schulbücher folgendes: „Il collegio dei docenti coordinerà le proposte dei singoli docenti per arrivare a deliberazioni quanto più unitarie; in nessun caso, peraltro, potrà essere imposto a un docente la scelta di un testo a lui non gradito. Nel caso di classi di nuova istituzione dal 1. ottobre 1976, i docenti sceglieranno liberamente i testi da adottare tra quelli in corso di adozione nelle classi parallele.“ Hier sind also eindeutig mehrere Titel pro Buchtyp in den Parallelklassen vorgesehen. Das zitierte

Rundschreiben spricht von „opportunita“). Die eingeführten Lehrbücher für drei Jahre zu belassen, bei uns ist das eine feste Vorschrift.

Schwer angegriffen wurde auch die in Artikel 6 der Verordnung enthaltene Vorschrift für den Lehrer. Der sie Buch vorschlägt, „die Geistesströmungen, deren Ausdruck das Buch ist“, anzuzeigen. Die wissenschaftliche Fundiertheit des Buches braucht nicht aufgezeigt zu werden. Die Lehrer sind dazu werden sich also jetzt den Kopf zerbrechen, ob dieses Mathematikbuch nun einen katolischen oder einen marxistischen Geist atmet und ob Fremdsprachegrammatiken wissenschaftlich oder sozialistisch ausgerichtet sind.

Trotz allem aber ist die Verordnung nicht stümperhaft gemacht. Wenn man sie genau studiert und wenn man noch dazu die Praxis einbezieht, soviel man sie jetzt schon überblicken kann, so erreicht sie doch trotz plumper Argumentationen, trotz vieler Ungerechtigkeiten, trotz Gebetswunderlichkeiten den Zweck, Neuerungsführungen so zu erschweren, daß die Lehrer es sich lange überlegen werden, bevor sie das Wagnis auf sich nehmen. Sie müssen nämlich Schüler finden, die bereit sind, neben dem offiziellen Text einen zu erprobender dazuzukaufen und zu benutzen, sie müssen dann den besagten Bericht verfassen, wobei es ja Eltern- und Parteiorganisationen gibt, die auf die ideologische Gefährlichkeit von Büchern aufmerksam machen können; sie müssen darauf gefaßt sein, daß Schüler oder Eltern, die nichts gegen ein Buch einzuwenden haben (eventuell auch, weil sie es nicht genügend kennen oder die didaktische Anwendbarkeit nicht so durchschauen) unter Druck gesetzt werden – wie schon geschehen, und daß sie dann mit einem weiten, keineswegs zu den Lehrplänen passenden Text weiterarbeiten müssen. Lehrer, die als progressiv oder links stehend gelten, werden es demnach schwer haben, neue Texte einzuführen. Und damit wären wir beim springenden Punkt angelangt. In den Verhandlungen mit der Landesregierung, die die Schulfunktionäre bei Gelegenheit ihres Streiks am 1. Juni hatten, kam dies klar zum Ausdruck: es geht um links indoktrinierung – eine andere gibt es ja nicht, also ist die Verordnung darauf auch nicht anwendbar. Die Kurzsichtigkeit mit der man hier weltshühne Politik betreibt, ist beeindruckend. Daß man an einem mißliebigen Text noch viel einseitiger indoktrinieren kann, das hat man nicht bedacht – oder daß man, wenn man schon will, mit Hilfe dieses Textes – die Bibel eingeschlossen – indoktrinieren kann. Und daß die Tendenz zur Indoktrinierung indirekt proportional zu dem Freiraum ist, der einem überlassen bleibt.

Die Lehrer haben am 1. Juni in großer Zahl gegen diese Verordnung (und andere Sachverhalte) protestiert. Das

hat jedoch zu keinem Entzinken der Landesregierung geführt. Man hat zwar einige Versprechungen in anderen Angelegenheiten gemacht, aber was diese Verordnung betrifft, blieb man hart. Man hatte das Gefühl, die Landesregierung könne hier gar nicht mehr einlenken. So sehr hatte man sich schon an bestimmten Punkten verstaft, daß man sich jedes Nachgeben selber als Schwäche angekreidet hätte – aber auch daß bestimmte Gruppierungen auf die Landesregierung einen großen Druck ausübten.

Es wird hier unterstellt, daß die Lehrer – zumindest in vielen Fällen – einen geschlossenen Block bilden und gegen alles, was dem städtischen und staatsbürgerlichen Gewissen der übrigen Bevölkerung entspricht, anstürmen wollen. Dies läßt sich in der Realität in keiner Weise belegen. Wenn man aber gegen das vermeintliche – oder wirkliche – Verhalten einiger Exponenten der Species Lehrer mit solchen Maßnahmen vorgeht, dann schadet man damit der Schule weit mehr, als mißliebige Lehrer durch die Einführung ungeeigneter Lehrbücher es je vermöchten. Aber, wie geschehen, dient das ganze Verfahren ja nicht etwa dazu, didaktisch ungeeignete oder wissenschaftlich nicht fundierte Texte auszuschalten – und diese beiden Qualitäten allein dürfen, unserer Ansicht nach, die Annahme oder Ablehnung eines Textes begründen.

Die Schulfunktionäre (ausgenommen die SINASCELL) haben jedenfalls gegen die Verordnung Rekurs beim

## hans dietl

wie richtig war doch der Wunsch, man möge darauf verzichten, ihm kräftige abschließende und freudenschwellende ins grab nachzuweisen, dadurch würde die absurde situation vermieden, daß die ruhestätte jenes mannes, dessen haupttugend (und vielleicht auch hauptschwäche) eine bis zur letzten, bitteren konsequenz durchschaltene aufrichtigkeit war, zum unschlagplatz für wohlmeinende oder auch nur politisch bedingte lügen wurde.

ich habe immer wieder gestaunt über die unbedingte konsequenz, mit der er sich für ziele einsetzte, die er einmal als richtig erkannt hat; ich habe gestaunt über die kompromißlosigkeit, mit der er diese ziele verfolgte und dabei den mißerfolg und den eigenen schaden in kauf nahm, manchmal erschien er mir wie eine mischung aus jenem mann, den man uns früher als vorbild hingestellt hat, nämlich

Staatsrat eingereicht. Bis zur endgültigen Entscheidung kann es noch lange dauern. Inzwischen hat aber auch der Ministerrat die Verordnung wegen Kompetenzüberschreitung beim Verfassungsgerichtshof angefochten.

Die ganze Verfabrensweise zeigt einmal mehr, wie man in der autonomen Provinz Bozen mit gesamtstaatlichen demokratischen Erbgenschaften zu verfahren gedenkt: nämlich sie vor allem gegen jene anzuwenden, die sie erkämpft haben. Schon bei der Einsetzung der Mitbestimmungsgremien in der Schule hat man eine Verzögerungsaktik praktiziert; man hat ein Jahr gebraucht, um sie den hiesigen Gegebenheiten anzupassen, wie es hieß. Dabei waren die Änderungen gegenüber dem gesamtstaatlichen Dekret so gering, daß man sie in einigen Wochen auch hätte ausdiskutieren können. Den Landesschulrat hat man zwar eingesetzt, bevor die provinzialen Schulräte im übrigen Staatsgebiet eingeführt wurden – aber nur, um die drei Schulämter errichten zu können. Dafür hat man dort mehr ernannte Mitglieder als gewählte Lehrervertreter und weniger Kompetenzen als das staatliche Dekret für die übrigen Provinzen vorsieht. Von der Bildung der ebenfalls vorgesehenen Schuldistrikte sind wir noch weit entfernt. Es wäre irraurig, wenn die Landesregierung in diesem Stil weiterarbeitet, und die Betroffenen sich immer wieder nach Rom wenden müssen, damit die Autonomie, die wir alle wollen, nicht gegen uns gerichtet wird.

andreas hofer, und dem mann von la manche, denn er hat es nicht verstanden, die politik des möglichen zu machen, und als dann die zeit des verhandelns, des abwägens, des paktierens kam, was sein stil, politik zu machen, zum scheitern verurteilt, dies nicht rechtzeitig erkannt zu haben, war sein tragischer irrhum.

ich verdanke hans dietl viel, er war der erste politikler, bei dem ich das gefühl hatte, voll und ganz als gesprächspartner gewertet zu werden; dies, obwohl uns in der beurteilung mancher fragen welten trennten, er behandelte mich nie von oben herab als jemanden, mit dem man halt zu tun hat, den man aber nicht ernst zu nehmen bereit ist, denn er glaubte an die jugend (zu der ich damals noch zählte), von ihr verhoffte er sich jenen ehelichen einsatz, den er bei seinen etablierten politikerkollegen nicht finden zu können glaubte. ich denke, wir konnten seine erwartungen nicht ganz erfüllen, doch manche von denen, die es für ihre ehrenpflicht hielten, am offenen grab zu stehen, haben ihm zu lebzeiten recht herbe eintäuschungen zugefügt.

c. a.

## Der politische Terrorismus und die Verteidigung des Rechtsstaates

Die perfiden Gewaltakte der bundesdeutschen Terroristen haben starke Diskussionen entfacht und das politische Klima in der BRD zunehmend restriktiver werden lassen. Daß man die oppressiven Tendenzen einer solchen Entwicklung nicht unterschätzen darf, soll hier anhand einiger Gesichtspunkte aufgezeigt werden.

In einer Zeit und in einem Klima, in denen jeder linke Kritiker Gefahr läuft, durch seine publizistischen Produkte als Schreibtischtäter und Sympathisant des politischen Terrorismus zumindest kaltgestellt und für Redaktionen untragbar zu werden, findet der folgende Artikel sicherlich gerade auch in Südtirol nicht ungeteilte Zustimmung.

Ich wage ihn aber dennoch zu schreiben, ohne eine Vorbemerkung, wie man sie Günter Wallraff in seinem jüngsten Buch abgefordert hat: „Ich verabscheue Gewalt und Terror. Ich verurteile die Morde an von Drankmann, Buback und Ponto und den vier Begleitern Schleyers.“<sup>1)</sup> Ich werde auch kein P.S. an den Schluß setzen, wozu sich der bekannte österreichische Politologe Anton Pelinka veranlaßt sah: „Um Mißverständnisse zu vermeiden — Morde wie die an Buback oder Ponto oder an den Begleitern Schleyers sind in keiner Weise zu rechtfertigen. Schon gar nicht mit dem Hinweis auf politische Motive...“<sup>2)</sup> (beide Absicherungen wurden Mitte September geschrieben, zu einem Zeitpunkt also, als Schleyer selbst noch am Leben war).

Jedem Kenner dieser beiden Publizisten muß ein bloßer Verdacht an ihrer pazifistischen Grundhaltung und Integrität geradezu absurd erscheinen; aber leider stehen diese beiden Beispiele hier nur stellvertretend für die allgemeine Tendenz innerhalb der Linken. Jeder auch nur irgendwie engagierte Demokrat wird unter Rechtfertigungszwang gesetzt: Böll, Dürrenmatt, Dutschke, Marcuse, Fiwil, um nur die bekanntesten der sogenannten linken Literaten und Denker zu nennen, sahen sich veranlaßt zum Phänomen des bundesdeutschen Terrorismus ihre Stellungnahme abzugeben. Wenn auch die Analysen verschieden tief gingen, so war man sich in der Verurteilung der Auswüchse einig. Gleichzeitig wehrte sich aber auch jeder einzelne vehement dagegen, daß man die Ursachen eines individuellen Terrors im „geistigen Nährboden“ engagierter Linker sah!

Hier muß man auf die Gefahren rechter Argumentationen aufmerksam machen, die von Pauschalangriffen ge-

hen die Universitäten, wo es gelte den (Sympathisanten-)„Stumpf trockenzuhegen“, bis dahin reichen, daß man die Ursachen dieses politischen Terrorismus schon in einem allzu liberalen und sogar sozialistischen (?) Schulsystem suchte und zu finden vorgab. Damit wurde zu einer Hexenjagd gegen jedes politische Engagement liberaler und linker Prägung, gegen jede kulturelle und soziale Aufgeschlossenheit geblasen und eine Verteufelungskampagne gegen vor allem vermeintliche Sympathisanten initiiert. Der Erfolg war, daß es der Reaktion gelang, ein Klima zu schaffen, in dem jede demokratische Kritik diffamiert und in Terroristennähe gerückt wird!

Die dadurch erzwungene „freiwillige“ Selbstzensur trat hier ein übriges: in Theatern wurden sympathieverdächtige Stücke abgesetzt, Kinos machten dasselbe mit bestimmten Filmen (z. B. Claude Chabrols „Mada“). Kabarettbühnen, die ein sensibler Gradmesser politischer Repression sind, üben diese fatale „freiwillige“ Selbstzensur ebenso: Die Münchner „Lach & Schiefgesellschaft“ strich ihr ohnehin nur laues Programm „Im Namen der Direktion“ noch weiter zusammen, da die Sketche über die Polizeischarfschützen und einen Leibwächter nun plötzlich „hirn- und geschmacklos“ (Chef Drehsehl)<sup>3)</sup> geworden sind.

Sogar das ansonsten sehr gute und unerschrockene Münchner Kabarett „Rationaltheater“, das sich kaum ein Blatt vor den Mund nimmt, sah sich zu erläuternden Ausführungen zu einem Sketch, in dem unter anderem auch Schleyer vorkommt, gezwungen. Doch die Bilanz dieser rufmörderischen Hatz gegen „Sympathisanten“ ist noch weit umfangreicher: die Intendanten und Programmleiter der deutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten kippen brenzlige Sendungen aus dem Programm und schwächen andere ab, bzw. veranlassen die Wiederherstellung der „Ausgewogenheit“, wobei auch ruhig mal über die Ziele geschossen werden darf. So erdreiste sich auch der ORF-Mitarbeiter und selbst Autor von kritischen Texten, Gerhard Bronner, in einer Ö3-Musiksendung allen Ernstes zu behaupten. Liedermacher, Sänger und Kabarettisten wie Wolf Biermann, Franz Josef Degebarth, Klaus Hoffmann, die Gruppe Floh de Cologne, Ursula Oberst, Constantin Wecker, Georg Kreisler und Topsy Küppers seien mit ihren Texten und Liedern mitschuld am gegenwärtigen bundesdeutschen Terrorismus. Er spiele solche Lieder, meinte Bronner, als „Rechtfertigung“ seiner Sendung, „damit wir alle wis-

sen, wie wir dorthin gekommen sind, wo wir jetzt sind“<sup>4)</sup>.

In jeder kritischen Zeitanalyse wird damit nach Mitschuld und Sympathie gesucht, mit dem Erfolg, daß jeder Türstecher in der allgemeinen Psychose der Mitschuld verdächtigt zu werden oder zumindest ein Sympathisant zu sein.

Daß damit überhaupt erst jenes Klima geschaffen und verstärkt wird, das dem politischen Terrorismus seinerseits wieder ein Alibi und eine Scheinrechtfertigung verschafft, dürfte den Initiatoren wohl noch nicht aufgefallen sein.

Diese „bürgerliche“ Seite macht es sich mit ihrer Kampagne allerdings allzu leicht und zeigt einmal mehr, daß sie nicht bereit ist, zwischen links und links zu differenzieren. Golo Mann, ein bekannter Historiker, der sein getrübbes Bild von der bundesdeutschen Wirklichkeit allerdings von daher zu haben scheint, daß er in der Schweiz lebt, spricht allen Ernstes vom „nicht erklärten Bürgerkrieg“, was die bürgerlichen Blätter natürlich begierig aufgreifen und weiterspinnen.

Auf dem CSU-Parteitag konnte F.-J. Strauß offen zu Lynchjustiz gegen die „Sympathisanten“ aufrufen, zu denen „kritische Denker wie Gollwitzer, Brückner, Böll, Grass und sogar Brandt“<sup>5)</sup> gezählt werden, die die CSU-Hausillustrierte „Quick“ dann mit dem rufmörderischen Satz „die Bölls sind schlimmer als Baader-Meinhof“ denunzieren kann!

Daß in diesem „Übereifer“ auch ganze Institutionen und deren Vertreter wie etwa die Universitäten verunglimpft und verleumdet werden, wurde bereits angedeutet. Die Maßnahmen bzw. Forderungen reichen dabei von noch mehr Berufsverboten bis hin zur Auflösung und Suspendierung der verfaßten Studentenschaft (AStA) oder im Falle Filibingers, der sogar deren Abschaffung erwägt; oder auch als Variante zum Berufsverbot ein Studienverbot (!) für sogenannte Radikale, das für die Rechtswissenschaft erwogen wird. Damit werden aber die in Karikaturen schon manchmal heraufbeschworenen Affinitäten zur McCarthy-Ära in den USA immer deutlicher und beklemmender: die „Untriebe“ sind schon definiert, die (Berufsverbots-)„Ausschüsse“ existieren bereits!

Ein solches Klima, in dem kritische politische Äußerungen und Engagements verteufelt werden, in dem rechts sein immer mehr „in“ wird (Händler-Welle im Kino, am Bücher-

(Fortsetzung auf Seite 15)

1) Günter Wallraff: Der Aufmacher. Der Mann, der bei BILD Hans Esser war. Köln 1977. S. 9.

2) Extrablatt 2/77, S. 12.

3) Der Spiegel 42/77, S. 274.

4) ORF-Sendung „Schlager für Fortgeschrittene“ am 29. 9. 1977.

5) Wiener Tagebuch 11/77, S. 16.



## Südtirol unter dem Faschismus

Eine Stellungnahme zu Steurers Versuch, die Geschichte Südtirols unter dem Faschismus zu „entideologisieren“

Die letzte Nummer des SKOLAST brachte einen Aufsatz von Leopold Steurer mit dem Titel „Südtirol unter dem Faschismus“. Steurer setzte sich auch mit dem Buch von Alfons Gruber „Südtirol unter dem Faschismus“ auseinander. Wir hielten es für richtig und auch für interessant, Alfons Gruber um eine Erwiderung anzusprechen. Er hat uns — auf unser Ansuchen hin — den folgenden Beitrag zukommen lassen. Die Redaktion erlaubt sich, hier nochmals festzustellen, daß die einzelnen Beiträge die Meinung der Verfasser widerspiegeln, die sich nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion decken muß.

Leopold Steurer hat sich in der letzten Nummer des „Skolast“ in einem langen Artikel mit dem Faschismus in Südtirol beschäftigt. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen steht mein im Jahre 1975 in zweiter Auflage in der Verlagsanstalt „Athesia“ veröffentlichtes Buch — Steurer spricht verächtlich von einem „Büchlein“ — „Südtirol unter dem Faschismus“. Da sich Steurer in teilweise recht polemischer Form mit meiner Arbeit auseinandersetzt, kann eine Stellungnahme nicht ausbleiben. Ich hoffe, damit meinen Standpunkt zum Faschismus in Südtirol zu präzisieren und einen Beitrag zur Diskussion über dieses noch nicht bewältigte Stück Tiroler Geschichte zu leisten, das immer mehr in den Sog der Ideologie zu geraten scheint. Der Redaktion des „Skolast“ danke ich, daß sie mir die Möglichkeit zu einer Stellungnahme geboten hat wenn auch mit dem Hinweis, mich dabei aus Platzgründen auf fünf bis sieben Manuskriptseiten zu beschränken. Immerhin kann ich damit wenigstens auf einige Schwerpunkte der Steurerschen Philippika eingehen.

### Der politische Terrorismus ...

(Fortsetzung von Seite 14)

und Plattenmarkt, Aufstieben neonazistischer Bewegungen...) kann gerade für Deutschland sehr gefährlich werden, da auch breite politische Kreise, die vorher sicherlich nicht neonazistisch waren, von demokratischen Positionen nach rechts, vom Rechtsstaat weg auf den „starken Staat“ zureiben! Der schon jetzt offenkundige Mangel an Liberalität und die massierte Formierung der Herrschaftsordnung kann für eine brüchige Demokratie der erste Schritt weg vom Rechtsstaat sein.

So könnten die Terroristen auf Umwegen doch noch ihr Ziel erreichen, den „faschistischen Staat zu entlarven“, nämlich indem sie denen ein Argument liefern, ihn aufzubauen, die den Rechtsstaat zu vernichten vorgehen!

Steurer beginnt seine Ausführungen mit dem nicht geringen Anspruch, Tiroler Geschichte zwischen Ideologie und Wissenschaft zu analysieren. Seiner Meinung nach erweitere sich Jahr für Jahr in beängstigender Anzahl die Reihe jener „reaktionär bis nostalgisch in die Form von Heimats-, Berg-, Soldaten- oder Kriegsromane gekleideten Publikationen, die das „tragische“ Geschehen um Südtirol vom Ersten Weltkrieg, über die Annexion an Italien und die Zeit der italienischen Fremdherrschaft bis heute“ behandeln. Auch Nordtiroler und Südtiroler Politiker bliesen in das gleiche reaktionäre Horn, insbesondere wenn bei historischen Gedächtnisreden von der Zeit der faschistischen Unterdrückung gesprochen werde. So hätten die SVP-Politiker Karl Oberhauser und Karl Vaja bei der 30-Jahr-Feier der Befreiung vom Faschismus und Nationalsozialismus im Frühjahr 1975 vor dem Regionalrat bzw. vor dem Südtiroler Landtag nicht nur den Nazifaschismus verurteilt, sondern auch vor dem „linken Faschismus“ gewarnt und damit nach Steurer eine längst überholte Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus unternommen. Auch die „alte abgedroschene Phrase“, daß der Nationalsozialismus im Vergleich zum Faschismus für die Südtiroler das geringere Übel gewesen sein soll, werde immer noch gebraucht.

Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus mag für Leute à la Steurer überholt und unzeitgemäß sein. **Aber wer vom Faschismus spricht, darf über den Kommunismus nicht schweigen!** Beide Systeme gründen auf brutale Gewalt und beide versuchen, alle Bereiche des öffentlichen Lebens und viele des privaten in totalitärer Manier zu monopolisieren. Da stehen die heutigen kommunistischen Gewaltssysteme Osteuropas etwa jenem in Chile in keiner Weise nach, auch wenn wegen der Verbanung von sowjetischen Regimekritikern in sibirische Arbeitslager auf Italiens Straßen noch nicht demonstriert wurde. Die Würde und Freiheit des Menschen wird unter dem faschistischen Beil genauso unterdrückt wie unter dem kommunistischen Hammer. Es ist des-

wegen völlig unverständlich, wenn Steurer den Teufel mit dem Beelzebub austreiben will und anzugeben glaubt, der Faschismus müsse mit dem „organisierten Widerstandskampf der Arbeiterbewegungen“ bekämpft werden. Wie groß ist die Freiheit in der Sowjetunion oder in der DDR, seit die „Arbeiterräte“ an der Macht sind?

Da muß in der Tat die Frage gestellt werden: cui bono? Wenn soll das Ganze nützen?

In Südtirol gibt es heute noch keine organisierte Arbeiterbewegung im Sinne von Steurer, geschweige denn hat es in den zwanziger oder dreißiger Jahren eine gegeben. Dazu hatte dieses Land eine viel zu ausgeglichene Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Von dieser linken Klassenkämpferischen Windmühlenperspektive aus antifaschistische Geister beschwören zu wollen, ist unrealistisch und unsinnig. Daraus aber einen „hilflosen irrationalen Antifaschismus“ ableiten zu wollen, ist ideologische Demagogie und weit entfernt von jener Wissenschaftlichkeit, die Steurer für seine Thesen beansprucht. War es vielleicht ein hilfloser Antifaschismus, wenn im Lande trotz größter Gefahren ein weitverbreitetes Netz von Katakombenschulen aufgebaut wurde und Folonaci nach zehn Jahren grausamer Entnationalisierungspolitik in seinem „Archivio“ feststellen mußte, daß es auch in hundert Jahren nicht gelingen würde, aus Südtirolern Italiener zu machen?

Dabei wird Steurer nicht leugnen können, daß die Faschisten in Südtirol mit nationalstischer Überheblichkeit eine grausame und gewaltsame Italianisierung durchzusetzen versuchten, die ein Verbrechen gegen überlieferte Sprache und Kultur bedeutete. Menschen, die diese Zeit selbst erlebt haben, werden ihm ein Lied davon singen können. Sprache und Kultur sind historisch gewachsene Güter; ihre Pflege und Förderung gehört zu den elementaren Rechten eines Volkes. Das Schicksal einer nationalen Minderheit hängt unmittelbar damit zusammen. Aber Kultur und Tradition können einem Mann wenig bedeuten, für den Geschichte offensichtlich ausschließlich das Ergebnis von sozioökonomischen Zusammenhängen ist. Da muß geschichtlich gewachsene Tradition und Kultur zunächst einmal zerstört werden, damit auf ihren Trümmern die neue, angeblich „progressive“, Kultur errichtet werden kann.

Steurer tut sich offensichtlich schwer, sich mit den Inhalten jener geschichtlich gewordenen Kultur zu identifizieren, die in den zwanziger und dreißiger Jahren mit so viel Einsatz verteidigt worden ist. Ihm bedeutet es wenig, daß die Südtiroler damals in einem wahrhaft heldenhaften Kampf ihre nationale Eigenart gegen den nationalstischen Ungeist der Faschisten verteidigt haben. Vermutlich wird er es vermissen, daß damals die „organisierte Arbeiterbewegung“ nicht

mit von der Partii war. Deswegen ist es von seiner Sicht aus auch verständlich, daß er eine scharfe und eindeutige Verurteilung der faschistischen Ernationsalisierungspolitik als moralisierend-psychologisierende Phrase abtut. Denn Kampf gegen den Faschismus muß für ihn Klassenkampf sein.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch der Terminus vom „irrationalen hilflosen Antifaschismus“ neue Konturen: Irrational und hilflos ist für ihn, wer nicht Arm in Arm mit der „organisierten Arbeiterbewegung“ marschiert. Hier muß auch der Bogen zu dem von Steurer erhobenen Anspruch, Tiroler Geschichte zwischen Ideologie und Wissenschaft analysieren zu wollen, weitgespannt werden: Wissenschaft betreiben heißt für „progressive“ Historiker à la Steurer, den Menschen als Ergebnis sozioökonomischer Strukturen zu sehen, ganz gleich auf welcher völkischen Grundlage. Wer den Menschen und die Geschichte nicht in dieses deterministische weltanschauliche Korsett pressen will, betreibt nach Steurer Ideologie, ist reaktionär, nostalgisch und pseudowissenschaftlich. So einfach ist das!

Für Steurer ist die Leistung der Südtiroler während des Faschismus, ihr Abwehrkampf gegen die politische, sprachliche und kulturelle Unterdrückung der faschistischen Machthaber nebensächlich. Volkstum ist für ihn kein Wert. Gewaltsame Unterdrückung des Volkstums keine Beschränkung der Freiheit. Deswegen begreift er auch nicht, daß die Südtiroler während der zwanzig Jahre faschistischer Herrschaft „im treuen Bekenntnis zum angestammten Volkstum die Ideale der Freiheit verteidigt haben!“ Niemand wird heute noch ernsthaft behaupten, daß „deutsch“ gleich „frei“ sei. Diese Argumentation gehört schon deswegen in die Mottenkiste, weil es heute zwei deutsche Staaten gibt und in Deutschland heute die Freiheit an der Berliner Mauer und am Eisernen Vorhang endet. Aber auch „progressive“ Elemente wie Steurer werden nicht leugnen können, daß man einem Volk ein sehr wesentliches Stück seiner Freiheit nimmt, wenn man auf gewaltsame Weise seine Sprache und Kultur unterdrückt und mit diesen Gewalttaten bereits beim „fallenden Kind“ beginnt. Die Sprache ist die Seele eines Volkes, das läßt sich auch mit sozioökonomischen Argumenten nicht wegdiskutieren. Wer die Sprache eines Volkes oder gar einer nationalen Minderheit auszurotten versucht, begeht ein Verbrechen gegen die Menschenrechte. Kampf gegen dieses Verbrechen ist also auch Kampf für die Freiheit.

Steurer wirft Reut-Nikolussi und seinen Freunden vor, für sie sei diese Freiheit auch in einem parlamentarisch-liberalen Italien niemals denkbar gewesen, sondern einzig allein durch eine Grenzrevision. Auf die Herstellung der Brennergrenze, also auf den

Anschluß an Österreich und nicht auf den Sturz des faschistischen Systems in Italien sei also der Südtiroler Widerstand ausgerichtet gewesen. Abgesehen von der Tatsache, daß die ersten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Südtiroler bereits vor der Machtergreifung des Faschismus in Italien erlassen wurden und die Südtiroler auch nach dem Sturz des Faschismus immer wieder bitter erfahren mußten, wie wenig das liberal-parlamentarische Italien ihren Sonderstatus zu respektieren gewillt ist, wird wohl festgestellt werden müssen, daß die Südtiroler gegen ihren Willen zu Italien gekommen sind. Italien hat in Südtirol eine Volksabstimmung nicht zugelassen, wohl wissend, daß sich eine überwältigende Mehrheit gegen den Anschluß an diesen Staat ausgesprochen hätte. Viele Südtiroler haben im Ersten Weltkrieg an der italienischen Front mit dem Einsatz ihres Lebens für ihr österreichisches Vaterland gekämpft. Es wären in der Tat „vaterlandlose Gesellen“ gewesen, hätten sie zehn oder zwanzig Jahre nach Kriegsende bereits ihr Vaterland verlassen. Bekenntnis zu Österreich bedeutete für sie Bekenntnis zum historisch gewachsenen Volkstum, das durch die gewaltsame Ernationsalisierungspolitik der Faschisten gefährdet war. Es war deswegen durchaus legitim, daß der Südtiroler Widerstand auf die Rückkehr zu Österreich ausgerichtet war. Die überwältigende Mehrheit der Südtiroler wollte zu ihrem Vaterland zurück, von dem sie gegen ihren Willen durch den Friedensvertrag von St. Germain abgetrennt worden waren.

Dies gilt auch noch, als im Jahre 1933 Hitler in Deutschland an die Macht kam, und auch noch im Jahre 1938, als die NS-Truppen in Österreich einmarschierten. Da Österreich nun seine Souveränität verloren hatte, mußten sich die Südtiroler, wollten sie ihren Volkstumskampf und damit sich selber nicht aufgeben, an Deutschland anlehnen, denn es mußte klar sein, daß sie ohne Unterstützung von seitens des deutschsprachigen Auslandes auf längere Sicht dem faschistischen Ernationsierungsdruck nicht standhalten konnten. Aber nach Deutschland orientierten sie sich nicht deswegen, weil in Berlin oder München oder Innsbruck nun Nationalsozialisten in

der Regierung saßen, sondern weil sie von Menschen, denen sie durch gemeinsame Sprache und Kultur verbunden waren, Hilfe im Kampf gegen die faschistische Ernationsierungspolitik erbittert. Für sie galt Volkstum mehr als Ideologie.

Der Kampf um die Erhaltung des Volkstums bildet schließlich auch den wichtigsten Schlüssel zum Verständnis des Optionsergebnisses. Wie bekannt ist, haben sich auch der Berliner Übereinstimmungsvereinbarung zwischen Rom und Berlin 86 Prozent der optionsberechtigten Südtiroler Bevölkerung für die Auswanderung entschlossen. In meiner Arbeit über den Faschismus habe ich nachzuweisen versucht, daß diese Südtiroler ihre Heimat nicht aus Solidarität mit dem nationalsozialistischen Gedankengut verlassen wollten, sondern weil sie — durch fünfzehn Jahre faschistische Gewaltpolitik müde gemacht — den Fängen Mussolinis, Follomias und ihrer Gesinnungsgenossen entkommen wollten. Dabei ist nie bestritten worden, daß auch die Propaganda der Nationalsozialisten eine gewisse Rolle gespielt haben mag, aber die große Mehrheit der Südtiroler hat ja nicht für den Nationalsozialismus als Ideologie optiert, sondern für die deutsche Staatsbürgerschaft. Österreich gab es als Staat nicht mehr. Der moralische und wirtschaftliche Druck der Faschisten war nahezu unerträglich geworden. Zudem die schreckliche Aussicht, in die Poebene angesiedelt zu werden, war sich entschied, im Lande zu bleiben. Unter diesen Voraussetzungen war für die Südtiroler die Option für die deutsche Staatsbürgerschaft — so schien es — noch die beste Garantie, das eigene Volkstum zu erhalten.

Dieser These muß nach Steurer zustimmen, wenn er schreibt, daß „die Erfahrungen der faschistischen Unterdrückung als sehr wichtiges Motiv (sich) für das Optionsergebnis anzusehen sind.“ Damit kommt auch er zum Schluß, daß die faschistische Unterdrückungs- und Ernationsierungspolitik ein sehr wichtiger Schlüssel zum Verständnis des Optionsergebnisses ist. Dies ist erstaunlich, wenn man bedenkt, daß Steurer mit so viel „fra et studio“ den angeblich geheimen Verbindungen zwischen Südtirolern und Nationalsozialisten nachzuspüren suchte und an den Zielen und Auswirkungen der faschistischen Ernationsierungspolitik in Südtirol weniger interessiert zu sein scheint. Damit hat sich Steurer in einer der zentralsten Fragen der gesamten Auseinandersetzung um den Faschismus in Südtirol auf einen Standpunkt eingependelt, der durch meine Arbeit über den Faschismus „wiederlich bewiesen werden sollte“ und schon mehr als zehn Jahre alt ist!

Ob Steurer da nur Trittbrettfahrer ist oder am Ende auch „nostalgisch, reaktionär und pseudowissenschaftlich“?

### GSG 33

*„Im Jahre 1943 airmete Schlanders mit dem ganzen Lande auf, als die deutschen Truppen einmarschierten und die Freiheit für Sprache und Schule erbrachten.“*

*(Baldauf Hanssapp, Festschrift 900 Jahre Schlanders)*

# In eigener Sache

Die Neuwahl zum Vorsitzenden im Juli dieses Jahres und die Genehmigung des Programmes im September haben die politische Linie der SH, die seit etlichen Jahren verfolgt wird, bestätigt.

Die fortschrittlichen Kräfte haben trotz massiver Vorstöße konservativer und SVP-inspirierter Kräfte die Mehrheit behalten.

Trotz der bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen Position der SH erscheint es mir notwendig, bestimmte Ansatzpunkte und Zielvorstellungen innerhalb der ausschlußfreien Klarlegung, um konkrete Ausgangspunkte für die weitere Arbeit zu schaffen.

Bevor aber dieser Themenkreis näher erörtert werden kann, muß zuerst die Frage nach den Prioritäten, gewerkschaftliche Interessenvertretung — Gesellschaftspolitik, geklärt werden.

Eingangsinteressen können nur durch langfristige Strategien effizient vertreten werden und müssen inhaltlich determiniert sein. Da Inhalte nicht ideologiefrei sein können, ist die Haltung, mit der etwas erreicht werden soll, zwangsläufig eine politische.

Deshalb sind die beiden Aktivitäten, nämlich gewerkschaftliche Interessenvertretung und Gesellschaftspolitik, nicht sich einschränkende oder ausschließende, sondern sich bedingende und ergänzende. Beispiel: Wer bei einer engen Verflechtung von Macht und Bildung eine Änderung der Bildungspolitik herbeiführen will, muß notgedrungen auch auf eine Änderung der Machtverhältnisse hinarbeiten.

Somit erklärt sich für mich die Frage nach den Prioritäten von selbst. Wer dennoch glaubt, auf seinem Standpunkt beharren und die SH in ein enges Korsett der reinen Interessenvertretung zwingen zu müssen, erreicht sicherlich nicht, daß die SH für viele attraktiver wird, sondern bezweckt ein Zweifaches:

Erstens würde eine derartig strikte Trennung der beiden Bereiche für die SH einen erheblichen Substanzverlust zur Folge haben, und zweitens spekuliert man mit einer solchen Haltung auf gutnachbarliche Beziehungen zur SVP (und klarerweise JG). Dadurch würde man indirekt die konservativ-reaktionären Machtverhältnisse bestärken, wenn nicht gar unterstützen.

Als Vergleich diene hier ein Pferd mit einem Reiter. Hinten zieht man am Pferdeschwanz, um den Reiter durch das Aufbäumen des Tieres aus dem Sattel zu werfen, vorne aber hält man die Zügel, damit der Reiter nicht vom Pferd fällt.

Sowohl zu den Prioritäten, gewerkschaftliche Vertretung — Gesellschaftspolitik.

Wesentlich komplexer ist die Frage nach der politischen Zusammensetzung des SH-Ausschusses und somit nach der politischen Linie der SH. Der Vorsitzende und der von ihm gebildete Vorstand drücken der ganzen Organisation zwangsläufig den politischen Stempel auf.

Nun ist es innerhalb des SH-Ausschusses (und somit innerhalb der gesamten SH, da sich der Ausschuss aus dem Willen jedes einzelnen Studenten rekrutiert) so, daß man nicht von zwei antagonistischen Blöcken, Mehrheit und Minderheit, sprechen kann, die eine in sich geschlossene Einheit mit einer klar umrissenen, homogenen politischen Linie bilden.

Dies zu behaupten würde jeder Realität zuwiderlaufen und der Organisation als Sammelbecken aller Studenten abträglich sein. (Dessen ungeachtet hat man es seit jeher vermieden, überhaupt von Mehrheit und Opposition innerhalb der SH zu sprechen, um den De-facto-Anspruch auf Gesamtvertretung der Studenten auch in gesellschaftspolitischen Fragen nach außen hin zu wahren. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, dieses Versteckspiel endlich aufzugeben, keineswegs aber auf starre Fraktionsbildungen hinzuwirken). Trotz dieser, real bestehenden, verschiedenen politischen Konzeptionen innerhalb der Ausschlußmehrheit, die aber summarisch als fortschrittlich zu bezeichnen sind, gibt es wesentliche Ausgangspunkte, die in der Zielsetzung ein gemeinsames Agieren zulassen und

fördern, z. B. studentische Interessen in fortschrittlicher, sozialer und demokratischer Weise zu vertreten, die Unabhängigkeit jeder Partei gegenüber zu wahren, kritisches Element sowie aufklärende und mitwirkende Kraft im gesellschaftlichen Prozeß innerhalb der Südtiroler Bevölkerung zu sein, gemeinsames Auftreten gegen rundernde Haltungen, die Förderung nach Mitspracherecht in den Bereichen der Schul- und Hochschulpolitik, Studien- und Berufsplanung, Kultur- und Gesellschaftspolitik, gemeinsames Eintreten für universitäre Strukturen in Bozen, Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Volksgruppen usw.

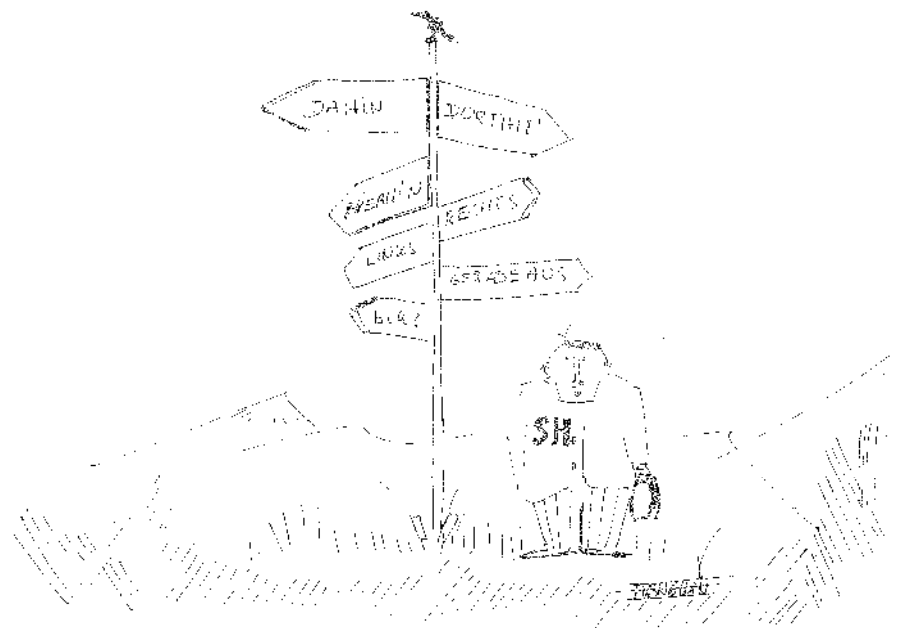
Diese Aufzählung erhebt nicht den Anspruch, eine Taxative zu sein, zeigt aber auf, daß man im Rahmen dieser Zielsetzung anderen politischen Meinungsverschiedenheiten eine untergeordnete Rolle zuweist. Dennoch bestehen einige Tücken für die Ausschlußmehrheit: Die überaus starke Präsenz der Opposition hat die fortschrittlichen Kräfte noch etwas näher zusammenrücken lassen, um nicht durch unbedachte Vorgangsweisen knappe Abstimmungslösungen einstecken zu müssen.

Dadurch ist die Gefahr gegeben, daß nur noch fraktionsmäßig und mechanisch abgestimmt wird, ohne sich mit der Thematik einzelner Probleme eingehender zu befassen und auseinanderzusetzen.

Die Aktivitäten auf Argumentationsebene aber — auch bei bestehender Mehrheit — der Opposition überlassen, könnte zu unliebsamen Überraschungen führen!

Ein Wort zur Zusammensetzung des Vorstandes: Der Vorwurf der Opposition, der Vorstand bestehe nur aus Komponenten der Mehrheit, stellt für mich keinen Vorwurf dar, sondern spiegelt die gegebenen Machtverhältnisse in der SH wider.

(Fortsetzung auf Seite 18)



# vereinnahmt

es ist noch nicht so lange her, da hat der damalige SH-vorsitzende kronbichler von einem „putsch“ der svp-jugend gegen die SH geredet, man hat damals die zeichen der zeit richtig erkannt, wie auch die neue zusammensetzung des ausschusses beweist, doch während von dieser seite die unabhängigkeit der SH durch einen sturm von innen — über wahlen usw. — strategiefunden hat & auch weiterhin stattfinden wird, wird gleichzeitig die SH von außen her vereinnahmt, wie — das möchte ich an drei beispielen erläutern:

1. wurde die SH früher von den südtiroler massenmedien in ein falsches licht gestellt, so rückte sie das bild wenigstens im nachhinein zurecht — oder versuchte das zumindest, jetzt schweigt sie dazu.

2. als einzige stimme des dissensus in südtirol wird die SH in einem zum teil sehr treffenden artikel der zeitung „affari esteri“ bezeichnet, weil sie sich gegen eine deutschnationale südtirolpolitik stellt, dem kann man nur beistimmen, wenn die lobworte aber von einem artikelschreiber kom-

men, der zur begründung der brennergrenze anführt, daß es auch eine wasserscheide ist & dem zur industrialisierung südtirols unter dem faschismus nichts anderes zu sagen einfällt, als daß da eben deutsche arbeitskräfte gefehlt hätten, so frage ich mich, warum man es versäumt, sich von solch intoleranter haltung zu distanzieren.

3. schließlich redet das südtiroler kulturzentrum von zwei projekten, in südtirol eine alternativzeitung aufzuziehen, das eine projekt, dessen kosten sich auf ca. 30 bis 35 millionen lire belaufen, stütze sich „auf die basis der demokratischen organisationen (SH, SK usw.) und der gewerkschaften“, nun würde mich interessieren, ob die SH, die hier an erster stelle steht, tatsächlich einen solchen vorschlag gemacht bzw. ihm beigestimmt hat, was ich mir angesichts der schlechten finanzlage kaum denken kann.

zusammenfassend meine ich: es ist sicher sehr wichtig, die vereinnahmung der SH durch eine partei zu verhindern, darüber sollte man aber

nicht vergessen, daß man auch von anderen seiten vereinnahmt werden kann, darum ist es auch hier wichtig einmal stellung zu beziehen, was man nicht zuletzt auch den mitgliedern schuldig ist.

pepi c

## stellungnahme des vorstandes

die kritik pepi tinkhausers ist zumindest in einigen punkten berechtigt, dazu einige hinweise.

zum ersten punkt muß festgestellt werden, daß vereinnahmisse vorliegen, so z. b. im falle der berichterstattung der dolomiten und des katholischen sonntagsblattes zur studientagung & zum dolomitenbericht über die erste ausschussitzung dieses jahres, was wurde beim katholischen sonntagsblatt privat interveniert & auch die aussicht auf veröffentlichung von richtiger stellungen ist gering, dennoch darf hier kein versuch einer stellungnahme angesehen bleiben.

zum zweiten punkte, betreffend den artikel in „affari esteri“, ist eine differenziertere auseinandersetzung mit der thematik bereits in ausarbeitung & wird im nächsten skolast erscheinen, zur art der berichterstattung in den dolomiten über diesen artikel wurde eine sofortige stellungnahme leider versäumt.

zum dritten punkte ist zu sagen, daß pepi tinkhauser recht in seiner annahme geht, daß die sh einen solchen vorschlag weder gemacht noch ihm beigestimmt hat, von seiten der sh wurde immer (auch in der das zeitungsprojekte betreffenden sk-versammlung) gesagt, daß man das projekte einer alternativzeitung prinzipiell befürwortet, jedoch darüber in der sh erst diskutieren kann, sobald konkrete unterlagen vorliegen.

es muß in zukunft verstärkt darauf geachtet werden, daß durch solche vereinnahmisse nicht der eindruck entsteht, die sh könnte in irgendeiner weise vereinnahmt werden, jedem — wie immer geartetem — versuch einer vereinnahmung muß entschieden entgegengetreten werden.

der vorstand

39100 Bozen  
Wolkensteingasse 4  
Tel. (0471) 2 15 82

GRAFISCHER BETRIEB

FOTOSATZ  
MASCHINENSATZ  
BUCHDRUCK  
OFFSETDRUCK  
BUCHBINDEREI



FERRARI-AUER

(Fortsetzung von Seite 17)

Ein undemokratisches Verhalten liegt schon deshalb nicht vor, weil das Statut dem Vorsitzenden die Möglichkeit einräumt, den Vorstand nach seinem Gutdünken zu besetzen. Und dies muß auch von der Minderheit akzeptiert werden. Zudem hat der Ausschuss die Zusammensetzung des Vorstandes durch einen Mehrheitsbeschluß legitimiert. Und letztlich ist doch immer der Ausschuss als willensbildendes Organ der SH ausschlaggebend, denn nur dort werden Entscheidungen gefällt, die die gesamte SH betreffen.

# Tätigkeitsbericht des Vorstandes

Geschäftsjahr 1976/77

Dieser Bericht soll Rechenschaft über die im Geschäftsjahr 1976/77 geleistete Arbeit geben.

Im abgelaufenen Jahr hat der Vorstand versucht alle Aufgaben nach den Grundsätzen und Leitlinien zu erfüllen, die er zu Beginn des Geschäftsjahres erarbeitet hatte. Auf gewerkschaftlichem, kultur- und gesellschaftsmäßigem Gebiet sollten die Studenten in Südtirol als Gesellschaftsschicht wirksam werden. Der Kontakt mit der Basis in den Ortsgruppen sollte dabei immer im Vordergrund stehen. Aus diesem Grund trat sich der Vorstand in den Weihnachtsferien zu einer Diskussion über grundsätzliche Fragen (das „Selbstverständnis“ der SH — die kulturelle Arbeit in der SH — Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen — Stellung zur italienischen Volksgemeinschaft — Verhältnis zu den Parteien). Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung wurden an die einzelnen Ortsgruppen weitergeleitet und dort diskutiert. Der Vorstand hat sich in seiner Arbeit an die Ergebnisse der Diskussion gehalten.

## 1. Information

Ein wichtiger Programmpunkt beschäftigte sich mit dem Thema Information. Der Informationsfluß zwischen Zentrale und Ortsgruppen sowie zwischen den einzelnen Ortsgruppen sollte intensiviert werden. Der Vorstand glaubt, daß einzelne Initiativen dazu beigetragen haben, die Situation zu verbessern:

— Um den Anschlußmitgliedern die Möglichkeit zu bieten, die Ortsgruppe bereits vor den Ausschusssitzungen eingehend über die zur Debatte stehenden Themen zu informieren, wurde der Einladung jeweils ein kurzer Tätigkeitsbericht beigelegt.

Die Vorsitzende war jeden Freitag nachmittags im Sekretariat zu erreichen. Dadurch war auch die Möglichkeit gegeben, verschiedene Probleme persönlich zu besprechen. Leider wurde davon trotz mehrmaliger Bekanntmachung relativ wenig Gebrauch gemacht.

— Ortsgruppenbesuche dienen dazu, über verschiedene Themen besser zu informieren und den Kontakt zu verbessern. Gemeinsam mit der Sekretärin besuchte die Vorsitzende die SR-Gruppen in Innsbruck, Salzburg, Wien, Genua, Verona, Florenz und Bologna.

— Die einzelnen Ortsgruppen wurden dazu aufgefordert, sich gegenseitig über ihre Aktivitäten am laufenden zu halten. Dadurch wurde es möglich, verschiedene Aktivitäten zu koordinieren, Arbeitskreise zu bestimmten Themen auf einer breiteren Basis zu organisieren, Veranstaltungen gemeinsam zu planen.

— Um diese Fragen eingehender zu besprechen, organisierte der Vorstand ein Treffen, zu dem alle Verbindungsleute, ihre Stellvertreter und Interessierte eingeladen waren. Das Treffen fand Mitte Februar statt. Folgende Themen standen zur Diskussion:

Bildung von Arbeitskreisen in den einzelnen Ortsgruppen, besonders im Hinblick auf die Studententugung über das Jugendproblem im Herbst 1977;

Vorschläge zur Koordinierung der Kulturarbeit in den Ortsgruppen.

Mit diesen Initiativen hoffen wir, neue Impulse für eine engere Zusammenarbeit gegeben zu haben. Allerdings wird es nötig sein, diese Ansätze weiter auszubauen und die Ortsgruppen aufzufordern, noch intensiver daran mitzuarbeiten.

## II. Gewerkschaftliche Tätigkeit

### Stipendien

Die Frage der Stipendien stand in diesem Jahr immer wieder im Vordergrund. Es herrschte große Unklarheit, Informationen und Anweisungen änderten sich dauernd.

Anlaß war die — im Prinzip begrüßenswerte Tatsache — daß das italienische „pre-salarario“ nun auch an italienische Staatsbürger, die im Ausland in ihrer Muttersprache

(Muttersprache) studieren, ausbezahlt werden sollte. Durch diese Maßnahme sollten auch die österreichischen Geldgeber entlastet werden. Die SH informierte alle österreichischen Ortsgruppen über die neue Sachlage, je ein Vertreter des Assessors für Schule und Kultur und des Südtiroler Kulturinstitutes erklärten den Vollversammlungen die neue Situation.

Trotzdem schlug die Initiative fehl, da eine Verordnung zu berücksichtigen war, die besagt, daß Studenten, die den „pre-salarario“ beziehen, keine weitere Unterstützung in Anspruch nehmen dürfen. Das Südtiroler Konzept war aber darauf aufgebaut, das relativ niedrige „pre-salarario“ durch österreichische Gelder zu der üblichen Höhe anzugleichen.

Mehrmals forderte die SH die zuständigen Stellen auf, das Problem für das Studienjahr 1977/78 einer Lösung zuzuführen. Schließlich wurde bei der Ausschlußsitzung am 4. Juli eine Resolution verabschiedet, in der der Ausschuß fordert, möglichst rasch Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, da es nicht angehe, daß finanziell schlecht situierte Studenten in großer Unsicherheit atzuzugang auf eine Entscheidung warten müssen. Man schlug vor, eine Kommission mit der Behandlung des Problems zu betrauen. Dieser sollten Vertreter aller Gremien angehören, die bisher Stipendienfragen behandelt haben. Die SH betonte, daß sie Wert darauf legen würde, in dieser Kommission auch vertreten zu sein.

Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß das Problem in keiner Weise einer Lösung näher gebracht wurde. Für das Studienjahr 1977/78 bleibt alles beim alten; alle Neuerungen wurden vorläufig aufgehoben.

Es wird Aufgabe der SH bleiben, in dieser Angelegenheit weiterhin aktiv zu sein, um zu vermeiden, daß sich im kommenden Jahr dieselbe untragbare Situation wiederholt.

Dem Landesausschuß schickte der SH-Ausschuß eine Resolution zu, in der zum wiederholten Mal gegen die verspätete Auszahlung der Landesstipendien für Südtiroler im Inland protestiert wird.

Auch in diesem Jahr war es möglich, zehn Dissertanten eine Beihilfe der Südtiroler Landessparkasse zu vermitteln. Besonders erfreulich war die Tatsache, daß der Betrag von 250.000 auf 300.000 Lire erhöht wurde. In diesem Jahr wurde die Unterstützung folgenden Studenten zugesprochen:

Hilde Chiva, Josef Duregger, Fritz Ebensperger, Tobias Flatscher, Renate Meyer, Josef Niedermair, Hans Jörg Ranalter, Siegfried Seebler, Christine Spless, Alois Werner.

Am 8. April 1977 nahm die Vorsitzende die Beihilfen im Namen der Studenten in Empfang und sprach dem Präsidenten der Südtiroler Landessparkasse, Dr. Brandstätter, den aufrichtigen Dank aller betroffenen Dissertanten aus.

Gleichzeitig hielt es die Vorsitzende für ihre Pflicht, die Landessparkasse darauf aufmerksam zu machen, daß die Anzahl der Gesuche um eine Beihilfe ständig steige und daß es immer schwieriger werde, besonders Bedürftige auszuwählen. Im Gesuch für das kommende Studienjahr wird die Landessparkasse daher ersucht, die Anzahl der Stipendien nach Möglichkeit zu erhöhen. Da die Kosten für die Erstellung einer Dissertation ständig steigen, wird die Landessparkasse außerdem gebeten, auch eine Erhöhung der einzelnen Beträge in Erwägung zu ziehen.

Bei Gesprächen mit dem italienischen Generalkonsul in Innsbruck und dem Vizeerziehungsminister wurde wieder auf die Möglichkeit hingewiesen, Südtirolern, die in Österreich studieren, Stipendien für Studienaufenthalte in Italien zur Verfügung zu stellen. Die SH betonte, daß diese Initiative sehr begrüßenswert sei.

Ein Teil der österreichischen Magisterthèse wurde nun endgültig anerkannt. Dadurch

wird es für Südtiroler möglich, in Österreich ein Lehramtsstudium zu beginnen. Die SH bemüht sich jedoch weiterhin, daß noch ausständige Studententeile anerkannt werden. Dabei geht es im Moment vor allem um Studententeile aus dem Bereich der künstlerischen Ausbildung (Musik, Bildende Künste, usw.).

Das Sekretariat der SH hat in diesem Jahr rund 100 Ansuchen um Studententeilerkennung bearbeitet und an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

### Weitere Bereiche der gewerkschaftlichen Interessenvertretung

Auf eine schriftliche Intervention hin wurde die SH wieder zu den vorbereitenden Sitzungen zur Gründung des „Vereins zur Förderung des Südtiroler Studentenfusses“ in Innsbruck eingeladen. Die Vorsitzende hat an allen sieben Sitzungen teilgenommen und dabei immer versucht, die Interessen der Studenten (die nur noch durch die OH vertreten waren) zu wahren.

Am 16. Februar 1977 fand die konstituierende Vollversammlung statt. Der Verein setzt sich aus drei verschiedenen Gremien zusammen, nämlich Vollversammlung, Vorstand und Kuratorium. Der Vertreter der SH wurde in den Vorstand gewählt. Dort wurde er mit der Aufgabe eines Schriftführers betraut. Die Mitgliedschaft im Vorstand bringt vor allem den Vorteil, daß wichtige Entscheidungen rechtzeitig diskutiert und zugunsten der Studenten beeinflusst werden können.

Das Problem „Auto in Österreich“ mußte nochmals in Angriff genommen werden. Durch eine Intervention des Landeshauptmannes gelang es, die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.

Im abgelaufenen Jahr hat das Sekretariat wieder wertvolle Dienste geleistet. Wie schon erwähnt, wurden alle Gesuche um Studententeilerkennung bearbeitet und weitergeleitet. Studierende, Maturanten und Akademiker holten Informationen jeglicher Art ein. Den Hochschülern konnte man bei Fragen des Studienwechsels oder Studienortwechsels behilflich sein. Maturanten erhielten Informationen über Studienmöglichkeiten; auch bei Militärangelegenheiten versuchte man, nützliche Informationen zu geben. Außerdem vermittelte das Sekretariat Suppen, Ferienjobs und Arbeitsstellen.

An dieser Stelle ist zu erwähnen, daß sich der Industriellenverband bereit erklärt hat, Betriebswirte, Juristen usw. bei ihrer Arbeitssuche zu unterstützen.

### Maturantenberatung

Diesem Aufgabenbereich sollte im abgelaufenen Geschäftsjahr besondere Bedeutung zukommen. Der Vorstand beabsichtigte, einen neuen Maturantenführer herauszugeben, da die Angaben des Führers von 1972 bereits veraltet waren.

Mit Hilfe von Fragebogen holte man die verschiedensten Informationen über Studierende im In- und Ausland ein. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung und dem Amt für Studienfragen wurde alle wichtigen Unterlagen erstellt. Das Assessorat für Schule und Kultur hatte sich bereit erklärt, die Finanzierung der Broschüre zu übernehmen. Der Maturantenführer sollte bereits vor Schluß der Schule verfügbar sein, um den Maturanten aktuelle Informationen zu geben. Die ungeklärte Stipendienfrage (s. o.) zwang den Vorstand jedoch, den Termin hinauszuschieben und abzuwarten. Es gab zu diesem Thema nämlich keinerlei konkrete Anhaltspunkte und es wäre wohl sinnlos gewesen, einen Maturantenführer herauszugeben, der keinerlei ausreichende Informationen zu einem so wichtigen Thema geben konnte. Man beschloß also, abzuwarten, bis die Frage geklärt sei. Wie bereits berichtet, wurde das Problem jedoch keiner Lösung zugeführt. Daher wird es jetzt wohl nötig sein, den Führer trotzdem in Druck zu geben. Sobald die Stipendienangelegenheit geregelt sein wird, sollen Zusatzblätter die notwendigen Informationen liefern.

Maturantenberatungen fanden in diesem Jahr zu zwei verschiedenen Zeitpunkten statt. Der Vorstand hatte nämlich beschlossen, bereits im Mai eine Beratung zu organisieren, da erfahrungsgemäß zum üblichen

Termin Anfang August bereits viele Maturanten verändert sind.

Die Beratung fand am 26. Mai statt. Vertreter verschiedener Studienrichtungen konnten befragt werden. Außerdem wurden die Maturanten über Fragen der Studentilitätsentwicklung, des Stipendienwesens usw. informiert. Auch Probleme wie Wohnungsfrage und ähnliches wurden angesprochen. Die Teilnehmerzahl belief sich auf ca. 40. Besonders war die Tatsache, daß viele Anwesenden großes Interesse zeigten.

Die nächste Beratung fand, wie üblich, in den ersten Augusttagen statt. Studenten der verschiedenen Studienrichtungen aus in- und ausländischen Hochschulen trafen den Vormittag drei Tage lang mit ihren Inkarnationen zur Verfügung. Dadurch sollte eine möglichst vollständige Information gewährleistet sein. Allen Studenten, die sich die Zeit nahmen, den Maturanten Auskunft zu erteilen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Maturanten zeigten Interesse an der Initiative; allerdings konnte man feststellen, daß der Trend stärker wird, am Universitätsstudium zu verweilen und sich gleich nach der Matura dem Berufsleben zuzuwenden.

Die einzelnen Verbindungsleute wurden aufgefordert, zu Beginn des Studienjahres um eigenen Hochschulort eine Inskriptionsberatung durchzuführen.

Auch in diesem Jahr wurden wieder einige Informationsblätter über die einzelnen Hochschulorte erstellt. Die Blätter für die Studienorte Bologna, Bologna und Wien liegen im Sekretariat der SH und in den Händen der hiesigen Ortsgruppen auf.

Vom dem Vorhaben, einzelne Schulklassen zu besuchen, hat man in diesem Jahr Abstand genommen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß diese zeitaufwendige und kostspielige Methode nicht effizient genug war. Als Ersatz wurde die Beratung im Mai angeboten.

Alle Maturanten wurden schriftlich zu den einzelnen Veranstaltungen eingeladen. Ankerdaten wurden sie auch schriftlich auf wichtige Termine (z. B. Anmeldung in Helmen, Vorausmeldung für Deutschland, usw.) aufmerksam gemacht.

Der SKOLAST wurde allen deutschsprachigen Maturanten kostenlos zugeschickt.

### 17. Kultur- und gesellschaftspolitische Tätigkeit

Zu Beginn des Jahres verfaßte der Kulturreferat ein Grundsatzpapier, in dem es seine programmatischen Ziele darlegte. Alle Interessierten wurden zu einer möglichst intensiven Zusammenarbeit aufgefordert. Die Notwendigkeit einer kulturellen Arbeit in den einzelnen Ortsgruppen wurde besonders hervorgehoben. Die einzelnen Veranstaltungen in Südtirol fanden nach Möglichkeit in der Ferienzeit statt, um einem großen Teil der Studenten die Teilnahme zu ermöglichen. Man war aber auch bestrebt, einen großen Teil der Südtiroler Bevölkerung anzusprechen und dadurch eine gewisse Breitenwirkung zu erzielen.

Am 17. 12. 1976 fand eine Forumdiskussion zum Thema „Literaturbetrieb in Südtirol“ statt, wobei vor allem auf Fragen der Produktion und Rezeption von Literatur eingegangen wurde. Die Teilnehmer waren Südtiroler Autoren und Literaturwissenschaftler, Konrad Rufensieger, Joseph Zoderer, Matthias Schifano, Gerhard Köfler, Gerhard Marmeller und Alfred Gruber nahmen die Einladung an. Die Veranstaltung war gut besucht, ein Beweis dafür, daß das Thema Literatur in Südtirol immer noch auf allgemeines Interesse stößt. Einmalig tauchten im Laufe der Diskussion verschiedene interessante Aspekte auf, die symptomatisch für unseren Kulturbetrieb sind und Anlaß zu Anspruchsdenken geben.

Für das Frühjahr war eine fotografische Dokumentation zum Thema „Wir & Südtirol — Südtirol & Wir“ geplant. Alle Interessierten (Berufs- und Amateurfotografen) waren zur Mitarbeit eingeladen. Eine Plakatpétition Ankündigungen in der Presse, Anschläge an den Hochschulen und Plakäten, die in allen größeren Volkshäusern und in den Oberschulen aufgelegt wurden,

sollten einen möglichst großen Kreis von Interessierten ansprechen. Es war vorgesehen, die Fotografien in einer Wanderausstellung der Südtiroler Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Da jedoch nur an die 40 Fotografien eingeschickt wurden, die allerdings eine beachtliche Qualität aufwiesen, konnte die Wanderausstellung nicht durchgeführt werden. Ähnlich dem Meistest in Bozen, das vom Südtiroler Kulturzentrum, dem Gewerkschaften und anderen Vereinigungen veranstaltet wurde, war es jedoch möglich, die Bilder auszustellen.

Am 27. Mai fand eine Tagung zu Fragen der Zeitgeschichte statt. Dr. Leopold Strauß sprach zum Thema „Südtirol 1919 bis 1939“. Dr. Karl Stadlparner behandelte das Thema „Südtirol und der Zweite Weltkrieg“.

Mit dieser Veranstaltung versuchte man besonders Lehrer, Studenten und Oberschüler anzusprechen. Man hoffte, damit einen Beitrag zur Aufarbeitung dieses Zeitabschnittes zu geben. Außerdem erfolgte die Tagung die Zeit den Informationsmangel über diese Zeit zu vermindern und gleichzeitig zu zeigen, daß man auch diese historische Phase unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten kann.

Das große Interesse an der Thematik hat das Kulturreferat dazu veranlaßt, die beiden Referate in einer Broschüre zu veröffentlichen. Diese Veröffentlichung eignet sich als Unterlage für den Geschichtsunterricht an den Oberschulen, zumal dieser Zeitabschnitt, besonders was Südtirol betrifft, nirgends übersichtlich angeordnet ist. Die Broschüre ist für den Preis von 1.000 Lire im Sekretariat erhältlich.

Zwischen 22. und 25. September 1977 fand die Studententagung der SH in Bozen statt. Der Ausschuss hatte sich für das Thema „Jugend in Südtirol — Jugend und Freizeit“ entschieden, da den Problemen der Jugend leben bis jetzt in der Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Um einen Schwerpunkt zu setzen, entschied man, sich vorrangig mit dem Freizeitbereich zu beschäftigen. Probleme wie Sucht und Kriminalität sollten angesprochen werden, gleichzeitig versuchte man aber auch positive Alternativen auszuarbeiten. Neben ausländischen Referenten war man hauptsächlich bestrebt, Leute aus der Südtiroler Praxis zu Wort kommen zu lassen. Mit der Planung der Tagung wurde bereits frühzeitig begonnen, so daß auch für die einzelnen Ortsgruppen die Möglichkeit gegeben war, Arbeitskreise zu einem bestimmten Themenbereich zu bilden. Auch die einzelnen Jugendorganisationen und weitere Interessierte wurden zur Mitarbeit eingeladen. Die Arbeitsgruppen trafen sich mehrere Male während der Sommermonate. Die einzelnen Forumdiskussionen informierten genauer über den Verlauf der Studententagung.

### 22. September

10:00 Uhr Eröffnung  
10:30 Uhr Herbert Dorcicold, Leiter des Amtes für Außerschulische Jugendarbeit  
Bozen „Jugend in Südtirol“ — Diskussion

### 23. September

10:00 Uhr Dr. Alfred Springer, — Wien  
„Probleme der persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Jugend“ — Diskussion

13:00 Uhr Dr. Vittorio Molga — Bologna  
„Suchtgefährdung der Jugendlichen“ — Diskussion

20:30 Uhr Forumdiskussion über das „Suchtproblem in Südtirol“ mit Sozialhilfen der Diogenberatungstelle Bozen und des Diogenzentrums Innsbruck, einem Vertreter des Assessorates für Gesundheitswesen und Soziales, und anderen.

### 24. September

9:00 Uhr Dr. Maxhild Tormes — Wien  
Referat zum Thema „Jugendkriminalität“  
Diskussion

10:30 Uhr Forumdiskussion  
„Kriminalles Verhalten der Jugendlichen in Südtirol“

mit einem Sozialarbeiter des Heimes für Beschäftigten Bozen, einem Mitarbeiter des Jugendgerichtes und anderen.

15:30 Uhr Forumdiskussion

„Perspektive der Jugendarbeit und Jugendförderung“ (Freizeitförderung)

### 25. September

9:00 Uhr Berichte der Arbeitsgruppen:  
— SH Innsbruck  
— SE Schlanders  
— SK Meran  
— Jugendgruppe Bozen  
— SK Bruneck  
— Jugendgruppe Trafin  
Verein für Kinderschulhilfe und Erziehungsinstitutionen

— Katholische Hochschulgemeinde Südtirol  
Die Berichte werden in Arbeitsgruppen mit den Anwesenden erörtert und anschließend dem Plenum vorgelegt.

15:00 Uhr Erfahrungen alternativer Jugendarbeit in der Praxis

Sturand Krüpp — Leiter vom Jugendcenter in Österreich und Deutschland  
Dieter Schräss — Arno Wien  
Stephan Maier  
Sozialarbeiter eines Jugendzentrums in München

Abschließende Diskussion

Bereits zu Beginn des Jahres versuchte die SH das Südtiroler Kulturinstitut, einen Studienreferenten in den Theaterratsausschuss aufzunehmen. Nach einer Prüfung der Theaterprogramme der vergangenen Jahre hatte der Vorstand nämlich festgestellt, daß die Interessen der Oberschüler und Studenten viel zu wenig berücksichtigt waren. Man hoffte auf diesem Wege, einen positiven Beitrag leisten zu können. Trotz mehrmaliger Anfragen war es nicht möglich, eine definitive Antwort zu erhalten. Bei einer Aussprache mit Dr. Waidhofer meinte dieser, eine Teilnahme sei aus technischen Gründen nicht möglich. Er war jedoch nicht bereit, die Ablehnung schriftlich zu begründen.

Am 18. März nahm die Vorstand an einem Gespräch „Am runden Tisch“ in Bozen Versuchen zum Thema „Die Rolle von Jugendorganisationen heute“ teil. Kurz darauf wurde im Rundfunk eine Diskussion zum Thema „Jugend und Politik“ ausgestrahlt, an der ebenfalls St. Vorsitzende teilgenommen hat.

### Presse

Der SKOLAST sollte auch in diesem Jahr als offenes Forum zu verschiedenen Problemen Stellung nehmen und vor allem solche zu Wort kommen lassen, die im allgemeinen keine Mehrheit haben, ihre Artikel zu veröffentlichen.

Wegen der hohen Kosten des SKOLAST einerseits und der schiefen Finanzlage der SH andererseits, war es nicht möglich, mehr als zwei Nummern herauszubringen. Daher versuchte man, multiple besonders gute Artikel zu veröffentlichen. Ein Kalendertema bestimmte die jeweiligen Hauptartikel, in weiteren Beiträgen konnte aber trotzdem auf verschiedene aktuelle Fragen eingegangen werden.

Die erste Nummer beschäftigte sich mit dem Thema „Sanitätspolitik in Südtirol“ und „Kultur“, der Leitartikel der zweiten Nummer behandelte sich mit „Südtirol unter dem Beschissus“.

### Südtiroler Bildungszentrum

Für den Februar hat der Vorstand eine außerordentliche Ausschußsitzung einberufen. Anlaß dazu war die gesteuerte Aktivität des Südtiroler Bildungszentrums, das neben bereits bestehenden universitären Kursen auch Lehrveranstaltungen zur Ausbildung von Fachlehrern, Gemeindefunktionären und Rappellanten anbot. Der Vorstand war der Meinung, daß es ein unverantwortliches Versäumnis der SH wäre, würde sie diese Entwicklung, die für die gesamte Südtiroler Studentenschaft von größter Bedeutung ist, nicht sofort und eingehend einer Prüfung unterziehen. Der Ausschuss verabschiedete eine Resolution, in der unter anderem festgestellt wurde, daß sich in der Gestalt der Werkstudentenlehre des SBZ eine universitäre Struktur herausgebildet habe, die SH ist an negative Merkmale aufweise die die Südtiroler Volkspolizei als Beauftragter für die ablehnende Haltung in der Oberstufefrage angeführt hat. Das SBZ sei eine private Vereinigung und es gehe nicht an, daß

in Südtirol die Führungsmannschaft eines Privatvereins darüber entscheide, was und wie in Südtirol studiert werden könne. Abschließend stelle der Ausschuss jedoch klar, daß diese Initiativen nicht die legitimen Interessen der Südtiroler Werkstudenten berücksichtigen sollten.

Die Resolution des Ausschusses wurde den verantwortlichen Politikern auf der Bundesebene, die Öffentlichkeit über Vorhaben und Pläne in dieser Hinsicht aufzuklären, zugeschiekt. Die Antworten waren allerdings nicht besonders informativ.

Auch in den einzelnen Ortsgruppen wurde die Problematik in Volkerversammlungen diskutiert. Die Ergebnisse wurden ebenfalls in Form von Resolutionen den verantwortlichen Politikern zugeschiekt.

Ständige Mißverständnisse von Seiten der betroffenen Werkstudenten konnten in einer Aussprache beseitigt werden. Dem Bereich der Bildungspolitik sollte wohl auch in Zukunft die notwendige Aufmerksamkeit zukommen.

#### Jugendring

Im Dezember 1976 nahmen SH-Vertreter an einer Wochenendtagung teil, zu der Vertreter aller Südtiroler Jugendorganisationen eingeladen waren. Bei dem Treffen wurden die Möglichkeiten einer fallweisen Zusammenarbeit besprochen, die Gründung eines Jugendringes wurde ins Auge gefaßt. Auch einigen vorbereitenden Sitzungen, bei denen die SH regelmäßig vertreten war, wurde der Jugendring im Juli 1977 offiziell gegründet. Die SH ist neben 11 anderen Organisationen Mitglied des Jugendringes und kann jeweils zwei Vertreter zu den Vollversammlungen delegieren. Die konkrete inhaltliche Arbeit wird der Jugendring erst im Herbst 1977 aufnehmen.

#### Kontakte

Der Vorstand hielt die Kontakte zu allen öffentlichen Stellen, Vereinigungen und Institutionen, die für die Belange der Studenten wichtig sind, aufrecht. Es wurde eine Reihe von Gesprächen geführt, die jedoch an die ser Stelle nicht alle angeführt werden sollen. Außerdem nahmen Vertreter der SH an allen Veranstaltungen, Kongressen usw. teil,

die für eine Studentenorganisation interessant waren.

#### Spur und Geselliges

Im Dezember fand das traditionelle SH-Flug- und Kochbrotfest statt. In diesem Jahr haben 30 Mannschaften daran teilgenommen.

Ein SH-Steueressen war für den 3. Jänner 1977 am Jochgraben geplant. Wegen der äußerst schlechten Witterung konnte es jedoch nicht durchgeführt werden.

Jede Jänner veranstaltet die SH in Innsbruck einen Ball. Ursprünglich war vorgesehen, den Ball in Bozen zu veranstalten. Es stellte sich jedoch heraus, daß für den in Frage kommenden Zeitpunkt kein geeigneter Saal mehr zur Verfügung stand. Aus diesem Grunde wurde der Ball in Innsbruck veranstaltet. Der Besuch war gut, obwohl ein Schneegestöber vielen die Fahrt über den Brenner unmöglich machte.

#### Finanzlage

Die Finanzlage der SH ist nach wie vor äußerst schlecht. Erfreulicherweise wurden einige Beiträge etwas angehoben. Dadurch war es möglich, sich der ständigen Teuerung annähernd anzugleichen. Trotzdem darf die konkrete finanzielle Situation nicht verkannt werden. Eine Grundvoraussetzung für eine gute Arbeit ist ein gewisser finanzieller Spielraum. Das war in der SH auch in diesem Jahr in keiner Weise gegeben. Daher wird es nötig sein, auch in Zukunft alle Bemühungen zur Verbesserung der Finanzlage weiterzuführen. An dieser Stelle sei all jenen gedacht, die die SH im vergangenen Jahr durch Erhöhung der Beiträge und Spenden unterstützt haben.

Abschließend soll noch denjenigen gedacht werden, die die Arbeit der SH in diesem Jahr unterstützt haben. Besonderer Dank gilt denen, die in ihrer Freizeit unentgeltlich für unsere Organisation tätig waren. Dabei sei vor allem die Arbeit der Sekretärin Rita Mair hervorgehoben, die unsere Tätigkeit jederzeit durch große Einsatzbereitschaft und Gewissenhaftigkeit unterstützt hat.

Für den Vorstand der SH  
Die Vorsitzende  
Renate Malmeter

## Tätigkeitsprogramm des Vorstandes : Geschäftsjahr 1977/78

#### Vorsitzender und Studentenfürsprecher:

Günther PALLAVER

#### Kulturforum:

Christoph von HARTUNGEN  
Rosmarie SPORNBERGER

#### Pressereferat:

Klaus MENAPACE  
Gudo DENICOLI

#### Sozialreferat:

Walter DIETL

#### Referat für Finanzen, Sport und Geselliges:

Odo DIETL

#### Grundsätzliches

Programme haben den Zweck, erfüllt zu werden. Deshalb ist es nicht zielführend, unumfühbare Verpflichtungen einzugehen.

Programme können nie erschöpfend sein. Es würde zu einer Erstarrung der Initiativen führen, wäre dies der Fall, und für sich ergebende Aufgabenbereiche im Laufe des Jahres keinen Platz lassen.

Dieses Programm ist somit ein Fundament, ein Ausgangspunkt, an dem durch Anregungen, Vorschläge und Alternativen weitergearbeitet werden kann.

Eingangs einige grundsätzliche Bemerkungen.

Die Südtiroler Hochschülerschaft als pluralistische und demokratische Organisation hat die Aufgabe, die Interessen der Studenten in fortschrittlicher, sozialer und demokratischer Weise in jeder Hinsicht vertritt zu vertreten. Dies geschieht auf gesellschaftlichem und kultur- und gesell-

schaftspolitischem Gebiete. Die SH ist eine demokratische Organisation. Jeder wirkt gleichmäÙig an den Entscheidungen durch die klärende Kraft der Diskussion mit.

Als pluralistische Organisation ermöglicht sie jedem, seine Vorstellungen und Ansichten zu vertreten. Dies gewährleistet eine größere Meinungsvielfalt und Aufgeschlossenheit innerhalb der Hochschülerschaft. Darüberhinaus hat die SH die Aufgabe, aufklärende und mitwirkende Kraft im bildungs-, kultur- und gesellschaftspolitischen ProzeÙ innerhalb der Südtiroler Bevölkerung zu sein.

Die SH muß ihre statutarisch anerlegten Zielsetzungen auch weiterhin verfolgen, nämlich die Lebensform der deutschen und italienischen Bevölkerung Südtirols zu sichern und ihre Entfaltung zu fördern. Gleichzeitig hat die SH die Aufgabe, sich um das gegenseitige Verständnis aller Volksgruppen in Südtirol zu bemühen.

Weiters fordert die SH, daß sie bei bildungspolitischen Entscheidungen, die in Südtirol von steigender Bedeutung sind und vor allem den universitären Bereich in all seinen Formen betreffen, als Diskussions- und Verhandlungspartner anerkannt wird und daß diesbezügliche politische Entscheidungen nicht über die SH hinweg getroffen werden.

Ein weiteres Ziel ist, den Kontakt der Hochschüler untereinander, zwischen Studenten und Südtirol und mit anderen Gruppen zu intensivieren. UnerläÙlich ist dabei, daß sich die Hochschülerschaft mit der bestehenden kulturellen, wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen Situation auseinander setzt, und dabei einen möglichst großen Teil der Südtiroler Bevölkerung miteinbezieht.

#### Jugendring

Die Südtiroler Hochschülerschaft wird im Jugendring aktiv mitarbeiten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß

a) der Jugendring die ihm zustehenden Aufgaben in einer pluralistischen und demokratischen Form bearbeitet;

b) sämtliche in der leitbarbeit interessierten Organisationen - unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung - aufgenommen werden;

c) dem Jugendring nicht Entscheidungen von bestimmten politischen Kräften aufgezwungen werden.

#### Resolution

Resolutionen, welche die SH verabschiedet werden, wie es immer schon gehandhabt worden ist, sämtlichen Hochschulgruppen und Presseorganen mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt. In erster Linie wird nützlich für eine Zuhaltung der Resolution an die betroffenen Behörden oder Institutionen gesorgt werden.

Damit bestimmte Resolutionen zu aktuellen Themen eine größere Breitenwirkung erzielen, wird die von Fall zu Fall sich ergebende Möglichkeit einer öffentlichen Forumdiskussion über den verabschiedeten Beschluß in Erwägung gezogen.

#### Information

Soll jemand Entscheidungen treffen, muß er umfassend informiert sein, aber auch die Meinung kennen und gegeneinander abwägen, die andere sich gebildet haben. Der Informationsfluß hält die ständige Diskussion im Gange und ist orientierende Grund in einer pluralistischen Auseinandersetzung. Der Informationsfluß hat sich deshalb in einem Kreis zu bewegen: Vorstand - Ausschuss - Verbindungsmann - Hochschulgruppe und umgekehrt.

Der Vorstand als geschäftsführendes Organ der Hochschülerschaft wird über seine Tätigkeit und Entscheidungen in regelmäßigen Abständen die Ausschußmitglieder benachrichtigen. Zudem wird ihnen die jeweilige Tagesordnung der Ausschußsitzungen rechtzeitig zugesandt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben über Aktivitäten des Vorstandes in den einzelnen Hochschulgruppen zu diskutieren und über gewählte Vertreter Einfluß auf Entscheidungen auszuüben, die im Ausschuß gefaßt werden müssen.

Bei einem Treffen der Verbindungsleute im Herbst sollen zusätzlich Richtlinien für eine engere und intensivere Beziehung zwischen Vorstand - Ausschuss - Verbindungsmann - Hochschulgruppe sowie Hochschulgruppen untereinander und Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen diskutiert und festgehalten werden. Es ist in Erwägung zu ziehen, für bestimmte Aufgabenbereiche Arbeitskreise und Arbeitsgruppen einzusetzen.

Ich persönlich werde verschiedene Hochschulgruppen besuchen und darüberhinaus jeden Freitag im Sekretariat in Bozen erreichbar sein.

#### Maturantenführer

Der neue Maturantenführer, dessen Ausarbeitung im letzten Jahr begonnen hat und für dessen Finanzierung bereits eine Zusage von Landesrat Zelger vorliegt, ist voraussichtlich im Frühjahr 1978 druckreif. Sämtliche Daten und Angaben sind auf den letzten Stand gebracht. Im Anhang wird auf weiterführende Literatur hingewiesen.

Eine Erweiterung wird der neue Maturantenführer insofern erfahren, als verschiedene Schulen für Berufsausbildung (z. B. im sanitären Bereich) aufgenommen werden.

Die einzelnen Hochschulgruppen werden angehört, sämtliche während des Jahres sich ergebende Neuerungen dem Sekretariat der SH weiterzugeben.

#### Maturantenberatung

Inwiefern der Besuch einzelner Maturanten zielführend ist und ob solche Besuche nicht nur in Bozen stattfinden sollen, wird noch diskutiert werden müssen. Um den Maturanten die Möglichkeit zu geben, sich bestimmte Vorstellungen über ihr Studium zu machen und um Informationen aus der

Sicht der Hochschüler zu bekommen, werden wir auch heuer eine Maturantenberatung durchführen.

Studenten verschiedener Studienrichtungen und aus verschiedenen Studienorten werden dabei den Maturanten als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

Eine solche Maturantenberatung ist zeitlich zwischen Schulende und Matura wohl am günstigsten.

Um eine größere Breitenwirkung in diesem Bereich zu erzielen, wäre es durchaus sinnvoll — bei bestehender Möglichkeit —, eine Rundfunksendung über bestimmte, bei einer Maturantenberatung wichtige Fragen, zu gestalten (z. B. Inmatrikulation, Studienfächerkennung, usw.).

Für die Maturantenbildungswoche im Herbst, die jährlich vom Amt für Berufsberatung der Landesregierung organisiert wird, müssen neue Formen der Zusammenarbeit gefunden werden, um einen direkteren Kontakt zwischen Hochschülern und angehenden Maturanten herzustellen.

Die SH wird sich jedenfalls mit der zuständigen Landesstelle in Verbindung setzen. Um einen ersten Kontakt zwischen Maturanten und Hochschülerschaft herzustellen, wird den Maturanten auch heuer wieder der SKOLAST kostenlos übersandt.

Das Sekretariat der SH steht jederzeit für Informationen zur Verfügung.

#### Statutenänderung

Die getätigten Auseinandersetzungen über die Statuten haben Unklarheiten und Mängel derselben aufgezeigt.

Es ist deshalb notwendig, diese einer Überarbeitung zu unterziehen.

Darüberhinaus ist eine Geschäftsordnung für die Wahl der Verbindungsleute und der damit zusammenhängenden Fragenkomplexe auszuarbeiten.

Zu diesem Zwecke soll ein Arbeitskreis eingesetzt werden, der die Ausarbeitung übernimmt.

#### Kulturreferat

Eingangs muß festgestellt werden, daß die SH auch heuer wieder ihrer kritischen Rolle im Südtiroler Kulturleben gerecht werden muß. Aufgabe des Kulturreferates ist es, die offizielle Kulturpolitik aufmerksam zu verfolgen, vorhandene Lücken aufzuzeigen und auszufüllen. Die SH darf sich dabei nicht scheuen, vor allem jene Kreise und Bereiche zur Sprache kommen zu lassen, die von anderer Seite ignoriert werden und darf sich — wie es schon in den vergangenen Jahren der Fall war — nicht scheuen, auch Themen aufzugreifen, die von maßgeblicher Seite kaum zur Kenntnis genommen oder überhaupt nicht behandelt werden. Ziel des Kulturreferates ist es auch, die Hochschüler im Lande selbst als Gesellschaftslichter präsen- ter zu machen; gleichzeitig soll durch die Tätigkeit des Kulturreferates die gesamte Bevölkerung angesprochen werden.

Bis jetzt sind folgende Programmpunkte vorgesehen:

**Podiumsgespräche zum Thema „Südtirol nach dem Paket“ oder „Die Zurücksetzung sozialer Probleme aufgrund einer erstarrten Volkstumspolitik“.** Teilnehmer: Doz. Dr. Eva Köckels-Stangl, Dr. Peter Seidl, Vertreter der SVP und der Opposition.

**Referat: „Südtirol seit 1945“**, gehalten von Claus Gatterer (Wien), als Fortsetzung der im Mai 1977 abgehaltenen Tagung „Südtirol 1919 — 1945“.

Planung einer **Ausstellung** zum Thema „Politische Satire in Südtirol“, bei der führende Institutionen mitarbeiten sollten: Südtiroler Künstlerbund, Siebdruckgruppe des Südtiroler Kulturzentrums, Künstlergewerkschaft. Zur Teilnahme an dieser Ausstellung sollte auch die Basis der SH aktiviert werden.

Es soll auch die Möglichkeit geprüft werden, junge deutschsprachige Autoren (eventuell österreichische Avantgarde) zu Lesungen oder literarischen Debatten nach Bozen einzuladen.

Die Möglichkeiten der Aufführung von Filmen Südtiroler Autoren (z. B. Schwellensattel/„Der Fall des Partisanen Pircher“ und Ivo Micheli/„La memoria di Kuaz“) sollen geprüft werden.

Im Hinblick auf die Landtagswahlen im

Herbst 1978 wird eventuell ein Podiumsge- spräch mit allen an der Wahl beteiligten Parteien organisiert.

**SH-Studientagung:** Hier muß überlegt werden, ob man die bisherige Form der Studientagung beibehalten will oder nicht. Zu diskutieren wäre auch in den einzelnen Ortsgruppen, ob ein bestimmtes Thema im Laufe des Jahres in mehreren Veranstaltungen (Vorträge, Diskussionen usw.) aufgearbei- tet wird, um dann in einer Herbsttagung konkrete Ergebnisse präsentieren zu können, die dort diskutiert werden und der Öffent- lichkeit vorgestellt werden, wobei natürlich dort noch weitere Aspekte der Problematik, Alternativen usw. zur Sprache kommen sollen.

Der Vorstand wird sich bis Weihnachten Gedanken über das zu behandelnde Thema machen; die einzelnen Gruppen werden aufge- fordert, dies ebenfalls zu tun und bis da- hin eventuell Rohentwürfe zu erarbeiten.

#### Gewerkschaftliches

Die SH hat die Aufgabe, die Interessen der Studenten wirksam und gezielt zu ver- treten. Diese Forderungen sind auf gewerk- schaftlichem Gebiete zu erfüllen und bei den zuständigen Stellen effizient zu vertre- ten, und zwar wie folgt:

**Studienfächerkennung:** Das Sekretat für Studienfächerkennung wird in Zusammen- arbeit mit dem Amt für Studienfragen in der Südtiroler Landesregierung diese Angele- genheiten bearbeiten. Über diese Landesstie- le werden wir versuchen, direkten Einfluß auf jene österreichisch-italienische Experten- kommission auszuüben, die sich in bestimm- ten Zeitaltschritten zur Erörterung von Stu- dentenfächerkennungslagen trifft. Die näch- ste Zusammenkunft findet wahrscheinlich in diesem Spätherbst statt.

Ansuchen um Studentenfächerkennung wer- den wir so schnell es die Gegebenheiten er- lauben, bearbeiten und erledigen. Zur Berat- ung in diesen Fragen steht die SH jeder- zeit zur Verfügung.

#### Soziale Angelegenheiten

Ausgehend von der immer härter werden- den Auseinandersetzung am Arbeitsplätze, deren Sicherung und sinnvoller Planung, können wir als Studentenvertretung nicht länger abseits stehen. Mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln — Informationen, Pla- nung, demokratische Vertretung — werden wir uns mit diesem Problembereich ausein- andersetzen müssen.

#### Arbeitsmarkt

Es müssen vollständige Informationen über die Kapazitäten der Südtiroler Wirt- schaft in bezug auf Akademiker beigebracht werden und den Kollegen als verwertbarer Beitrag zur eigenen Berufsgestaltung angebo- ten werden.

Zu diesem Zweck sind die Interessens- vertretungen der Akademiker, die zuständigen Ämter der Landesverwaltung und die Ver- tretungen der Arbeitnehmer zu kontaktieren.

Dies alles bedingt die Profilierung der SH als gewerkschaftliche Vertretung und Service- organisation der Südtiroler Studenten.

#### Stipendien

Um das Recht auf Studium in seiner wirt- schaftlichen Komponente anzuschauen, muß die SH weiterhin die Stipendienangelegenhei- ten verfolgen. Eine intensive Mitarbeit der Stipendienvertreter der einzelnen Gruppen wird hierbei nötig sein.

Die Bemühungen um eine vorgezogene Aus- schreibung und Auszahlung der Landesstipen- dien (In- und Ausland) werden fortgesetzt.

Die Problematik des sogenannten „presalar- io“ muß in ihrem gesetzgeberischen iter unsererseits aufmerksam verfolgt werden. Es sollten auch Kontakte darüber mit den Südtiroler Parlamentariern erfolgen.

Weiters muß die Möglichkeit der Gewäh- rung von Studentenkrediten nach österreichi- schem Muster untersucht und mit den Ban- ken darüber gesprochen werden.

Beim Deutsch-Italienischen Kulturinstitut in Meran wird man versuchen, die Aus- schreibung der Stipendien für Neuinseriben- ten wieder durchzusetzen.

Die Gewährung der Dissertantenbeihilfe der Südtiroler Landessparkasse ist weiterhin anzustreben. Ein entsprechendes Gesuch er-

ging bereits an die Sparkasse. Wir wollen uns auch bemühen, andere Dissertantenbe- hilfen beizubringen oder wiederzuerleben.

#### 1978

Die SH sollte als Sammelstelle für arbeits- rechtlich abgesicherte als auch für sonstige Ferien- oder Teilzeitarbeit für Stu- denten fungieren.

Die Rolle des SKOLAST ist in dieser Hin- sicht zu definieren.

#### Zusammenarbeit mit anderen Studenten- und Jugendorganisationen

Es muß anhand der bestehenden SH-Orga- nisation zuerst ein Bild der Arbeitsmöglich- keiten erstellt werden (Verbindungsleutekon- ferenz).

Davon ausgehend können dann Richtlinien für die Zusammenarbeit mit anderen Organi- sationen erarbeitet werden. Dies sollte uns in vorerstem Maße in den Bereich der Ver- günstigungen der anderen Studentenorgani- sationen bringen.

Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, dem internationalen Studentenverband als vollwertiges Mitglied beizutreten (Studenten- identitätskarte u. a.).

#### Militärangelegenheiten

Wir werden uns bemühen, den Studenten auf militärische Anfragen Informationen zu er- teilen und womöglich Hilfeleistung zu lei- sten.

#### Doppelsprachigkeit

Gemeinsam mit den Italienischen Kultur- instituten in Österreich soll die Möglichkei- geprüft werden, im Hinblick auf die Doppel- sprachigkeitsprüfung Italienischkurse für Südtiroler in Österreich zu organisieren.

#### SKOLAST

Der SKOLAST ist ein kritisches Diskus- sionsforum der Südtiroler Hochschüler.

Die Meinungsvielfalt ist dadurch gesichert, daß grundsätzlich jeder für den SKOLAST schreiben kann. Kein Beitrag ist irgendeiner Zensur unterliegen, sofern er den presse- rechtlichen Auflagen entspricht und sprach- lich korrekt angefaßt ist.

Da die Erscheinungsfrequenz relativ gering ist, soll nach wie vor davon abgesehen werden, den SKOLAST als Mitteilungsblatt nur für die Studenten zu verwenden.

Aufgrund der enorm gestiegenen Kosten konnte der SKOLAST bei seiner Aufgabendie- ke von ca. 3.400 Exemplaren nur vereinzelt und aperiodisch erscheinen.

Deshalb werden für das kommende Jahr folgende Ausgabeformen diskutiert und — sofern finanziell tragbar — realisiert:

1. Kontaktaufnahme mit verschiedenen Druckereien, um den SKOLAST in einer bil- ligeren Form herauszugeben.
2. Reduzierung der Seitenzahl und dafür eine Erhöhung der Ausgabefrequenz auf vier bis fünfmal.
3. Festlegung der Ausgabetermine für das kommende Jahr im vorhinein.

Die Herausgabe des SKOLAST ist auch heuer wieder einem Team anvertraut.

#### Finanzen

Unsere Aktivitäten hängen nicht zuletzt von den finanziellen Mitteln ab, die wir zur Verfügung haben.

Da die jährlichen Fixeinnahmen der SH sehr gering sind, werden sämtliche Möglich- keiten, die zu einer Mehreinnahme führen, ausgeschöpft werden. Dies bedeutet, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um neue Geldquellen ausfindig zu machen. Die diesbezüglichen Aufgabebereiche sind einem eigens dazu bestimmten Finanzreferat übertragen.

#### Sport und Geselliges

Das beliebte Flug- und Korbballturnier wird auch heuer wieder zu Beginn der Weihnachtsferien in Bozen durchgeführt. Die genaue Ausschreibung wird den SH-Gruppen und den Oberschulen rechtzeitig zugeschickt.

Wir werden uns bemühen, auch das SH-Skirennen durchzuführen. In Frage kommt wohl ein Termin Anfang Januar oder während der Semesterferien. Näheres wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Wenn irgendwie möglich (Termin- und Saalfrage) wird in Bozen ein SH-Ball orga- nisiert. Hierbei bitten wir um Mitarbeit fachkundiger Kollegen.

Für den Vorstand der SH  
Der Vorsitzende  
Günther Pallaver



# ernst bloch

8. 7. 1885 — 5. 8. 1977

es war ein vortrag im festsaal gewesen, wo ich ihn zum ersten mal gesehen und gehört hatte: beeindruckend in der erscheinung, die weißen haare lügen gestraft durch das fordernde spiel und spielende fordern der hände, was er sagte, war einem wie ins stammbuch geschrieben, hörte sich an wie anweisungen zum überleben, da war einer, der sich für die bewegung der studenten einsetzte, der die hand herüberreichte über den lehrstuhl, dessen feuer für veränderung nicht glommt, sondern hell aufloderte, der begeisterung bezog aus einem hoffen auf eine bessere welt — der deshalb lehrer war, um uns alle das hoffen zu lehren.

die seminare fanden im selben raum statt, in dem schon hegel filosofiert hat: dieser war auch meist gegenwärtig, auf die füße gestellt und aufgehoben im materialistischen verstand der von ihm ins gewaltige system gezwängten geschichte.

es rauchten alle pfeife, auch die mädchen, eine art tribut in karl may'schem stillschweigenden einverständnis an den meister, wegen seines alters und seiner jugend blieb er inmitten des auch von ihm angezettelten bildersturms auf die ordinarien alleine auf dem sockel, der er immer wieder umstoßen mußte.

er konnte fabulieren wie sonst keiner, innerhalb der abendländischen kultur gab es nichts, was ihm nicht abrufbar zu gebote gestanden hätte —

innerhalb der morgenländischen und asiatischen gehot er über große kenntnis, wie ein inzwischen selbst zum erzähler gewordener harun al raschid ließ er in den lebendigsten farben sein großes welttheater der hoffnung aufzutreten: der vorhang der zuversicht weggezogen vor der ersehnten landschaft, die niemand noch gesehen hat, die aber jeder kennt: aufrechter gang, aufgedecktes antlitz, der mensch bei sich: heimat.

mit dem hammer der tagträume und des noch-nicht klopfte er die welt nach den stiefeln ab, wo sie latent auf hoffnung aus ist, wo die hoffnung nicht aus ist, karl may als berichterstatte einer heißen welt, wo die guten befohrt und die bösen bestraft werden, war ihm willkommen wie texte aus mozarts don giovanni, den er dort schallend vorsang, wo der knecht gegen seinen heirn aufbegehrt, die geballe faust der unterdrückten gegen ihre unterdrücker war ihm sicheres zeichen dafür, daß auch das unrecht sein ende finden wird, im namen der hoffnung ballie auch er seine faust gegen unrecht und unterdrückung und ausbeutung, sein name war unter allen aufrufen und warnungen der linken gegen eine fortschreitende bevor-mundung in der brd und anderswo zu finden.

er ballte auch dann seine greise faust, als ihm inmitten akademischen pomps zu seinem 90. geburtstag in tübingen die würdige eines ehrendok-

tors verliehen wurde: als auf den hintersten reihen die studenten, denen sein lehren galt, mitten in die feierliche sterilität des hehren aktes die internationale anstimmten, stand er auf, erhob seine faust und sang mit.

er ist sich treu geblieben: ein unbe-stechlicher marxist, der dem marxismus in vielen auf die sprünge geholfen hat, der vor allem besorgt war, daß nichts von dem verloren gehe, was jetzt schon ein vorschein des kommenden ist, was jetzt schon konkrete utopie vorwegnimmt, was der gesellschaft zugehört, mit der die jetzige schwanger geht.

wie immer versuchen die herrschenden auch jetzt, sich diesen menschen zu kaufen, ihn zu vereinnahmen, doch kein nachruf der ihm so entgegengesetzten eda carstens und sibingers wird das vermögen, auch nicht brandis wort von der radikalität blochs im besten wortsinn, nicht im besten wortsinn der guten stube war er radikal, nein, im ursprünglichen verstand des wortes: radix, die wurzel, radikal heißt somit: das übel an der wurzel anpacken, für ihn war das übel die verzweiflung, das sich-abfinden mit dem gegebenen, das sich-schieken, letztlich der tod.

um dieses übel anzupacken hatte er sich vorgenommen, aus alle das hoffen zu lehren, auf das noch nicht zu hoffen, auf das ausstehende, bereits angelegte, aber noch nicht offenliegende: im letzten sich der hoffnung anbeugehen, um mit ihr heimzukommen, nach hause, in eine bessere welt und gerechtere gesellschaft „etwas, das allen in die kindheit scheint und worin noch niemand war: heimat“. (das prinzip hoffnung, dritter band, letzter satz.) thias

## Promotionen

AICHNER Hartmann, Forch  
AIGNER Josef, Brixen  
AMOR Klaus, Bozen  
ANTHOEGER Hildegard, Tirol  
AUSSERER Erich, Völs  
BAUHOEGER Hertha, Bozen  
BERGMANN Margarete, Bozen  
BERNHARD Peter Paul, Burgens  
BONVICINI Renzo, St. Ulrich  
BRECENZER Dietmar, Bozen  
BRUGGER Siegfried, Bozen  
BRUGGER-INNEREBNER Margret, Sarntheim  
COLZ Albert, Wengen  
COMPLI Rainer, St. Ulrich  
DAUM Eberhard, Traun  
DEIANO Hans, Cortina  
DELING Werner, Vahrn  
DE ROSI Matthias, Bozen  
EBNER Michael, Bozen

Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaft) — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Wien.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Modernen Sprachen — Verona, Diss.: „Das Phänomen des Skurilen im erzählerischen Werk von Herzog von Orlando“.  
Doktor der Medizin — Wien.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Rechte — Rom, Diss.: „Mitbestimmung im Unternehmen im italienischen, europäischen und vergleichenden Recht“.  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona, Diss.: „Währungs- und Zollprobleme im Import-Export“.  
Diplom-Ingenieur (Architektur) — Wien.  
Doktor der Betriebswirtschaft — Bocconi Mailand.  
Diplom-Dolmetscher — Mailand.  
Doktor der Medizin — Padua.  
Diplom-Ingenieur für Industrielle Elektronik — Wien.  
Diplom-Ingenieur (Architektur) — Innsbruck.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.

- FUER* Reinhard, Bozen  
*FALKENSTEINER* Reinhold, Kiens  
*FILJ* Souja, Bozen  
*FLEISCHMANN* Eduard, Lana  
*FRICK* Raimund, Bozen  
*GAISER* Anton, Marling  
*GAMPER* Josef, Schmalstal  
*GANTHALER* Oswald, Lana  
*CASSER* Florian, Schafts  
*GOLSER* Dr. Karl, Tschermos  
*GRATL* Eva, Kallern  
*GRUBER-MURATORI* Christina, Fagnorich  
  
*HACKHOFFER* Ulrich, Innichen  
*HAGER-STROBELLE* Hansjörg, Bozen  
*HEIDEGGER-MORODER* Edith  
  
*HOFFER* Alfred, St. Peter/Alten  
*HOFFER* Christine, Moilana  
*HOFFER* Elisabeth, Meran  
*HÖLLER* Theresia, Terlan  
  
*HUBER* Christine Maria, Kastelfrüh  
*INNERHUBNER* Melitta, Bozen  
*KIESSWETTER* Oskar, Meran  
  
*KLOTZ* Herbert Egon, Eppan  
*KOB* Martha, Neumarkt  
*KOMPATSCHER* Peter, Bozen  
*LEIMGRUBER* Hans, St. Georgen  
*LENZ-PIJGGER* Martha, Welsberg  
*LEHN* Margherita, Bozen  
*LENGER* Josef, Barchabruck  
*LUTTFROTTI* Margit, Kallern  
  
*LUITZ* Rainer, Klausen  
*MAIR* Margarethe, Bruneck  
*MAIR* Paul, Vintl  
*MATIA* Ulrich, Nais  
  
*MATTIOLI* Armand, Bozen  
*MESSNER* Michael, Brixen  
*MEYER* Renate, Bozen  
*WITTERER* Helmut, Vahrn  
*MONAUNI* Werner, Meran  
*MORANDELLI* Sieglinde, Kallern  
*MOHLBRUGGER* Josef, Bozen  
*MUSSNER* Robert, Innichen  
*NIEDERBACHER* Irmgard, Gais  
*NIEDERMAIR* Josef, Olang  
*NIEDERWIESER* Dietger, Bozen  
*OBERHOFER* Josef, Marling  
*OBERKÖLLER* Franz Josef, Brixen  
*OBERRAUCH* Leo, Bozen  
*ORION* Gerhard, Scharn  
*ORTNER* Albert, Innichen  
*PALLA* Werner, Kallern  
*PEER* Peter, Bozen  
  
*PERNER* Marianne, Truden  
*PESCOLDERUNG* Jolanda, St. Martin/Thurn  
  
*PESCOLDERUNG* Karl, Bozen  
*PIRCHER* Franz, Siusi in Taufers  
*PLACKNER* Kurt, Lisen  
*POLETTI* Albert, Meran  
*PRAISTRALLER* Christof, Brixen  
*PRUGGER* Paula, Olang  
*PUNTSCHER* Ditmar, Kallern  
*PUTZ* Christine, Meran  
*RAIFER* Hans, Bozen  
*RAINER* Siegfried, Riednaun  
*RIEDER* Hubert Josef, Luntach  
*RIEGER* Barbara, Vintl  
*RÖSSLER* Gernot, Bozen  
*SEEBER* Alois, Sand in Taufers  
*SEYR* Hugo, Bozen  
*SEGNA NOVAK* Ulrike, Eppan  
*SEIFTER* Maria, Bruneck  
*SENONER* Georg, St. Ulrich  
*SOLLNER* Diethard, Neumarkt  
*SPINELL* Franz Josef, Bozen  
  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaft) — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie — Innsbruck  
Doktor der Modernen Sprachen und Literatur — Verding. Diss.: „L'ant Kazkas Briefe an Felice“.  
Doktor der Philosophie (Mathematik) — Innsbruck  
Doktor der Medizin — Innsbruck  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Biologie) — Innsbruck.  
Diplom-Tierarzt — Wien.  
Magister der Philosophie der Theologischen Fakultät — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie — Innsbruck  
Doktor der Philosophie — Bologna, Diss.: „Wilhelm Hauff unter dem Aspekt des Trifidien“.  
Doktor der Philosophie (Physik) — Wien.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Modernen Sprachen — Florenz, Diss.: „Studiën zu Helios Spätyrik (1846—1856)“.  
Doktor der Soziologie — Trient.  
Doktor der Modernen Sprachen — Mailand.  
Magister der Philosophie (Geschichte/Kunstgeschichte) — München.  
Doktor der Mathematik — Bologna, Diss.: „Eulpe Algorithmen in bezug auf die Graphen“.  
Doktor der Modernen Sprachen — Verona.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona, Diss.: „Die Überwachung der Genossenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Volksbanken in den Städten nach der Reform des Genossenschaftswesens.“  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona.  
Doktor der Philosophie — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Mathematik/Physik) — Innsbruck.  
Doktor der Literaturwissenschaften — Padua.  
Doktor der Modernen Sprachen — Mailand.  
Doktor der Medizin — Innsbruck  
Doktor der Philosophie (Pädagogik) — Wien, Diss.: „Die Rehabilitation Querschnittslähmter aus pädagogischer Sicht — unter besonderer Berücksichtigung der Lage in Südtirol.“  
Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik — München  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Diplom-Tierarzt — Wien.  
Doktor der Philosophie — Salzburg, Diss.: „Frühe griechische Gleichnisse — Die Welt des Mythos und die Welt des Logos“.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Magister der Theologie — Innsbruck  
Doktor der Biologie — Padua.  
Doktor der Philosophie (Mathematik/Physik) — Innsbruck.  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona.  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Padua.  
Doktor der Modernen Sprachen — Verona.  
Diplom-Ingenieur (Bauwesen) — Padua.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Diplom-Ingenieur (Wirtschaftsingenieurwesen/Bauwesen) — Graz.  
Doktor der Modernen Sprachen — Verona.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Diplom-Ingenieur (Architektur) — Innsbruck.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona, Diss.: „Die Tätigkeiten der Zellspezialisten und ihr juristischer Stand.“  
Doktor der Modernen Sprachen — Mailand.  
Doktor der Modernen Sprachen — Verona, Diss.: „Zellinstellung und Zeitkritik in den früheren Romanen von Siegfried Lenz.“  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.  
Doktor der Wirtschaftswissenschaften — Mailand.  
Doktor der Handelswissenschaften — Verona  
Doktor der Medizin — Padua.  
Doktor der Kunst, der Musik und des Schauspielwesens — Bologna.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Pädagogik — Verona.  
Doktor der Rechte — Innsbruck  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Betriebswirtschaft — Boccini/Mailand.  
Doktor der Rechte — Rom.  
Doktor der Philosophie (Geschichte/Germanistik) — Wien.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Rechte — Padua.  
Doktor der Philosophie — Innsbruck.  
Doktor der Betriebswirtschaft — Boccini/Mailand.  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona.  
Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona, Diss.: „Die Wirtschaftsprüfung der Krönungsgesellschaften in der Betriebswirtschaftslehre Deutschlands und Italiens: ein Vergleich.“

- SPITALER* Waltraud, Schlanders  
*SCHARRER* Peter, Meran  
*SCHGAGULER* Ruth, Selis
- SCHMID* Erich, Bozen  
*SCHMIDROFER* Anita, Innichen
- SCHÖNWEGER* Franz Josef, Partschins  
*SCHÖNWEGER* Norbert, Bozen  
*SCHORN* Carla, Bozen
- SCHWARZ* Stephan, Eppan  
*SCHWARZER* Hans, Gais  
*SCHWIENBACHER* Gertrud, Lana  
*SCHWIENBACHER* Roland, St. Walburg/U.
- SCHWINGSACKL* Johann, St. Martin/Cales  
*STECHE* Ulrike, Meran  
*STECKHOLZER* Paul, Sterzing  
*v. STEFFENELLI* Arnold, Kaltern  
*STEINER* Harald, Bruneck  
*STRITBERGER* Christian, Bozen  
*STUFLESSER* Werner, St. Ulrich  
*THALER* Bertha, Bozen
- TRAUNER* Herbert, Prad  
*URTHALER* Josef, Fercha
- UNTERHOLZNER* Anna Rosa, St. Walburg/U.  
*UXA* Ingrid, Bozen
- VEIDER* Josef, Dorf Tirol  
*WALLNER* Bernhard, Bozen  
*WALLNER* Winibald, Prad  
*WEISSENSTEINER* Erika, Bozen  
*WEISSENSTEINER* Hubert, St. Nikolaus/Eg.  
*WERTH* Georg, Bozen  
*WIESER* Raimund, Sterzing  
*WITTIG* Wolfgang, Bozen  
*WOHL* Michael, Meran  
*WUDY* Lydia, Bozen
- Doktor der Mathematik — Padua.  
Diplom für Leibeserziehung — Urbino.  
Doktor der Modernen Sprachen — Verona. Diss.: „Beim Aphorismus genommen. Karl Kraus und seine aphoristische Welt.“  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Mathematik) — Innsbruck. Diss.: „Die Erzeugung der Segreschen Varietäten durch ihre quadratischen Relationen und die Syzygienkette der  $S_1, m$ .“  
Doktor der Medizin — Wien.  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Architektur — Florenz. Diss.: „Idee und Architektur des Sakralen unter besonderer Berücksichtigung der sakralen Elemente und Tradition der Rätzer Kirchen.“  
Doktor der Philosophie (Psychologie) — Innsbruck.  
Diplom-Ingenieur (Architektur) — Wien.  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaft) — Wien.  
Doktor der Philosophie (Geschichte) — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie — Padua  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Wien.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Mathematik) — Wien.  
Doktor der Philosophie (Zoologie und Botanik) — Innsbruck. Diss.: „Die Benthschen Crustaceen des Piburger Sees.“  
Doktor der Pharmazie — Florenz  
Doktor der Rechte — Padua. Diss.: „Die Resozialisierung des Verurteilten im neuen österreichischen Strafrecht.“  
Doktor der Modernen Sprachen — Verona.  
Doktor der Modernen Sprachen — Mailand. Diss.: „Peter Handke und seine dramatische Bearbeitung des Kaspar-Hauser-Motivs.“  
Doktor der Medizin — Innsbruck  
Doktor der Rechte — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Germanistik) — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Padua  
Diplom für Leibeserziehung — Bologna.  
Doktor der Philosophie (Naturwiss. Fakultät) — Innsbruck  
Diplom-Ingenieur (Bauwesen) — München.  
Diplom-Ingenieur — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.

## 1. Südtiroler Autorenwettbewerb

### Bedingungen

- Art. 1 Der Österreichische Rundfunk (im folgenden ORF genannt) veranstaltet seinen 1. Südtiroler Autorenwettbewerb für Hörfunk und Fernsehen.
- Art. 2 Die eingereichten Werke sollen sich für Fernseh- und Hörspiele in der Dauer von mindestens 45 Minuten eignen. Sie sollen in der Gegenwart das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt aufzeigen und möglichst spannend und unterhaltsam sein. Die Werke können in Form von Entwürfen und /oder Filmnovellen eingereicht werden und dürfen einen Umfang von 20 Maschinschreibseiten zu je 30 Zeilen nicht übersteigen.
- Art. 3 Die eingereichten Werke dürfen keine Werbung enthalten, keine nationalen oder internationalen Auszeichnungen erhalten haben und auch noch nicht veröffentlicht worden sein. Alle Rechte müssen beim Autor liegen.
- Art. 4 Teilnahmeberechtigt sind Personen, die ihren ständigen Aufenthalt in Südtirol haben. Es können sich dabei nicht nur Autoren, sondern Personen aus allen Bevölkerungsschichten beteiligen.  
Angestellte des ORF sind nicht teilnahmeberechtigt.
- Art. 5 Die Werke sind bis spätestens 1. März 1978 in dreifacher Ausfertigung beim ORF (Studio Tirol), Büro Bozen (Siehe Art. 6) in deutscher Sprache unter einem selbstgewählten Kennwort ohne Namensnennung einzureichen. Der Einsendung ist ein verschlossenes Kuvert mit demselben Kennwort versehen beizulegen. Im adressierten Kuvert muß sich der volle und wahre Vor- und Zuname des Einreichenden, seine Anschrift und eine eigenhändig unterschriebene Erklärung befinden, daß sich der Einreichende mit den Wettbewerbsbedingungen einverstanden erklärt. Teilnahmeberechtigt sind nur jene Werke, die bis 1. März 1978 beim ORF eintreffen; maßgeblich ist das Datum des Eingangsstempels.
- Art. 6 Die Einsendung der Werke hat an den ORF - Büro Bozen  
Leonardo-da-Vinci-Straße 1 E/4  
Bozen  
z. Hd. Herrn Dr. Leonhard Paulmichl zu erfolgen.
- Art. 7 Über die eingesandten Werke und über die Einhaltung der Wettbewerbsbedingungen entscheidet eine vom ORF nach fachlichen und künstlerischen Gesichtspunkten eingesetzte Jury in geheimer Wahl. Sie wird aus den in Südtirol eingereichten Werken zwei (eines für das Fernsehen, eines für den Hörfunk) auswählen, wobei für die Auswahl der Wirklichkeitsbezug, der Unterhaltungswert und die Eignung für Hörfunk bzw. Fernsehen maßgebend sind. Die Entscheidung der Jury ist endgültig und unwiderruflich und erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges.
- Art. 8 Die besten Werke werden prämiert. Jenes, das für das Fernsehen produziert wird, wird

mit 50.000 Schilling, jenes, das als Hörspiel produziert wird, wird mit 20.000 Schilling prämiert.

Dem ORF werden mit der Bezahlung dieser Preise von den Autoren die ausschließlichen, sachlichen, territorial und zeitlich unbeschränkten Werknutzungsrechte an den prämierten Werken für Rundfunkzwecke eingeräumt. Die Autoren verpflichten sich durch die Einsendung ihrer Werke, falls diese Werke tatsächlich im Fernsehen oder im Hörfunk Verwendung finden, an der Erstellung und Fertigstellung eines fernseh- bzw. hörfunkgerechten Drehbuches nach Maßgabe der ORF-Redaktion mitzuarbeiten, die allein die Letztentscheidung zu verantworten hat.

Der ORF ist weder zur Produktion, noch zur Sendung verpflichtet.

Art. 9 An nicht ausgewählten Werken räumt der Einsender dem ORF eine unentgeltliche und unwiderrufliche Option für die Dauer von 6 Monaten ab 1. März 1978 ein. Übt der ORF die Option aus, so erhält er gegen Zahlung des für ein derartiges Werk üblichen Entgelts die ausschließlichen, sachlich, territorial und zeitlich unbeschränkten Werknutzungsrechte für Rundfunkzwecke eingeräumt. Falls der ORF die Option nicht ausübt, ist er nach Verstreichen der Optionsfrist verpflichtet, die eingereichten Werke ungesäumt dem Einreichenden zurückzustellen.

Weitergehende Ansprüche des Einreichenden bestehen nicht.

Art. 10 Mit der Einreichung unterwirft sich der Einreichende hinsichtlich seines Werkes unwiderruflich den hier festgelegten Wettbewerbsbedingungen.

---

# skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

---

---

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerschaft,  
39100 Bozen, Waitherhaus, Tel. 2 46 14

---

Redaktion: KLAUS MENAPACE/GUIDO DENICOLÒ  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

---

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

---

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr      Einzelpreis Lire 500

Abonnement: Italien Lire 2000  
Österreich öS 70  
Deutschland DM 12

---

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

---

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956

Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%

---